



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Bayerische Krankenhausgesellschaft:

Sorgenfalten wegen finanzieller Schieflage

Mitgliederversammlung in München

„Die Krankenhäuser in Deutschland befinden sich zurzeit auf einer besorgniserregenden wirtschaftlichen Talfahrt“, stellte der Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Oberbürgermeister Franz Stumpf, bei der Mitgliederversammlung des Verbandes in München fest. Zwar hätten sich die Kliniken in den Jahren von ca. 2009 bis 2011 wirtschaftlich etwas erholt, doch habe sich spätestens seit 2012 dieser positive Trend drastisch ins Gegenteil verkehrt.

Wie Stumpf ausführte, „erreichen uns derzeit serienweise Meldungen von Mitgliedskrankenhäusern, deren Betriebsergebnis in diesem Jahr abstürzt, und die für das kommende Jahr 2013 noch weitere Verschlechterungen einkalkulieren müssen“. Verantwortlich hierfür sei die schwarzgelbe Bundesregierung, die für die Krankenhäuser „eine Politik der rigiden Kostendämpfung“ eingeläutet habe. Als „besonders zynisch“ für die Krankenhäuser wertete der BKG-Vorsitzende den Umstand, „dass die Begründung für diese Kürzungsmaßnahmen nie eingetreten ist“.

Aus Defizit wird Überschuss

Aus dem Schreckgespenst vom Milliardendefizit der Gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 2011 seien zwei Jahre hintereinander mit stattlichen Milliardenüberschüssen geworden. Und während die ganze Republik diskutierte, wie dieser Überschuss zu verteilen ist, habe man die Kürzungspolitik bei den Kliniken fortgeführt, berichtete Stumpf.

Die jüngst beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen, die den Krankenhäusern finanzielle Hilfe bringen sollten (u. a. ein teilweiser Ausgleich der tariflichen Gehaltssteigerungen des Krankenhauspersonals) bezeichnete Stumpf als unzureichend und methodisch fehlerhaft. Die sich drastisch verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse in den Krankenhäu-

sern belegten dies eindringlich. Hoffnungen setzten die Krankenhäuser auf eine Entschleunigung, die der Bundesrat im Herbst auf Initiative Bayerns hin beschloss. Dieser Vorschlag beinhaltet weitgehend ein Konzept der bayeri-

schen Kliniken, um der Unterfinanzierung der Krankenhäuser entgegenzuwirken. Stichpunktartig nannte Stumpf den Wegfall der „doppelten Degression“, die bessere Anerkennung des Kostenorientierungswertes sowie die sachgerechte Ausgestaltung der Vergütung von Leistungssteigerungen.

Etappensieg

„Nur ein Entschleunigungsantrag des Bundesrates hilft uns nicht weiter. Jetzt ist es dringend notwendig, dass diese Vorschläge schnellstmöglich gesetzgeberisch

verwirklicht werden“, machte der Vorsitzende deutlich. Deshalb sei der Beschluss im Bundesrat bestenfalls ein Etappensieg. Nun seien die Koalitionäre an der Reihe, dies schnellstmöglich in ein Gesetz zu gießen. „Wir setzen dabei unsere Hoffnungen in die bayerischen Koalitionspolitiker der CSU und mit dem anstehenden Krebsregistergesetz bestünde dazu eine Gelegenheit.“

Nachbesserungen

Viel Zeit steht Stumpf zufolge nicht mehr zur Verfügung: „Wir wissen, dass mit dem Beginn der politischen Sommerpause die Möglichkeiten für gesetzgeberische Entscheidungen für diese Legislaturperiode beendet sind. Deshalb bleibt nur noch ein kleines Zeitfenster bis zum Frühjahr, in dem die Krankenhausfinanzierung nachgebessert werden kann.“

Gerade weil die Zeit für Entscheidungen so knapp ist, habe er, Stumpf, kein Verständnis dafür, „dass zur Frage der Finanznot der (Fortsetzung auf Seite 4)

Bilanz-Pressekonferenz des DStGB:

Warnung vor Reformstau

Vor einem Reformstau im Wahljahr 2013 hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund bei seiner Bilanz-Pressekonferenz in Berlin gewarnt. Zwar bleibe die Wirtschaft auf Wachstumskurs und die Zahl der Arbeitslosen befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Jedoch dürfe dies nicht zu einer Lähmung der Politik im Wahljahr führen, betonte der DStGB-Präsident, Bauzens Oberbürgermeister Christian Schramm. Er forderte dazu auf, die wichtigen Reformbaustellen weiter anzugehen. Als zentrale Herausforderungen der Politik im Jahre 2013 nannte Schramm die Energiewende, die Schuldenbremse und den demografischen Wandel.

Auch die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die Umsetzung des Fiskalpaktes erfordern nach Auffassung des DStGB weitere Reformschritte. In Deutschland sind Bund, Länder und Kommunen mit über 2 Billionen Euro verschuldet. Täglich müssen dafür trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus etwa 170 Mio. Euro nur an Zinsen aufgebracht werden.

Schwarze Null

In den drei Quartalen des Jahres 2012 hatten die Kommunen immer noch ein Defizit von 1,4 Mrd. Euro, obwohl die Konjunktur sich gut entwickelte und die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Da das vierte Quartal 2012 besonders ertragreich ist, gehen die Kommunen von einer schwarzen Null aus. „Es gibt also nichts zu verteilen“, urteilte Schramm. Hinzu komme, dass sich die Schere zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter öffnet. Zudem sei die schwarze Null durch das Unterlassen dringend notwendiger Investitionen teuer erkaufte worden. Bei Schulen, Straßen und öffentlichen Gebäuden werde seit Jahren eher geflickt als grundlegend renoviert. Allein der „Investitionsrückstand“ auf der kommunalen Ebene wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf ca. 100 Mrd. Euro beziffert.

Der Anstieg der kommunalen sozialen Leistungen ist weiterhin ungebrochen. Im Jahre 2012 haben sie erstmals die Grenze von 45 Mrd. Euro erreicht. Auch die Kassenkredite haben sich seit 2005 verdoppelt und den historischen Höchststand von über 48 Mrd. Euro erreicht. Laut

Schramm ist zu begrüßen, dass der Bund die besondere Lage der Kommunen erkannt hat und die Kosten der Grundsicherung von den Kommunen (ca. 3,9 Mrd. Euro/Jahr) übernehmen wird. Auch die Ankündigung die Kosten der Eingliederungshilfe von (ca. 14,4 Mrd. Euro/Jahr) schrittweise in ein Bundesleistungsgesetz zu überführen, sei ein positives Signal. Das allein reiche aber nicht. Obwohl 2013 im Zeichen des Bundestagswahlkampfes steht, seien zentrale Vorhaben anzugehen.

Benötigt werde eine Agenda 2020, mit der die Neuausrichtung der Gesellschaft eingeleitet wird. Wie bei der Energiewende sei ein komplettes Umsteuern vonnöten. (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft OB Franz Stumpf (2. v. l.) gemeinsam mit BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein sowie den Vorständen Landrat Walter Eichner, Landrat Christian Bernreiter und Bezirksstagspräsident Josef Mederer (v. l.).

Landkreisversammlung des Deutschen Landkreistages in Berlin:

Raum für Kreativität lassen

Nach fünf Jahren fand turnusgemäß wieder eine Landkreisversammlung des Deutschen Landkreistages mit rund 500 Vertretern der Landkreise, der Bundes- und Landespolitik sowie der Wirtschafts- und Unternehmensverbände statt. Das Leitmotiv der in Berlin stattfindenden zweitägigen Veranstaltung: „Landkreise gestalten den demografischen Wandel“.

Landkreistagspräsident Landrat Hans Jörg Duppré forderte, in besonders vom demografischen Wandel betroffene Gebiete zu investieren. Es gehe nicht um Notopfer, sondern um wichtige Investitionen in die Zukunft. „Es liegt auf der Hand, dass Anpassungs- und Umsteuerungsprozesse bis tief hinein in die Infrastrukturen kostspielig sind.“ So sei beispielsweise ein temporäres „Sonderinvestitionsprogramm ländlicher Raum“ notwendig, um Gebieten mit besonders gravierenden Herausforderungen unter die Arme zu greifen.

Dem Deutschen Landkreistag sei auch wichtig, Förderinstrumente möglichst flexibel auszugestalten, damit diese in Anbetracht der äußerst heterogenen Entwicklungen in den verschiedenen Landesteilen so gut es geht an die regionalen Bedürfnisse angepasst werden können. Dazu bedürfe es

dringend erweiterter Möglichkeiten zur Bewirtschaftung von Regionalbudgets in kommunaler Hand, um Eigengestaltungskräfte bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. „Gerade die demografisch besonders betroffenen Gebiete brauchen mehr als ‚Schema F‘, sie benötigen neue, frische Ideen, unverbrauchte Konzepte und – in rechtsstaatlichen Grenzen – auch Raum für Experimente. Dafür sollte uns der Mut nicht fehlen“, so Duppré. Auch müssten gesetzliche Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass sie den Kommunen Raum für Kreativität lassen, um beispielsweise von allzu starren Normierungen und Standards abweichen zu können. Damit könnte den örtlichen Gegebenheiten sehr viel besser Rechnung getragen werden.“

Kommunale Selbstverwaltung gerade in der Fläche benötige Ge-

staltungsspielräume – rechtlicher wie finanzieller Art: „Genau deshalb setzt sich der Deutsche Landkreistag auf Bundesebene zum Beispiel bei den Arbeiten zur Demografiestrategie der Bundesregierung dafür ein, dass diese Möglichkeiten erhalten und verbessert werden.“ Im Zuge dessen habe der Deutsche Landkreistag den Vorschlag eines „Gesetzes-Check Demografie“ im Rahmen des Bundesgesetzgebungsverfahrens eingebracht, um Bundesgesetze auf deren Auswirkungen vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen – einschließlich finanzieller Folgen – zu überprüfen. „Auf diese Weise kann es gelingen, gesetzgeberische Aktivitäten in einem stärkeren Bewusstsein für die damit jeweils verbundenen regionalen Auswirkungen anzugehen“, erläuterte der DLT-Präsident.

Energiewende

In diesem Zusammenhang spiele auch die Energiewende eine große Rolle für die Landkreise, so der Verbandschef. „Jedermann weiß, dass sie nur dezentral zu (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Die animalische Kraft der Zahl 13, die uns jetzt 365 Tage permanent begleitet, scheint eine neue Dimension hinsichtlich des eingebildeten Gefährdungspotentials darzustellen. Allerdings ist die Angst der Menschen vor der „unvollkommenen“ Zahl tief verwurzelt, wie die Vorzimmerperle anhand einiger Beispiele zu berichten weiß. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Wahlbeamten-Altersgrenze: Popularklage abgewiesen	Seite 2
„Good-Practice-Katalog“ zur Kinderbetreuung	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Zeit - ein kostbares Gut	3
Energienutzungspläne bringen Energiewende voran	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiethemen	5-9
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau	10-11
Kommunale Verkehrspolitik	11-12
Umwelt · Abfall	13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Deutscher Städtetag:

„Good-Practice-Katalog“ zur Kinderbetreuung

Eine positive Bilanz über den bisherigen Ausbau hat der Deutsche Städtetag sieben Monate vor Inkrafttreten des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige gezogen. Die Kommunen sieht er auf einem guten Weg, den meisten Kindern, für die Plätze nachgefragt werden, die Betreuung zu sichern.

Trotz aller Anstrengungen wird es allerdings nach Einschätzung des kommunalen Spitzenverbandes nicht überall gelingen, den Rechtsanspruch bereits ab dem 1. August 2013 vollständig zu garantieren. Um kurzfristig möglichst viele und flexible Angebote bereitstellen zu können, gibt es in den Städten kreative Ideen und Konzepte. Ein Kompendium in Form eines „Good-Practice-Kataloges“ hat der Deutsche Städtetag dazu jetzt veröffentlicht.

Betriebliches Engagement

Bei der Zusammenstellung der Beispiele wurde besonderes Augenmerk auf Maßnahmen im Bereich der Kindertagespflege, Erhöhung des Fachkräftepotentials und Formen des betrieblichen Engagements gerichtet. Die Kindertagespflege bietet kurzfristige realisierbare Ausbaupotenziale und kann relativ flexibel auf atypische Betreuungszeiten eingehen. Einen wichtigen Aspekt hierbei stellt vor allem die Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Kindertagespflege dar. Die vorliegende Zusammenstellung enthält erste Anregungen und Beispiele. Eine Erweiterung des Kataloges ist vorgesehen.

Als Beispiele im Bereich Kindertagespflege werden die „Kleine Wunder gGmbH“, Mannheim sowie „KiTS – Kinder in Tagespflege Siegen“, Siegen angeführt. Die „Kleine Wunder gGmbH“ hat die erste Kindertagespfleeinrichtung Mannheims mit Tagesmüttern in Festanstellung ins Leben gerufen. Die Gründerin „mamaco Facility Services GmbH“ hat dadurch ein Kinderbetreuungsangebot für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen. Die Betreuung erfolgt in einer ehemaligen Druckerei. Zur Einrichtung gehören unter anderem ein Außenbereich, eine Küche, ein Erholungsraum und ein Spielzimmer.

Betreut werden die Kinder halbtags oder ganztägig (Öffnungszeiten: 7 bis 18 Uhr). Es wurden zwei ausgebildete Tagesmütter in Festanstellung eingestellt. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Integration muslimischer Kinder. Es bestehen zwölf Betreuungsplätze für Kinder im Platzsharing-Modell. Die Form der Großtagespflege bietet passgenaue Betreuungslösungen, die sich an den jeweiligen Arbeitszei-

ten und den individuellen Bedürfnissen von Eltern und Kindern orientieren. Dieses Projekt wurde durch das „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt ermöglicht. Die von der Stadtverwaltung entwickelten Ideen zur Festanstellung wurden vom Bundesministerium für sehr gut bewertet. Mit einer Festanstellung soll potenziellen Tageseltern ein Anreiz gegeben werden, sich für diese Tätigkeit zu entscheiden und zu qualifizieren. Beim Fachtag „Förderung von Feststellungsmodellen für alle Interessierten in Baden-Württemberg“ wurde das Angebot als „best practice“ Beispiel hervorgehoben.

Im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege erprobt das Familienbüro der Stadt Siegen die sozialversicherte Beschäftigung von Tagespflegepersonen an sog. KiTS-Standorten im Stadtgebiet. Bei den Standorten handelt es sich um Großtagespflegestellen, an denen jeweils zwei Tagespflegepersonen sozialversichert beschäftigt arbeiten. Eine weitere Betreuungsperson deckt auf 400 Euro-Basis Krankheits- und Urlaubszeiten ab. Die Betreuung von bis zu neun Kindern findet in geeigneten Räumlichkeiten (angemieteten Wohnungen) statt. Unabhängig von Belegungszahlen erhalten die Kindertagespflegepersonen ein festes Einkommen. Die Personalplanung erfordert eine fachliche Begleitung durch eine Mitarbeiterin des Jugendamtes, die derzeit durch Mittel des Aktionsprogramms Kindertagespflege sichergestellt werden kann. Für das zuständige Jugendamt bietet die Festanstellung den Vorteil langfristiger Bindung von Tagespflegepersonen, durch die Kontinuität im Betreuungsangebot gewährleistet werden kann.

Wenige Monate nach der Eröffnung des ersten Standorts durch die Stadt wurden ein freier Träger und zwei Unternehmen für weitere Standorte gewonnen. Bis Ende 2011 wurden nach diesem Modell fünf Standorte eröffnet. Die Entlohnung beim städtischen und freien Träger erfolgt auf Entgeltgruppe 3 Stufe 2 des TVöD (Kinderpflegerin). Bei der Einrichtung eines „KiTS“-Standorts berät das Familienbüro Siegen jeden Träger bei der Auswahl der Tagespflegepersonen und bei

der Wahl und Ausstattung der Betreuungsräume. Das Jugendamt erteilt anschließend die Pflegeerlaubnis für die Tagespflegeperson. Das Siegener Feststellungsmodell soll zukünftig weiterentwickelt und verstetigt werden.

Initiative der Beschäftigten

Ein Beispiel für betriebliches Engagement ist das Unternehmen Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA in München. Auf Initiative der Beschäftigten wurde ein Kinderbetreuungsangebot geschaffen. Mithilfe der Personalabteilung hat der Betreuungsdienstleister Kindertagesstätte Haar gGmbH in einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit der Stadt München drei neue Betreuungseinrichtungen ins Leben gerufen. Es sind 54 öffentliche Plätze für Kinder mit Wohnsitz in München sowie 54 Belegplätze für Mitarbeiterkinder von zwölf Unternehmenspartnern vorhanden. Das Unternehmen Bristol-Myers Squibb unterstützte den Dienstleister und übernahm einen Teil der Investitionskosten. Als Gegenleistung stehen dem Unternehmen Belegplätze zur Verfügung.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens

Oberbürgermeister Christian Ude, erläuterte, „können sich die Leistungen der Städte für den Ausbau der Betreuung sehen lassen, am Einsatz der Kommunen fehlt es wahrlich nicht. Seit 2006 hat sich die Anzahl der betreuten Kinder in Kindertagesstätten und in der Tagespflege fast verdoppelt und stieg bis März 2012 um mehr als 270.000 auf rund 558.000. Inzwischen sind wir schon wieder ein Stück weiter und setzen unsere Anstrengungen mit ganzer Kraft im Jahr 2013 fort. Denn wir wollen so vielen Eltern ein Betreuungsangebot machen wie irgend möglich. Dabei bitten wir schon jetzt um Verständnis, wenn das Angebot nicht immer in der ‚Wunsch-Kita‘ um die Ecke oder bei der Tagesmutter in der Nachbarschaft möglich sein wird.“ Allerdings könne der Rechtsanspruch nicht überall mit der von Bund und Ländern zugrunde gelegten durchschnittlichen Versorgungsquote von 35 Prozent und auch nicht mit den inzwischen angenommenen 39 Prozent erfüllt werden.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, sagte, um möglichst vielen Eltern Betreuung für ihre unter dreijährigen Kinder anbieten zu können, erarbeiteten viele Städte schnelle, flexible und kreative Lösungen sowie Ideen für eine Übergangszeit. „Die Städte arbeiten mit Hochdruck am weiteren Ausbau der Betreuungsangebote. Dabei entwickeln sie auch pragmatische, innovative Lösungen, die kurzfristig realisierbar sind und Eltern und Kindern gerecht werden“, betonte Articus. **DK**

Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte:

Popularklage abgewiesen

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat die Popularklage der SPD-Landtagsfraktion wegen der Altersgrenze für Landräte und berufsmäßige Bürgermeister abgewiesen. Das Gericht hält die bestehende Altersgrenze von 65 Jahren für Landräte und berufsmäßige Bürgermeister für verfassungsgemäß. Während sich die kommunalen Spitzenverbände enttäuscht über diese Entscheidung zeigten, begrüßte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann das Urteil.

„Das Gericht hat die Auffassung bestätigt, dass hauptamtliche Bürgermeister oder Landräte mit anderen Staatsdienern gleichbehandelt werden können. So gelten für alle die gleichen Pensionsgrenzen. Die Bürgermeister und Landräte legen ja auch großen Wert darauf, dass sie die gleichen Versorgungsansprüche wie vergleichbare Beamte im öffentlichen Dienst haben“, betonte Herrmann. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof habe mit seiner Entscheidung ausdrücklich anerkannt, dass Staatsregierung und Gesetzgeber den unterschiedlichen Interessen in sachgerechter und rechtlich angemessener Weise Rechnung getragen haben. Der Vorwurf der Altersdiskriminierung sei damit vom Tisch.

Amtsführung bis 71/73

Herrmann legte Wert auf die Feststellung, dass die berufsmäßigen kommunalen Wahlbeamten deshalb nicht schon mit 65 und ab dem Jahr 2020 mit 67 Jahren aufhören müssen, sondern dass sie ab diesem Alter nur nicht mehr kandidieren dürfen. Die vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof bestätigte Regelung im Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz ermöglicht berufsmäßigen Bürgermeistern und Landräten demzufolge eine Amtsführung im Einzelfall bis zum 71. Lebensjahr, ab dem Jahr 2020 sogar bis zu einem Alter von 73 Jahren.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, hervorhob, tritt der Bayerische Städtetag für eine Aufhebung der Altersgrenze ein. Er habe die Regelung als nicht nachvollziehbar empfunden, dass die geplante Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre nicht schon zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2014, sondern erst 2020 in Kraft treten soll.

Der Bayerische Städtetag trete weiter für eine komplette Abschaffung der Altersgrenze für berufsmäßige Bürgermeister,

Oberbürgermeister und Landräte ein. Maly: „Das Wählbarkeitsalter von 65 Jahren ist eine altersmäßige Beschränkung für Menschen in leitenden Positionen. Das ist besonders mit Blick auf die steigende Lebenserwartung im Zeitalter der aktiven Senioren und der jungen Alten nicht mehr zeitgemäß. Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein 66-Jähriger oder 68-Jähriger zwar Ministerpräsident oder Bundeskanzler werden kann, Bürgermeister aber nicht. Weder für Abgeordnete des Bayerischen Landtags, noch des Deutschen Bundestags gilt eine Altersgrenze. Es gibt einen Souverän, der ist klüger als jedes Gesetz: die Wählerinnen und Wähler. Sie können am allerbesten darüber befinden, welchem Kandidaten sie das Amt im Rathaus anvertrauen. Und sie können in der Wahlkabine entscheiden, ob sie einem älteren Kandidaten die Ausübung des Amtes zutrauen.“

Leistungsfähigkeit

„Nicht nur die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, sondern auch die Leistungsfähigkeit im Alter. Warum soll diese Erkenntnis erst 2020 und nicht schon 2014 umgesetzt werden?“, so die Reaktion des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Dr. Jakob Kreidl, auf die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs. Darüber hinaus sieht Kreidl eine Bevormundung der Wähler, wenn der Gesetzgeber eine Altersgrenze vorgibt: „Wir alle gehen vom mündigen Wähler aus; dieser soll selbst entscheiden, ob er ein solches Amt einem jüngeren oder älteren Kandidaten zutraut.“

Der SPD-Landtagsabgeordnete Prof. Peter Paul Gantzer, der die Klage für die SPD-Landtagsfraktion vertreten hat, zeigte sich „tief enttäuscht“. Freilich verbiete der Respekt vor dem obersten bayerischen Gericht entsprechende Kritik. Gantzer zufolge wird nun „insbesondere zu prüfen sein, inwieweit Klage beim Bundesverfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof zu erheben ist“. Gantzer vertritt die SPD seit 1978 im Bayerischen Landtag und ist mit 74 Jahren derzeit der älteste Abgeordnete.

Die Landtagsfraktion der Freien Wähler hat zudem noch in München eine Popularklage laufen, deren Begründung etwas anders ist als die von Gantzer. Fraktionsvize Bernhard Pohl sprach nach dem Münchner Urteil allerdings von einer „Herkulesaufgabe“, den VGH doch noch zu überzeugen. Ausgangspunkt war der Mehrheitsbeschluss des Landtags vom Februar letzten Jahres, die Altersgrenze ab der Kommunalwahl am 6. März 2014 für alle Kandidaten gemäß Regierungsvorlage von 65 auf 67 Lebensjahre heraufzusetzen.

Die Kläger sahen sich im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Auch in der CSU- und FDP-Fraktion gab es Einwände gegen die neue und letztlich gegen jede Wahlaltersgrenze. Der 71-jährige Dietrich von Gumpenberg (FDP) und der nicht dem Landtag angehörende Senioren-Unionsvorsitzende Konrad Weckerle blieben dabei, das Urteil bedeute Altersdiskriminierung. **DK/rm**

Geltungsbereich der Fördersätze im neuen Breitbandförderprogramm erweitert

Der Bayerische Ministerrat hat bei der derzeit anstehenden Überarbeitung des Bayerischen Landesentwicklungsprogramms eine Änderung der Gebietskulisse für Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf beschlossen. Das wirkt sich positiv für vier bayerische Landkreise aus, die nun eine bestmögliche Förderung in Höhe von bis zu 80 Prozent im Rahmen der neuen Richtlinie für das Hochgeschwindigkeitsbreitband in Anspruch nehmen können. Es handelt sich um die Landkreise Miltenberg, Schweinfurt, Passau und Rottal-Inn. „Wir gehen davon aus, dass diese Anpassung die Ausbaudynamik beim Breitband in den betreffenden Landkreisen noch weiter anheizt“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil.

Bei der Festlegung der Eckpunkte der neuen Förderung durch die Arbeitsgruppe Breitband wurde unter anderem auch eine Abstufung der Fördersätze beschlossen, die sich am Kriterium des besonderen Handlungsbedarfs sowie an der Finanzkraft der Gemeinden orientiert. Der Fördersatz für Räume mit besonderem Handlungsbedarf beträgt bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Die übrigen Regionen werden mit bis zu 40, 50 oder 60 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten gefördert, je nach Finanzkraft der Gemeinden. Der Förderhöchstbetrag je Gemeinde beläuft sich auf 500.000 Euro. **Mehr Info zum Verfahren unter: www.schnelles-internet.bayern.de**

Leserbrief an die GZ

Exzellenz in der öffentlichen Verwaltung

Die Bayerische GemeindeZeitung brachte in ihrer Ausgabe vom 20.12.2012 auf Seite 10 ein interessantes Beispiel zum Qualitätsmanagement (QM) aus dem Amt für Volkswirtschaft in Liechtenstein. Warum gerade aus Liechtenstein? Wer die vielen Initiativen in Bayern kennt, weiß, dass Qualitätsmanagement in Bayern in der Verwaltung großgeschrieben wird, diese Idee nur noch nicht in die kleinen Gemeinden bzw. Landratsämtern durchgedrungen ist. Dort ist vor allen Dingen Kosten sparen angesagt, so dass Gemeindefusionen diskutiert werden. Um die kommunale Leistungskraft der Gemeinden erhalten zu können, ist es im Sinne des Bürgers und der Bürgernähe nicht zwangsläufig nötig, Zusammenlegungen durchzuführen, wenn es andere Möglichkeiten gibt. Ein Hilfsmittel ist die Einführung eines Qualitäts-Managements beispielsweise nach den Normen ISO 9001:2008.

Hindernisse, um ein Qualitätsmanagement zu etablieren,

gibt es kaum. Das Thema Qualität wird an allen Hochschulen und Akademien gelehrt und ist fast jedem Schüler und Studenten bekannt.

Viele Studierende im Bereich Public Management erhalten bereits eine Ausbildung z. B. im Qualitätsmanagement, gehen mit diesem Thema sehr positiv um und können eine Einführung fachgerecht unterstützen.

Große Beratungsgesellschaften sind somit fast überflüssig, denn sie können auch nicht mehr als sich an die Normen und an die sehr umfangreichen Hinweise zur Einführung der Normen halten. Es geht insgesamt nicht darum, Personal zu reduzieren, sondern mit bestehendem Personal besser und effizienter zu arbeiten.

Vielleicht hilft ein in dem oben genannten Artikel erwähntes Benchmarking zwischen den Verwaltungen, um festzustellen, in welchem Verwaltungsbereich welches Landratsamt die Kosten am Besten einspart und natürlich, wie es gemacht wird. Allerdings geht es beim Qualitätsmanagement eigentlich nicht nur um das Einsparen von Kosten, sondern um die

Verbesserung der Abläufe der Tätigkeiten, also der Prozesse und vor allen Dingen um die Kundenzufriedenheit, hier Bürgerzufriedenheit.

Die Verbesserung der Arbeitsabläufe, der Prozesse (z. B. eines Beschwerdeprozesses) schützt die Mitarbeiter beispielsweise vor ungerechtfertigten Aussagen seitens der Bürger und hilft ihnen mit Beschwerden besser umzugehen. Ein wichtiges Element eines erfolgreich eingeführten Qualitätsmanagementsystems ist Mitarbeiterzufriedenheit. Da muss kein Coach kommen, sondern mit einfachen Mitteln kann die Motivation der Mitarbeiter gesteigert werden.

Es ist erstaunlich, mit wie wenig Aufwand, aber mit wie viel Elan und Eigeninteresse mittelständische Unternehmen ein Qualitätsmanagement einführen, um nicht nur zu überleben, sondern auch besser für die Zukunft aufgestellt zu sein. Das sollte doch auch in der öffentlichen Verwaltung möglich sein.

Klaus Jamin und Claus Nowak, Institut für Qualitätsmanagement, München **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Roßkopf
86653 Daiting
am 20.1.

Bürgermeister Xaver Schnierle
86709 Wolfersstadt
am 21.1.

Oberbürgermeisterin
Dr. Birgit Seelbinder
95615 Marktredwitz
am 22.1.

Bürgermeister
Ludwig Hainzinger
86511 Schmiechen
am 31.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Erwin Schopper
91086 Aurachtal
am 21.1.

Bürgermeister Karl-Dieter Fuchs
97320 Mainstockheim
am 26.1.

Bürgermeister Bruno Gamm
97348 Einersheim
am 28.1.

Bürgermeister Franz Hafner
83700 Rottach-Egern
am 29.1.

Bürgermeister Karl Reith
94536 Eppensschlag
am 29.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Schmidt
86735 Amerdingen
am 21.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Mittl
91804 Mörsheim
am 20.1.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Gemeinsam stark bei der Aufnahme von Asylbewerbern

Von Staatsministerin Christine Haderthauer

2012 war ein bewegtes Jahr im Asylbereich. Die Zahl der Asylbewerber, die nach Bayern gekommen sind, hat sich seit Mitte des Jahres innerhalb kurzer Zeit verdreifacht. Waren es im Juni 2012 noch rund 500 Personen, stieg die Zahl der Asylbewerber im September auf rund 1350 und im Oktober sogar auf rund 1600 Personen pro Monat. Trotz dieses sprunghaften Anstiegs ist es gelungen, allen in Bayern ankommenden Asylbewerbern Unterkunft und Obhut zu geben. Möglich war dies nur dank der vereinten Anstrengungen des Freistaates Bayern, der Regierungen, Landkreise und Kommunen.

Anders als in den vergangenen Jahren reichte aufgrund des hohen Zustroms der Wohnraum in den staatlichen Gemeinschaftsunterkünften nicht für alle Asylbewerber aus. So war es nötig, dass auch die Landkreise und kreisfreien Gemeinden Asylbewerber aufnehmen. Die Landkreise und Kommunen haben sich dieser Aufgabe tatkräftig und verantwortungsbewusst gestellt. Dafür gilt ihnen mein ganz besonderer Dank.

Mit den Kosten lässt der Freistaat die Landkreise und Kommunen nicht allein. Viele andere Bundesländer gewähren nur eine Pauschalzahlung und nehmen damit in Kauf, dass Landkreise und Kommunen einen erheblichen Eigenanteil tragen müssen. Der Freistaat erstattet den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden die Kosten für die Leistungen an Asylbewerber hingegen in vollem Umfang - allein 2012 rund 95 Millionen Euro.

Die Aufnahme von Asylbewerbern kann für die Landkreise und Kommunen viele Fragen aufwerfen. Hier hilft in erster Linie die zuständige Regierung als Beratungs- und Steuerungsstelle weiter. Für die Klärung weitreichender

und grundsätzlicher Fragen habe ich darüber hinaus eine Clearingstelle eingerichtet. Die Praxis vor Ort kann sich so auch unmittelbar



Christine Haderthauer.

mit dem Bayerischen Sozialministerium austauschen, um Sach- und Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung zu klären, Anregungen zu geben und Best-Practice-Beispiele zu kommunizieren. Denn gegenseitiges Vertrauen und Wissen sind die Basis für eine gute Zusammenarbeit.

Die Haushaltssituation bietet einen guten Ausblick auf das neue

Jahr. Für 2013 konnte ich eine weitere Erhöhung der Haushaltsmittel im Bereich Asyl erreichen. Zur Versorgung von Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stehen in diesem Jahr insgesamt 166 Millionen Euro zur Verfügung, rund doppelt so viel wie noch im Jahr 2010. Besonders erfreulich ist, dass darin erstmals auch 400.000 Euro zur Erstattung von Personal- und Vormundschaftskosten enthalten sind, die den Kommunen durch die Verteilung unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber entstehen.

Auch die finanzielle Förderung der Asylsozialberatung wird durch eine weitere Mittelerrhöhung im neuen Jahr gestärkt. Nachdem die Mittel 2012 bereits nahezu verdoppelt wurden, haben wir sie für 2013 um weitere 750.000 Euro aufgestockt, sodass dann insgesamt 3,39 Millionen Euro für die freiwillige Leistung der Asylsozialberatung zur Verfügung stehen. Damit kann die Betreuung durch die Wohlfahrtsverbände, die die Asylsozialberatung in eigener Verantwortung und Regie durchführen, weiter verbessert werden.

Die Bewältigung des massiven Anstiegs von Asylbewerbern seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Juli 2012 war und ist eine Gemeinschaftsleistung vieler Menschen in Bayern. Sie wird gelingen, wenn Freistaat, Landkreise und Kommunen auch im neuen Jahr bei der Aufnahme von Asylbewerbern Hand in Hand vertrauensvoll zusammenarbeiten.

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst möchte ich Ihnen allen ein gesundes, erfolgreiches und zufriedenes Jahr 2013 wünschen. Gerade ist die „stade Zeit“ des Advents vorbei und zu den Weihnachtsfeiertagen haben wir uns gegenseitig eine „besinnliche Zeit“ gewünscht: Zeit für die Familie, Zeit für Freunde, Zeit um ein Buch zu lesen oder Zeit zum Entspannen. Doch Zeit ist genau das, woran es uns offensichtlich am meisten mangelt.

„Familien werden tagtäglich mit vielfältigen Zeitkonflikten konfrontiert: Sie möchten Beruf und Familie miteinander vereinbaren, Kindern gute Entwicklungschancen ermöglichen, fami-



taktgebern, die den Lebensrhythmus der Familien bestimmen, zählen Arbeitgeber, Kindergärten, Schulen, Behörden und der öffentliche Nahverkehr. Sie bestimmen den Zeitaufwand und damit auch das Zeitproblem der Familien. Zeitstress tritt am häufigsten nachmittags auf, wenn Beruf und Kinderbetreuung aufeinandertreffen oder aber im Krankheitsfall. Die Befragten wünschen sich zum Abbau ihrer Zeitprobleme in erster Linie flexiblere Arbeitszeiten, mehr Möglichkeiten zur Teilarbeit, den Wegfall von Überstunden und darüber hinaus mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Beklagt wurde in diesem Zusammenhang auch, dass die Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement fehle.

Das Pilotprojekt hat sich zur Aufgabe gemacht, die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Familien unter dem Aspekt „Zeitbedarf und Zeitprobleme“ zu untersuchen und Lösungen zu finden, die am Ende für ein Mehr an Familienzeit sorgen. Geplant sind Zeit-Werkstätten und Zeitmanagementseminare, bei denen Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam mit Bürgern Ideen und Konzepte entwickeln, wie die zeitlichen Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden können.

Wir werden das Rad nicht neu erfinden, aber ich bin zuversichtlich, dass wir auf diesem Weg viele gute Ideen und Anregungen erhalten, durch die Familien mehr Zeit gewinnen. Ich werde Ihnen gerne über den Fortgang dieses Projekts berichten.

Übrigens, der Professor der Schulpädagogik und bayerische Mundartdichter Helmut Zöpfl hat schon vor vielen Jahren ein Buch mit dem Titel „Geh weiter, Zeit, bleib steh!“ veröffentlicht.

Vielleicht haben Sie mal Zeit, es zu lesen.

Ihr Stefan Rößle

Zeit - ein kostbares Gut

liäre Fürsorge übernehmen oder sich gesellschaftlich engagieren“, sagte Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder anlässlich der Veröffentlichung des jüngsten Familienberichts. Wie es gelingen kann, dass wir mehr Zeit für unsere Familie haben, das soll bundesweit an vier Pilotstandorten untersucht und erprobt werden. Unser Landkreis Donau-Ries ist einer davon.

Mehr Zeit ist vielen Menschen offenbar wichtiger als mehr Geld. Das ist das überraschende Ergebnis einer Befragung von tausend Familien in unserem Landkreis. Die Menschen hätten gerne mehr Zeit für Partnerschaft, Kinder, Freundschaft und Weiterbildung. 39 Prozent der Befragten gaben an, ständig zu wenig Zeit zu haben, 46 Prozent der Mütter und 41 Prozent der Väter fühlen sich gar überfordert. Zu den wichtigsten

Orientierung bei der Versorgung Sterbender

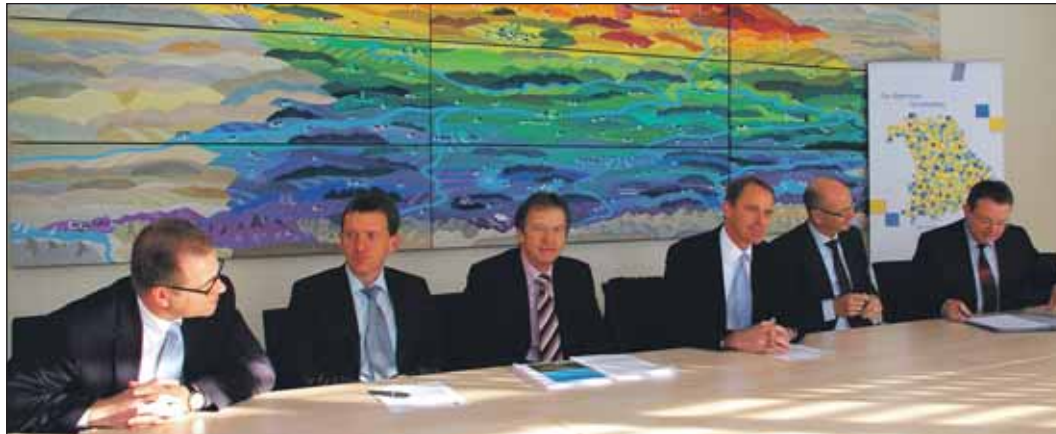
Sozialministerin Haderthauer und Gesundheitsminister Dr. Huber stellen neue Broschüre vor

„Wir wollen Schwerstkranken und Sterbenden bis zuletzt ein Leben nach ihren Vorstellungen ermöglichen. Denn jeder hat das Recht, gemäß seinen Werten und Vorstellungen zu sterben. Dies ist elementarer Bestandteil der menschlichen Würde! Um allen, die Sterbende auf ihrem letzten Lebensweg begleiten, bei diesem sensiblen Thema wertvolle Unterstützung und Orientierung zu geben, haben wir gemeinsam mit dem „Expertenkreis Palliativmedizin und Hospizarbeit“ fachübergreifend eine ethische Handlungsorientierung erarbeitet. Sie gibt den in der Hospiz- und Palliativversorgung Tätigen, aber auch allen Angehörigen eine praxisorientierte, kompakte und anschauliche Hilfestellung bei ethischen Fragen in der Sterbebegleitung – angefangen von der Lebensplanung und Vorsorge über die Begleitung in der letzten Lebensphase bis hin zu Abschied und Trauer. Wichtig war uns dabei, dass der kranke Mensch mit seinen Bedürfnissen stets im Mittelpunkt steht“, so Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer bei der Vorstellung der Broschüre „Ethische Handlungsorientierung in der Hospiz- und Palliativversorgung“.

Der Bayerische Gesundheitsminister Dr. Marcel Huber betonte: „Die bestmögliche Versorgung Schwerstkranker und sterbender Menschen ist unsere sozialpolitische Pflicht, vor allem aber unsere Verantwortung gegenüber den Patienten. Wir wollen Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern unterstützen, Leiden zu lindern und Schmerzen zu stillen.“ Laut Huber gibt es bayernweit 48 Palliativstationen und 39 palliativmedizinische Dienste, die in Krankenhäusern stationsübergreifend tätig werden. Im ambulanten Bereich sind bisher 22 Teams zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung in Bayern tätig, 12 davon haben eine Anschubfinanzierung des Bayerischen Gesundheitsministeriums von jeweils bis zu 15.000 Euro erhalten. Huber: „Diese Anschubfinanzierung ist bundesweit einzigartig. Sie hat den Aufbau von Teams erheblich beschleunigt. Anstatt Sterbehilfe zu ermöglichen, bauen wir in Bayern die Hospiz- und Palliativversorgung weiter aus. Es gibt nicht nur ein Leben in Würde, sondern auch ein Sterben in Würde.“

Auch Dr. Thomas Binsack,

Leitsätzen gesellschaftspolitische Herausforderungen an die Versorgung Sterbender auf, benennt An-



Die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bayerischem Gemeindefrat, E.ON Bayern AG, der Hochschule Amberg-Weiden und dem Institut für Energietechnik IfE GmbH in München.

Bayerischer Gemeindefrat und E.ON Bayern AG:

Energienutzungspläne bringen Energiewende voran

Gemeinsam mit dem regionalen Energieunternehmen E.ON Bayern, der Hochschule Amberg-Weiden und ihrem An-Institut für Energietechnik IfE gründet der Bayerische Gemeindefrat eine offene Arbeitsgemeinschaft zur Erstellung von Energienutzungsplänen.

„Der Bayerische Gemeindefrat schiebt mit seinen Partnern bei der Energiewende kräftig an. Wir schaffen jetzt die Grundlage für eine offene Arbeitsgemeinschaft zur Erstellung von Energienutzungsplänen in allen bayerischen Gemeinden, Märkten und Städten“, sagte Gemeindefratspräsident Dr. Uwe Brandl bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen Bayerischem Gemeindefrat, E.ON Bayern AG, der Hochschule Amberg-Weiden und dem Institut für Ener-

gietechnik IfE GmbH in München. „Energienutzungspläne sollen Maßnahmen im Bereich der Energieanwendung und der dezentralen Energieerzeugung koordinieren. Sie haben also Energieeinsparung und Energieeffizienz, wie beispielsweise Abwärmenutzung durch ein Nahwärmenetzwerk, Quartierssanierungsmaßnahmen, energieeffiziente Neubauquartiere und innovative Verkehrsprojekte im Blickfeld. Energienutzungspläne bilden daher die planerische Klammer über alle in

unseren Gemeinden relevanten Energiethemen und stellen sicher, dass diese in einer systematischen Form angegangen werden.“

„Durch die neue Arbeitsgemeinschaft im Bereich der umweltgerechten Energietechnik baut die Hochschule Amberg-Weiden ihre Position und ihr Profil auf der bayerischen Ebene weiter aus, eingebunden in das Ziel der Energiewende im Freistaat“, so Professor Dr. Erich Bauer, Präsident der Hochschule Amberg-Weiden.

„Als regionales Energieunternehmen sind wir in zentralen Handlungsfeldern der Energiewende aktiv“, erklärte der Vor-

standsvorsitzende der E.ON Bayern AG Thomas Barth. „Unsere Erfahrungen und Kenntnisse bringen wir gerne ein, um die bayerischen Kommunen bei der Planung energetischer Maßnahmen vor Ort zu unterstützen“, so Barth. Der Weg zu einer erfolgreichen Energiewende in Bayern führe über die Kommunen. Regional und auch vor Ort gelte es, mögliche Maßnahmen zu prüfen und aufeinander abzustimmen. Barth: „Örtliche Energienutzungspläne sind hierfür eine entscheidende Hilfestellung.“

Praktische Erfahrungen

„Wir werden unsere vielfältigen praktischen Erfahrungen aus zahlreichen bayerischen Kommunen gerne mit einbringen und freuen uns, dass mit dieser offenen Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlich einheitliche und vergleichbare Standards in der Erstellung von Energienutzungsplänen garantiert werden. Dies ist nicht nur die Basis für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit, sondern schafft auch die Grundlage, die Energiewende in Bayern fundiert über die Kommunen aufzubauen“, erklärt Professor Dr.-Ing. Markus Brautsch, der wissenschaftliche Leiter des Instituts für Energietechnik IfE GmbH an der Hochschule Amberg-Weiden.

Brandl wies darauf hin, dass die Erstellung von Energienutzungsplänen umfassende Fachkenntnisse in den Bereichen Energie, Umwelt, Städtebau, Bauleitplanung, Architektur, Bauphysik und Versorgungstechnik erfordern. Daher hat der Bayerische Gemeindefrat mit den genannten Partnern die Initiative für eine Arbeitsgemeinschaft mit fachkompetenten Partnern ergriffen, um den bayerischen Gemeinden qualitativ hochwertige Energienutzungspläne anbieten zu können.

Brandl: „Bayerns Gemeinden stehen zur Energiewende. Wir geben ihnen jetzt das nötige Handwerkszeug, um auf örtlicher Ebene die Energiewende zu vollziehen. Die Kommunen sind als aktive Wegbereiter unterwegs.“

Sorgenfalten...

(Fortsetzung von Seite 1)

Krankenhäuser inzwischen ein zeitraubendes Schwarz-Peter-Spiel aufgeführt wird“. Der Bund bestätige, dass die Krankenhäuser unterfinanziert sind und verweise auf die Länder. Diese müssten ihre unzureichende Investitionsfinanzierung erhöhen, damit die Krankenhäuser dafür keine betrieblichen Erlöse einsetzen müssten. Die Länder verwiesen ihrerseits auf den Bund. Dieser müsse endlich sicherstellen, dass die Krankenhäuser ihre Sach- und Personalkosten aus den Behandlungserlösen finanzieren können.

Die aktuellen Vorwürfe an die Kliniken, dass ein Großteil der Behandlungen dort medizinisch unbegründet sei, kritisierte der BKG-Vorsitzende als nicht objektiv: „Mich ärgert, dass die Krankenhäuser pauschal in eine Ecke gestellt werden.“ Viel zu wenig würden in einer fairen und objektiven Weise die vielfältigen Gründe für den Anstieg der Behandlungszahlen diskutiert. Stumpf: „Es ist unbestritten, dass die Entwicklung von Morbidität und Demografie die entscheidenden Faktoren für die Leistungsentwicklung in den Kliniken ist. Eine mindestens ebenso große Rolle spielt der medizinische und medizintechnische Fortschritt und die daraus entstehenden Innovationen.“

Zur Diskussion gehöre auch die Tatsache, „dass es erhebliche ökonomische Anreize gibt, die Leistungen in den Krankenhäusern auszuweiten“, fuhr Stumpf fort. Es seien aber die Gesundheitspolitiker gewesen, die in den letzten Jahren voller Überzeugung diese Anreize im System etabliert hätten. „Sie schufen zuerst ein Preissystem, drängten die Krankenhäuser zu einem Wettbewerb um Patienten, gehen sogar so weit, eine Unterfinanzierung besonders für jene Krankenhäuser zu schaffen, die keine Mengenausweitung haben (Stichwort „doppelte Degression“), und wundert sich dann und machen den Krankenhäusern Vorwürfe, wenn diese sich entsprechend den geschaffenen Anreizen verhalten. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder.“

„Die Sicherung einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Krankenhausversorgung ist ein wichtiges Anliegen der Bayerischen Staatsregierung“, betonte Ministerialdirektor Michael Höhenberger in Vertretung des erkrankten bayerischen Gesundheitsministers Dr. Marcel Huber. „Die Finanzsituation der Krankenhäuser muss verbessert werden, um die flächendeckende hochwertige stationäre Versorgung auch für die Zukunft zu erhalten. Dies sichert die Lebensqualität der Menschen in Bayern, vor allem im ländlichen Raum.“

Besonders wichtig sei, dass die in Krankenhäusern anfallenden Kostensteigerungen, wie beispielsweise durch Tarifverträge, angemessen berücksichtigt werden. Denn: Da rund zwei Drittel der Kosten eines Krankenhauses auf die Löhne und Gehälter entfallen, gehen Einsparungen regelmäßig zu Lasten des Personals. „Gerade in Krankenhäusern brauchen wir hoch qualifiziertes und motiviertes Personal, um eine menschliche Medizin und optimale Betreuung gewährleisten zu können“, erklärte der Ministerialdirektor. „Dies kommt unmittelbar den Patienten zugute.“

Bayern hatte sich daher bereits im Oktober mit einem Entschließungsantrag im Bundesrat für eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung eingesetzt. Der Bund trägt die Verantwortung für den Finanzierungsrahmen bei den Betriebskosten. „Mit unserer Initiative, die eine breite Mehrheit der Bundesländer gefunden hat, haben wir den ersten Schritt getan. Jetzt ist der Bund dringend aufgefordert, die notwendigen Konse-

quenzen für eine nachhaltige finanzielle Sicherung der Krankenhäuser zu ziehen“, so Höhenberger. Bayern werde von dieser Forderung nicht abrücken und nachdrücklich auf Bundesebene eine solide Finanzbasis der Krankenhäuser einfordern.

Höhenberger bezeichnete Bayern als „verlässlichen Partner der Krankenhäuser“. Für den Bereich der Investitionskostenfinanzierung gehe der Freistaat mit gutem Beispiel voran. So habe Bayern seit 1972 rund 20 Milliarden Euro für notwendige Investitionen an

(Fortsetzung von Seite 1)

organisieren ist und insbesondere außerhalb der großen Städte in der Fläche umgesetzt werden muss. Dafür brauchen wir klare Rahmenbedingungen, aber auch dezentrale Entscheidungszuständigkeiten. Sichere und bezahlbare Energie muss in allen Teilen unseres Landes dauerhaft gewährleistet werden.“

Gleiches gelte für den Breitbandausbau. Nach der Schließung der letzten Lücken in der Grundversorgung müsse nunmehr der Ausbau hochleistungsfähiger Netze nahtlos erfolgen. „Bund und Länder müssen sich stärker finanziell engagieren. Die Kommunen allein werden diese Last nicht tragen können“, stellte Duppré klar.

Mit Blick auf den demografischen Wandel und dessen große Herausforderungen, denen sich die Landkreise in Bezug auf die Leistungen für ältere und behinderte Menschen und für Familien gegenüber sehen, meinte der Präsident: „Der Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen ist für die Landkreise ebenso bedeutsam wie die Zunahme der Menschen mit Behinderung, die auf die Unterstützung der Landkreise angewiesen sind. Bund und Länder müssen daher ihre Anstrengungen intensivieren, die sozialen Sicherungssysteme demografiefest zu machen. Andernfalls droht eine Überlastung.“ Ein weiterer wichtiger Punkt sei der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für unter dreijährige Kinder.

Mehr Pflegebedürftige

Mit zunehmender Zahl pflegebedürftiger Menschen würden auch die Kosten der Pflege steigen. „Die Hilfe zur Pflege nach dem Sozialhilfegesetz beträgt mittlerweile 3,1 Mrd. Euro. Dies liegt daran, dass die Pflegeversicherung nur als „Teilkaskoversicherung“ geschaffen wurde. Der Gang zum kommunalen Sozialamt kann aber nicht die Lösung für die betroffenen Menschen sein. Schließlich wurde die Pflegeversicherung eingeführt, um die Menschen unabhängig von Sozialhilfe zu machen.“ Hier seien Verbesserungen in absehbarer Zeit notwendig. „Der Staat und die öffentliche Hand werden nicht alles richten können – denn Folge der weniger und älter werdenden Bevölkerung ist auch, dass die Zahl der Steuerzahler abnimmt. Für die Älteren brauchen wir aber gerade mehr öffentliche Mittel und mehr Fachkräfte“, machte Duppré deutlich.

Dies gelte auch für die zunehmende Zahl behinderter Menschen, für die die Landkreise über die Eingliederungshilfe ein sachliches Leistungsangebot sicherstellen. „Hier ist sowohl bei den Kriterien der Bedürftigkeit als auch bei der Frage der Finanzierbarkeit eine Überprüfung geboten. Die Eingliederungshilfe umfasst 13 Mrd. Euro.“ Bund und Länder hätten im vergangenen Jahr im Rahmen des Fiskalpakt ein „Bundesleistungsgesetz“ verabredet, das unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erarbeitet werden solle. „Wir werden Bund und Länder beim Wort

bayerischen Kliniken bereitgestellt. Für 2013 hat der Ministerrat eine Erhöhung der jährlichen Förderung um 70 Millionen auf 500 Millionen Euro im Jahr beschlossen. Dies sei ein starkes sozialpolitisches Signal. Derzeit werden 112 Bauvorhaben mit einem Gesamtvolumen von 1,6 Milliarden Euro finanziert.

Der Ministeriumsvertreter dankte insbesondere den Beschäftigten in den Krankenhäusern. „Vor allem die Pflegekräfte stehen in der Regel nicht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, leisten aber täglich schwere, unverzichtbare Arbeit“, sagte Höhenberger. Diese Tätigkeit könne gar nicht genug gewürdigt werden. **DK**

Raum für...

nehmen, um der kommunalen Finanzbelastung Rechnung zu tragen“, so der DLT-Präsident.

Doch geht es den Landkreisen vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen nicht ausschließlich um ältere, kranke oder behinderte Mitbürger, sondern auch um die Familien und die Jungen. „Gerade in einer dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung tragenden Kinderbetreuung liegt ein wichtiges Handlungsfeld für die Landkreise, die fast flächendeckend für die Kita-Bedarfsplannungen und die Erfüllung des Rechtsanspruchs verantwortlich sind.“ Die Landkreise würden alles daran setzen, dass der Anspruch auf Krippenbetreuung ab dem ersten Lebensjahr am 1. August 2013 gesichert sei. „Es hat keinen Sinn, vorab Schreckensszenarien aufzubauen. Anfangsschwierigkeiten und anfängliche Engpässe müssen flexibel und im Zusammenwirken mit den Gemeinden, den kirchlichen und freien Trägern bewältigt werden. Die kommunalen Mitarbeiter sind bereit und in der Lage dazu.“

Im Rahmen der Landkreiseversammlung stellte der Deutsche Landkreistag auch seine Kreis-App vor. Strukturdaten der 295 Landkreise z. B. zu Fläche, Einwohnerzahl, Sitzverteilung im Kreistag oder Kfz-Kennzeichen sowie Daten zu allen Landräten sind ab sofort bequem unter www.kreisapp.de als Web App abrufbar. Damit sind diese Informationen nicht nur wie bisher in Broschürenform, sondern auch mobil verfügbar.

Über 30 % der Bevölkerung verfügen aktuell über ein Smartphone und 50 % davon nutzen es täglich für den Internet-Zugriff. Diese Zielgruppe wächst rasant. Um diese Entwicklung für die Landkreise und den Deutschen Landkreistag zu nutzen, wurde die Kreis-App entwickelt, die zunächst in einer ersten Version als Web App verfügbar ist. Damit sind die Daten aus dem vom Deutschen Landkreistag herausgegebenen „Landrätealbum“ nunmehr nicht nur alle zwei Jahre in der Neuauflage der gedruckten Ausgabe verfügbar, sondern auch mobil abrufbar und können so laufend auf dem neuesten Stand gehalten werden. In den nächsten Monaten wird das Angebot optimiert, ergänzt und zusätzlich in die App-Stores von Google und Apple eingestellt. Auch ist es möglich, die Profile der Landkreise um zusätzliche Funktionen zu erweitern.

Am zweiten Tag der Landkreiseversammlung hob Bundespräsident Joachim Gauck die Bedeutung des Einsatzes von Bürgern in ihren Kommunen hervor und erklärte, es brauche vor allem Mut im Umgang mit den demografischen Herausforderungen. Er zitierte den ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau mit dem Satz: „Wenn es die Landkreise nicht gäbe, müsste man sie erfinden.“

Das Staatsoberhaupt stellte die Frage, ob sich die Landkreise vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung möglicherweise neu zu erfinden hätten. Er blickte versichtlich auf die demografi-

schen Veränderungen, weil die Gesellschaft veränderungsfähig sei; die meisten der Landkreise seien wirtschaftlich und kulturell aufgeblüht. Generell sei dem Mut und nicht dem Zweifel Vorrang einzuräumen. Dann würde der demografische Wandel gelingen.

Darüber hinaus konstatierte Gauck, die Kommunen dürften nicht von Bund und Ländern alleine gelassen werden, sondern es gehe um eine Gesamtverantwortung aller föderalen Ebenen für dieses Querschnittsthema. Auch spiele das gemeinsame Agieren von Kommunen eine große Rolle, um die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen. Darin inbegriffen sei auch eine aktive kommunale Integrationspolitik, die zunehmend an Bedeutung gewinne.

Bei allem gehe es darum, die Perspektive der Bürger nicht aus dem Blick zu verlieren, wobei Raum für bürgerschaftliche Mitgestaltung bestehen müsse. Es stünden grundsätzliche gesellschaftliche Weichenstellungen an, weil es künftig schwieriger würde, Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort aufrecht zu erhalten. Letztlich erzeuge dies auch Verständnis für teilweise schmerzliche Notwendigkeiten. Joachim Gauck dankte in diesem Zusammenhang dem Deutschen Landkreistag für sein Engagement, für Ideen, Initiativen und Veranstaltungen, weil dies letztlich auch auf das öffentliche Bewusstsein wirke.

In einer anschließenden Diskussionsrunde stellte DLT-Präsident Duppré besonders heraus, dass zur selbstverantwortlichen Gestaltung

des demografischen Wandels bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar sei. Generell müssten die Bedingungen verbessert werden, so dass sich Frauen und Männer noch stärker eingeladen fühlen, sich nicht nur kommunalpolitisch, sondern auch im sozialen und kirchlichen Bereich zu engagieren.

DLT-Vizepräsident Landrat Dr. Michael Ermrich ergänzte, die Leistungen der Kommunen müssten flexibilisiert werden. So könne beispielsweise der öffentliche Personennahverkehr im Zusammenspiel mit touristischen Angeboten gestärkt werden. Der Landkreis Harz praktiziere dies erfolgreich. Auch seien mehr Entscheidungsspielräume für die Land-

kreise in der Wirtschaftspolitik wichtig, z. B. in Form der Bewirtschaftung von Regionalbudgets in eigener Verantwortung, um etwa Unternehmenssiedlungen noch angepasster an die Verhältnisse vor Ort fördern zu können.

Landrätin Eva Irrgang aus dem Kreis Soest ging insbesondere auf das Thema Integration ein. Sie sagte, man müsse kommunale Integrationspolitik zur Chefsache machen. Es müsse mit dem nötigen Nachdruck agiert werden, etwa bezogen auf eine aktive Willkommenskultur, mehrsprachige Lotsen in der Kreisverwaltung, angepasste Informationsangebote und Netzwerke mit den Migrantenorganisationen. **DK**

Finanzprobleme in Landkreisen

Mit Blick auf die Forderung des Deutschen Landkreistags nach mehr finanzieller Unterstützung vom Bund erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz: „Der Bund unterstützt die Kommunen bereits mit der größten Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik. So entlastet er die Kommunen mit der Übernahme der ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung dauerhaft allein im Zeitraum 2012 bis 2016 um voraussichtlich rund 20 Milliarden Euro. Profitieren werden davon besonders die Kommunen, die unter drängenden Finanzproblemen leiden. Zudem wurde zwischen Bund und Ländern vereinbart, ab der kommenden Legislaturperiode die Übernahme von Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen durch den Bund anzugehen.“

„Wenn es dann am Ende doch nicht reicht, können mitunter die Finanzprobleme auch hausgemacht sein“, meinte Götz. „So ist es nicht nachvollziehbar, wenn beispielsweise ein mit rot-grüner Mehrheit regierter Landkreis in Niedersachsen nur mit Mühe einen ausgeglichenen Haushalt hinkommt, obwohl das Land im Rahmen eines Entschuldungsvertrages 75 Prozent der Kassenkredite übernommen und damit den finanziellen Spielraum des Landkreises deutlich vergrößert hat. Hier sind auch die Landkreise und Kommunen aufgefordert, bei Haushaltsplanungen Maß zu halten.“ **DK**

Warnung vor...

(Fortsetzung von Seite 1)

um den Weg aus dem Schuldenstaat zu finden und den Sozialstaat zukunftsfit zu machen. „Wir müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, die notwendigen Investitionen dauerhaft zu finanzieren“, erklärte Schramm.

Freilich werde dies nicht ohne Einnahmenverbesserung auf Seiten des Staates funktionieren, da die Bürger immer mehr Leistungen, bessere Straßen, mehr Polizisten, mehr Erzieherinnen, mehr Lehrer, bessere Schulen, Ganztagschulen und vieles mehr erwarten, fuhr der Präsident fort und ergänzte: „Gleichzeitig müssen wir aber den Mut haben, die Ausgaben zu reduzieren. Das heißt, alle staatlichen Leistungen müssen auf den Prüfstand. Der große Strauß sozialer Leistungen muss neu geordnet und auf die wirklich Bedürftigen konzentriert, entbürokratisiert und transparent gestaltet werden. Das Reformwerk wird nicht ohne eine stärkere Eigenverantwortung und Eigenvorsorge funktionieren.“ Benötigt würden z. B. bessere Rahmenbedingungen und Anreize, damit die Menschen in größerem Umfang für Alter und Pflege Eigenvorsorge betreiben. Auch die Bereitschaft, über das 67. Lebensjahr hinaus zu arbeiten, sollte nicht verteuert, sondern gefördert werden.

Angemahnt wird darüber hinaus mehr Marktwirtschaft bei der Umsetzung der Energiewende. „Denn nur so können wir sicherstellen, dass die Preise nicht völlig aus dem Ruder laufen und die dramatisch schwindende Zustimmung zur Energiewende in der Bevölkerung nicht weiter abnimmt, machte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg deutlich.

Notwendig sei die Überarbeitung des Fördermechanismus. Die Förderung müsse den Netzzugang und auch die regionale Verteilung berücksichtigen. Es mache keinen Sinn, erneuerbare Energieanlagen mit Steuergeldern zu subventionieren, wenn deren Strom in absehbarer Zeit nicht in ein tragfähiges Netz eingespeist oder wegen der regionalen Situation nicht verwendet werden kann. „Auch der Netzausbau muss konsequent vorangetrieben werden und die Be-

treiber konventioneller Kraftwerke brauchen Investitionssicherheit“, stellte Landsberg fest.

Unverzichtbar sei die verstärkte Nachfragesteuerung durch Smart Grids (intelligente Netzsteuerung), die z. B. sicherstellen, dass die Tiefkühltruhe gerade dann weiter heruntergekühlt wird, wenn ausreichend Windstrom anfällt. Die Kosten hierfür sollten bei den Netzentgelten berücksichtigt werden, um den Masseneinsatz zu beschleunigen. Gerade die Kommunen und ihre Stadtwerke könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten, wenn die Rahmenbedingungen nicht später, sondern jetzt neu gestaltet werden.

Zwangsabschaltung wegen fehlender Netze

Landsberg verwies darauf, dass wegen fehlender Netze die Zwangsabschaltung von Windparks in Deutschland um 300 % gestiegen sei. 407 Gigawattstunden Windstrom seien verloren, damit hätte man 116.000 Haushalte ein Jahr lang versorgen können. Deswegen müsse der Netzausbau jetzt massiv vorangetrieben werden. Dabei gehe es nicht nur um einige tausend Kilometer Stromautobahnen von Nord nach Süd (Hochspannungsstrassen), sondern insbesondere um über 195.000 Kilometer Land- und Gemeindestromstraßen, die zum so genannten Verteilernetz gehörten. Die zentralen Baustellen der Energiewende wie Netzausbau und -umbau, die Sicherung der Kraftwerkskapazitäten und die Reform der Förderinstrumente müssten jetzt aufeinander abgestimmt zu einem Gesamtkonzept entwickelt werden.

Landsberg warnte zugleich vor einer Strompreishysterie. Bei der Strompreisentwicklung sei mehr Sachlichkeit geboten. Da die fossilen Brennstoffe wie Öl und Gas endlich seien, stiegen die Strompreise seit Jahren, völlig unabhängig von der Energiewende. Im Jahr 2000 hat ein Dreipersonenhaushalt (Jahresverbrauch 3.500 Kilowattstunden), 46,66 Euro pro Monat für den Strom bezahlen müssen. Im Jahre 2013 werden es mit der Erhöhung der EEG-Umlage 81 Euro sein. Das ist eine Stei-

gerung von etwa 85 % über einen Zeitraum von über 12 Jahren. Andere Produkte des täglichen Lebens wie Benzin oder auch nur der Cappuccino im Café haben sich in gleicher Zeit vergleichbar entwickelt.

Man dürfe auch nicht übersehen, so Landsberg, dass Deutschland durch den massiven Ausbau der alternativen Energie allein im vergangenen Jahr fast 8 Mrd. Euro eingespart habe, weil der Öl- bzw. Gasbedarf entsprechend gesunken sei. Landsberg verwies darauf, dass sich die Hälfte des Strompreises aus Steuern und Abgaben zusammensetze. Darin seien neben der Mehrwertsteuer für private Verbraucher, Stromsteuer und Konzessionsabgabe natürlich auch die Umlage für die erneuerbaren Energien und die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung enthalten. Diese Abgaben würden allerdings auch genutzt, um die Infrastruktur weiter auszubauen, die Kraft-Wärme-Kopplung zu fördern und die Energiewende voranzubringen. Insofern sei die Forderung nach einer Strompreiskontrolle zwar medienwirksam, aber politisch der falsche Ansatz. Richtiger sei es vielmehr, gerade Menschen im unteren und mittleren Einkommen die Möglichkeit zu geben, Energie einzusparen.

Die beste Energie sei letztlich die, die man einspare, denn sie müsse gar nicht erst produziert werden, bemerkte Landsberg. Deswegen forderte er Bund und Länder auf, einen neuen Anlauf zu nehmen, um die Energieeffizienz (Förderung von energetischen Sanierungen) voranzubringen. Die jetzt vom Bund vorgesehene Förderung in Höhe von 300 Mio. Euro/Jahr sei ein richtiger Schritt, müsse allerdings deutlich aufgestockt werden. Gerade bei der Energieeffizienz könnten die Kommunen mit ihren über 176.000 kommunalen Gebäuden, die jährlich 2,5 Mrd. Euro Energiekosten verschlingen, einen wichtigen Beitrag leisten.

Auch Sozialtarife, wie sie von einigen gefordert werden, seien nicht zielführend. Neben dem damit verbundenen erheblichen administrativen Aufwand sei zu beachten, dass natürlich die Energiekosten bei der Berechnung von Sozialleistungen berücksichtigt werden. **DK**

Unternehmen der Thüga-Gruppe realisieren virtuelles Kraftwerk:

Operativer Betrieb startet Februar 2013

Flexibilität der dezentralen Erzeugung nutzen und Netze entlasten

Die Innovationsplattform der Thüga-Gruppe wird im Februar 2013 ein virtuelles Kraftwerk in den operativen Betrieb nehmen. Ziel ist es, bundesweit möglichst viele dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der Thüga-Gruppe zu einem „Kraftwerkspool“ zu vernetzen. Seit Anfang 2012 baut die Innovationsplattform dazu mit derzeit 20 ihrer Partnerunternehmen gemeinsam das virtuelle Kraftwerk auf. In der Startphase sollen rund 30 Megawatt eingebunden werden, die über die vier Regelzonen der Übertragungsnetzbetreiber verteilt sind. Mittelfristig wird die Anbindung von über 100 Megawatt elektrischer Leistung angestrebt.

Übertragungsnetzbetreiber haben die Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen Stromerzeugung und -verbrauch jederzeit aufrechtzuerhalten und damit die Netzstabilität zu sichern. In Zeiten, in denen das Gleichgewicht nicht gegeben ist, beschaffen die Übertragungsnetzbetreiber sogenannte Regelernergie, die bislang im Wesentlichen durch das Hoch- und Herunterfahren von Großkraftwerken mit entsprechender Flexibilität bereitgestellt wurde.

„Durch die zunehmende volatile Einspeisung von erneuerbaren Energien wächst der Bedarf an hochflexiblen Kraftwerken“, so Ewald Woste, Vorsitzender des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft. „Das virtuelle Kraftwerk der Thüga-Gruppe ermöglicht es, die bisher noch nicht erschlossene Flexibilität der dezentralen Erzeugung zu nutzen, stellt Regelernergie effizient bereit und leistet einen Beitrag zur Netzstabilität“, so Woste weiter.

Attraktive Erlöse

Eingebunden werden vor allem mittelgroße Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die eine elektrische Leistung zwischen 0,5 und 5 Megawatt aufweisen. Diese sind unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten besonders vorteilhaft einzubinden. Ziel ist insbesondere die Bereitstellung und Vermarktung von negativer Sekundärregelleistung. Dabei werden die Kraftwerke innerhalb von fünf Minuten heruntergefahren, wenn zu viel Strom in den Netzen ist. Sekundärregelleistung ist im Vergleich zur Minutenreserve anspruchsvoller in der Umsetzung,

bietet dafür jedoch attraktivere Erlöse für die beteiligten Unternehmen der Thüga-Gruppe.

Erst durch das gemeinsame Vorgehen erschließen sich die Unternehmen diese Vermarktungsmöglichkeiten, denn wer am Regenergiemarkt teilnehmen möchte, muss mindestens fünf Megawatt Leistung anbieten. „Kaum ein Stadtwerk ist mit seinen dezentralen Erzeugungsanlagen dazu allein in der Lage“, meint Woste.

Breite Vermarktungsmöglichkeiten realisieren

„Bevor wir eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage einbinden, erstellen wir eine energiewirtschaftliche Analyse, ob sich die Einbindung für den Betreiber lohnen wird“, erklärt Marcus Getta, Leiter der Thüga-Innovationsplattform. „Ist dies gegeben, sind wir in der Lage, unterschiedlichste Anlagentypen einzubinden, von erdgasbefeuerten Erzeugungseinheiten bis hin zu direktvermarkteten Anlagen auf Basis von Biogas oder Biomethan.“

Eine weitere Besonderheit ist, dass die Partnerunternehmen mit Start des Produktivbetriebs ihren Kunden anbieten können, auch deren Anlagen in das virtuelle Kraftwerk einzubinden und so an der Vermarktung partizipieren zu lassen. „Die Flexibilität des Geschäftsmodells und die Leistungsfähigkeit unserer IT-Systeme ermöglichen ein zeitnahes Wachstum des virtuellen Kraftwerks der Thüga-Gruppe in weitere Anlagenklassen und Vermarktungsmöglichkeiten“, ist Getta überzeugt. An-

gedacht ist zum Beispiel, die dezentralen Erzeugungsanlagen über das virtuelle Kraftwerk für Bilanzkreisregelungen und Bezugsoptimierungen zu nutzen.

Über die Thüga-Innovationsplattform

Die Thüga-Innovationsplattform entwickelt seit 2011 mit aktuell 34 Partnerunternehmen der Thüga-Gruppe und unter

Netzentwicklungsplan für Stromübertragungsnetze:

Minister Zeil begrüßt endgültige Fassung

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Martin Zeil begrüßt nachdrücklich, dass die endgültige Fassung des Netzentwicklungsplans für die Stromübertragungsnetze zwei neue Leitungen mit Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) nach Bayern vorsieht.

„Damit trägt die Bundesnetzagentur den besonderen Herausforderungen Rechnung, die für Bayern durch den Kernenergieausstieg und den Umbau der Energieversorgung entstehen. Ohne neue Stromautobahnen in Nord-Süd-Richtung kann die Energiewende nicht gelingen und die Versorgungssicherheit in Bayern nicht gewährleistet werden. Ich habe mich deshalb persönlich bei Bundesnetzagentur-Präsident Homann dafür eingesetzt, dass die Bayern betreffenden Projekte im Netzentwicklungsplan Aufnahme finden.“ Diese Vorhaben seien über die kurzfristig zu bauenden Leitungen in herkömmlicher Drehstromtechnik (zum Beispiel die Thüringer Strombrücke) hinaus unverzichtbar.

Die Bundesnetzagentur legt den Netzentwicklungsplan heute der Bundesregierung vor, die auf dieser Grundlage den Entwurf für das Bundesbedarfsplangesetz erstellt. Der Netzentwicklungsplan enthält unter anderem die HGÜ-Projekte Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) – Meit-

Leitung des Innovationsmanagements der Thüga Aktiengesellschaft kurz- bis mittelfristig kommerzialisierbare Produkt- und Geschäftsmodellinnovationen. Durch die gemeinschaftliche Finanzierung von Projekten rund um die neuen Technologien der Energiewirtschaft können Innovationen schneller und effektiver an den Markt gebracht werden. Wesentliches Kriterium für die Themenauswahl ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit und Skalierbarkeit der Innovation, so dass für möglichst viele Partnerunternehmen ein Mehrwert geschaffen wird. Die Thüga-Innovationsplattform trägt damit dazu bei, die Wirtschaftskraft der Partnerunternehmen und die Innovationskraft der Thüga-Gruppe signifikant und nachhaltig zu stärken. □

ingen (Schwaben) und Wilster (Schleswig-Holstein) – Grafenrheinfeld (Unterfranken).

Grafenrheinfeld

Besonders hebt der Minister die Verbindung von Schleswig-Holstein nach Unterfranken hervor. „In Grafenrheinfeld wird mit der Abschaltung des Kernkraftwerks Ende 2015 in großem Umfang Netzeinspeisung fehlen. Als Endpunkt einer leistungsstarken, innovativen HGÜ-Leitung aus dem Norden ist Grafenrheinfeld deshalb versorgungstechnisch optimal“, bekräftigt Zeil.

Der zuständige Netzbetreiber TenneT könne bei diesem Projekt mit tatkräftiger politischer und administrativer Unterstützung durch die Bayerische Staatsregierung rechnen. „Jetzt brauchen wir eine schnelle Verabschiedung des Bundesbedarfsplangesetzes durch den Bund und einen zügigen Einstieg in die konkreten Planungen. Wir dürfen beim Ausbau des Stromnetzes keine Zeit verlieren“, so die Forderung des Wirtschaftsministers. □

Thüga Erneuerbare Energien Gesellschaft:

Windparkportfolio erreicht 100 Megawatt

Investitionen in elf neue Anlagen in Sachsen-Anhalt und Thüringen

Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG hat ihr Windparkportfolio um zwei neue Windparks mit insgesamt elf Anlagen aufgestockt. Der Windpark Nessa befindet sich im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt. Bei den sechs Anlagen handelt es sich um den Typ Enercon E-82. Der zweite Standort befindet sich am Südstrand des Thüringer Beckens zwischen den Gemeinden Wangenheim und Wiegleben. Er hat vier Vestas V90 Anlagen und eine Enercon E-82 Anlage.

Während die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG am Windpark Nessa mit 100 Prozent beteiligt ist, hält sie am Windpark Wangenheim/Hochheim 74,9 Prozent der Anteile. Die übrigen Anteile befinden sich beim Projektentwickler BOREAS Energie GmbH. In Summe verfügt die Thüga Erneuerbare Energien damit über 103 Megawatt. Die insgesamt 49 Onshore Windenergieanlagen unterschiedlicher Typen, befinden sich in fünf verschiedenen Bundesländern (Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen) und speisen zusammen jährlich knapp 240 Millionen Kilowattstunden Strom in das öffentliche Netz. Dies entspricht in etwa der Deckung des jährlichen Strombedarfs von rund 64.000 Haushalten.

Onshore Windkraft wichtige Säule der Energiewende

„Der Onshore Windmarkt hat nach wie vor noch viel Potential. Diese Technologie wird auch weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Energiewende leisten“, ist Dr. Kay Dahlke, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien, überzeugt. Im ersten Halbjahr 2012 wurden in Deutschland laut Deutsche WindGuard über 400 Windenergieanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von rund 1000 Megawatt errichtet. Über neunzig Prozent davon waren Anlagen an Land.

„Unsere Entscheidung, auf Onshore zu setzen, war richtig. Wir haben heute in unserem Portfolio eine angemessene Rendite-Risiko-Struktur“, betont Michael Riechel, Geschäftsführer der Thüga Erneuerbare Energien und Vorstand der Thüga Aktiengesellschaft.

erbare Energien und Vorstand der Thüga Aktiengesellschaft.

Ziel ist die optimale Steuerung der Windparks

„Für uns ist das Betreiben eines Windparks genauso wichtig wie der Erwerb“, so Riechel. Ziel des Unternehmens ist es, die Windparks so zu optimieren, dass ein maximaler Windertrag erreicht werden kann. Das Unternehmen arbeitet derzeit mit insgesamt fünf verschiedenen externen Betriebsführern zusammen, die die Anlagen dauerhaft vor Ort betreuen. Mit einer eigenen Analysesoftware sammelt die Thüga Erneuerbare Energien rund um die Uhr sämtliche Daten von jeder Windenergieanlage, um eine tägliche Überwachung der Windparks zu gewährleisten. Das ermöglicht beispielsweise Vergleiche zwischen den Windparks und einzelner Anlagen innerhalb des Portfolios und es können frühzeitig mögliche technische Risiken erkannt werden.

Betriebsführungskonzepte

Unser ständiger Überblick versetzt uns in die Lage, selber auf die Betriebsführer und die jeweiligen Anlagenhersteller zuzugehen und mit ihnen gemeinsam die Windparks zu optimieren“, so Dahlke. Ein nicht zu unterschätzendes Potential sieht der Geschäftsführer bei den Betriebsführungskonzepten: „Ein Betriebsführer kann durch schnelle Maßnahmen und mit Unterstützung der Anlagenhersteller bei technischen Störungen - insbesondere zu windstarken Zeiten - eine hohe energetische Verfügbarkeit gewährleisten.“ □

WAS WÄCHST IM SPREEWALD

+

VERSORGT 60.000 MENSCHEN MIT FRISCHER ENERGIE?

Der Windpark Spreewald. Seine reiche Windernte macht selbst Gurken grün vor Neid: Mitten im Spreewald produziert er klimaneutralen Strom für 60.000 Menschen. Und er ist nur einer von mehreren Windparks der Erneuerbaren Energien Gesellschaft der Thüga-Gruppe, einem Joint Venture von derzeit 35 Unternehmen der Thüga-Gruppe.

Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG ist eine von vielen Lösungen, mit denen die über 90 in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Gemeinsames Ziel ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über www.energie-und-wende.de/erzeugung

+ **erneuerbare energien**
Das große Plus für Nachhaltigkeit

+ **Thüga**
Die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG ist ein Joint Venture von derzeit 35 Unternehmen der Thüga-Gruppe.

Pro Energiewende - Ausbau der bayerischen Wasserkraft:

Im Einklang mit Ökologie und Ökonomie

GZ-Gespräch mit dem Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, Dr. Albrecht Schleich

Angesichts der angestrebten Energiewende in Deutschland ist die Frage nach der Nutzung der Wasserkraft zur Stromerzeugung aktueller denn je. In Bayern hat diese älteste Form der Stromerzeugung eine über 100-jährige Tradition. Zudem ist sie immer noch die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig, in größerer Menge bereit zu stellen. „Die Wasserkraft als heimische und erneuerbare Energiequelle ist ein unverzichtbarer Teil des bayerischen Energiemixes“, stellte der Vorstand der Rhein-Main-Donau AG, Dr. Albrecht Schleich, in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung fest.

Speziell im Freistaat hat die Wasserkraft mit bis zu 15 Prozent einen überproportional hohen Anteil an der Stromerzeugung insgesamt. Mit rund 11,4 Milliarden Kilowattstunden Jahreserzeugung im Jahr 2011 liegt ihr Anteil im Bereich der erneuerbaren Energien bei rund 44 Prozent und ist somit wichtigster regenerativer Stromproduzent in Bayern, der zudem noch grundlastfähig ist. Importunabhängig, zuverlässig, flexibel und kundennah stellen die über 200 großen und mehr als 4.000 kleineren Wasserkraftanlagen an Bayerns Flüssen Strom in einer Größenordnung zur Verfügung, die für die Versorgung von rund 3,5 Millionen Durchschnittshaushalten ausreichen würde.

59 RMD-Wasserkraftwerke

Die 59 Wasserkraftwerke der RMD AG verfügen über eine Ausbauleistung von 623 Megawatt (MW), davon ein Pumpspeicherkraftwerk mit 164 MW. Zusammen erzeugen sie jährlich rund drei Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom, ohne dabei klimaschädliches CO₂ freizusetzen. Die dadurch eingesparten Treibhausgasemissionen belaufen sich auf rund zwei Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr. Fakt ist, dass sich ohne Wasserkraft die ehrgeizigen nationalen Klimaschutzziele deutlich schwieriger erreichen lassen.

Gemäß dem Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung vom Mai 2011 soll die Stromerzeugung aus Wasserkraft in Bayern bis 2021 nochmals um 15 %, d. h. um rund 2 Mrd. kWh pro Jahr erhöht werden. Wie RMD-Vorstand Schleich betonte, „freuen wir uns, dass die Wasserkraft eine so große Rolle im Energiekonzept spielt“. Freilich sei man auf die Unterstützung von Politik und Verwaltung angewiesen, „wenn diese hohe Messlatte erreicht werden soll“.

Ausbaupotenziale

Im Jahr 2009 bereits zeigte eine von der RMD zusammen mit den Partnerunternehmen E.ON Wasserkraft GmbH und Bayerische Elektrizitätswerke GmbH in Auftrag gegebene Studie die Ausbaupotenziale durch Kraftwerkserweiterungen und -neubauten auf. Etwa 10 % zusätzliche Wasserkraftstromerzeugung, sprich 1,3 Mrd. kWh, wären vorstellbar, lautete ein Ergebnis der Studie. Hierzu wurden vier Maßnahmengruppen ins Visier genommen: die Nachrüstung von Kraftwerken (z. B. durch den Einbau einer zusätzlichen Turbine in das Kraftwerk), die Modernisierung von Kraftwerken (z. B. durch Erneuerung der Leitechchnik), der Bau eines neuen Kraftwerks an ein bereits vorhandenes Querbauwerk in einem Fluss sowie der Bau eines neuen Querbauwerks, d. h. eines neuen Kraftwerks.

„Wie nun die Zielvorgabe der Bayerischen Staatsregierung, nämlich 15 % zusätzliche Wasserkraftstromerzeugung erreicht werden soll, bleibt ungeklärt angesichts

der politischen Willensbekundung, in der Regel keine Kraftwerksneubauten an heute unverbauten Stellen zuzulassen“, räumte Schleich ein, „zumal wir auch anderweitig mit erheblichen Einschränkungen zu kämpfen haben.“

Zwar befürworteten laut einer repräsentativen Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts forsa im Jahr 2009 91 Prozent der Menschen in Bayern die Nutzung der Wasserkraft, doch fehle die Akzeptanz hierfür gerade bei den Naturschutzverbänden völlig. Indiz dafür sei u. a. deren schneller Ausstieg aus dem von Umweltminister Marcel Huber initiierten Forum „Ökologische Wasserkraft“, das den Beginn eines langfristig angelegten Dialogs ermöglichen und in dem gesellschaftlich akzeptierte Lösungen für eine ökologisch verträgliche Steigerung der Wasserkraftnutzung gefunden werden sollten.

Obschon sich Wasserkraftwirtschaft und Naturschutz gegenüber nunmehr in einem Stadium der Sprachlosigkeit befänden, werde von letzteren „mit zum Teil unsachlichen, ja polemischen Attacken eine sehr intensive Kampagne gegen die Wasserkraft“ gefahren, stellt Schleich fest. Dabei werde der Wasserkraft jeglicher ökologischer Charakter abgesprochen.

Zeit zum Umdenken

Vor diesem Hintergrund appellierte der RMD-Vorstand an die „gesamtschaftliche Verantwortung“ der Naturschutzverbände. Es sei an der Zeit, sich zu besinnen und umzudenken. Dazu gehöre auch, sich auf Dialogprozesse einzulassen und bereit zu sein, nach gemeinsamen, tragfähigen Lösungen zu suchen.

Die durchaus gewichtigen Interessenverbände im Bereich Umwelt müssten akzeptieren lernen, dass der Naturschutz nicht einfach isoliert in den Raum gestellt werden kann, „sondern dass er in das Gesamtgeflecht der politischen Belange, Interessen und Werte einzubringen ist“, fuhr Schleich fort. Da diese Bereitschaft zur Relativierung derzeit auch langfristig nicht zu erkennen ist, sei die Politik gefragt: Sie habe die Aufgabe, „die Dialog- und Kompromissbereitschaft von den Naturschutzverbänden einzufordern und eine Interessenabwägung vorzunehmen zwischen Klimaschutz und Erneuerbaren Energien einerseits und Naturschutz andererseits“.

Da die Politik Entscheidungen zu treffen habe, obliege ihr auch der schwierigste Part. Vor diesem Hintergrund appellierte Vorstand Schleich, „die Wasserkraft so zu bewerten, dass auch bei aller Berücksichtigung der notwendigen ökologischen Belange der Ausbau der Wasserkraft in Bayern noch vorangetrieben werden kann“.

Die Wasserkraftwirtschaft ihrerseits müsse neben der Aufrechterhaltung ihrer Dialogbereitschaft sicherlich noch deutlicher als bisher kommunizieren, „welche gerade ökologischen Vorteile

diese heimische Energiequelle hat“, konstatierte Schleich. Entscheidende Vorteile der Wasserkraft seien neben dem Hochwasserschutz und der Flussstabilisierung vor allem auch ihre ständige Verfügbarkeit und ihr hoher Wirkungsgrad. Anders als Sonne oder Wind können die Turbinen das ganze Jahr bei Tag und bei Nacht ihre umweltfreundliche Arbeit verrichten. Der Strom aus Wasserkraft sei damit die verlässlichste erneuerbare Energiequelle.

Schleich zufolge besteht bayernweit derzeit eine installierte Kapazität von fast 3.000 MW Wasserkraft, mit denen rund 13 Mrd. kWh im Jahr erzeugt werden können. Dagegen beläuft sich die installierte Kapazität in Bayern bei der Photovoltaik auf das Dreifache der Wasserkraft (aktuell rund 9.000 MW). Erzeugt wird jedoch vergleichsweise nur etwa die Hälfte an Kilowattstunden und das nur in begrenzten Zeiteinstern.

Stabilisierende Wirkung

Über die reine Energieerzeugung hinaus unterstütze die Wasserkraft aber auch im Gegensatz zur Photovoltaik oder Windkraft zahlreiche schützenswerte Belange, führte Schleich aus. So wirke die Wasserkraft stabilisierend, wenn die Gefahr besteht, dass sich ein Fluss weiter in den Boden eingrät. Die Absenkung des Grundwasserspiegels wäre eine ebenso fatale Folge wie das Austrocknen der Auwälder.

Ein weiterer Nutzen der Wasserkraft findet sich beim Thema Hochwasserschutz. „Durch Stauhaltungen, angelegte Dämme und Deiche sowie durch die Anlage von Retentionsräumen und Poldern für den Hochwasserfall besteht die Möglichkeit, effiziente Hochwasserschutzmaßnahmen zu treffen“, betonte Schleich. Die Anlage von Stauhaltungen biete gar die Möglichkeit, völlig neue Naturschutzgebiete zu schaffen.

Ökologischer Nutzen

Die Tatsache, dass etwa ein Drittel der Vogelschutzgebiete in Bayern auf Wasserkraftwerksstandorte entfällt, bedeute, dass dort neue, wertvolle, von der Natur angenommene Biotope entstanden sind, die in der Folge heute schützenswerte Dimensionen erreichen. Darüber hinaus trage die Wasserkraft zur Reinigung der bayerischen Flüsse bei. Jährlich würden etwa 40.000 m³ Schwemmgut, in erster Linie Treibholz, aber auch Wohlstandsmüll und Schrott, bei den RMD-Kraftwerken aus den Flüssen geholt. „Diese Kombination aus besonders wertvoller erneuerbarer Energieerzeugung und zusätzlichem ökologischen Nutzen über die Stromerzeugung hinaus macht den Reiz der Wasserkraft aus“, bilanzierte Schleich.

Negative Begleiteffekte minimieren

Die Rhein-Main-Donau AG werde sich auch künftig um die weitere Verbesserung der ökologischen Situation im Umfeld ihrer Wasserkraftwerksstandorte bemühen“, bekräftigte der RMD-Vorstand, „denn bei der Nutzung der Wasserkraft treten zugegeben auch negative Begleiteffekte auf.“ Diese zu minimieren, mache sich sein Unternehmen seit Jahrzehnten mit zur Aufgabe.

So wurden viele Wasserkraft-

werke zum Beispiel durch Umgebungsgewässer, Fischpässe und Renaturierungsstrecken entlang der Flussufer ökologisch aufgewertet. Aktuell hat die Rhein-Main-Donau AG im Laufwasserkraftwerk Rothenfels am Main für ein zusätzliches Triebwerk und eine dem wissenschaftlichen Stand entsprechende Fischaufstiegsanlage die Genehmigungsunterlagen eingereicht. Da an Bundeswasserstraßen die Zuständigkeit für die Herstellung des Fischaufstiegs bei der Wasserschiffahrtsdirektion liege, suche man hier gemeinsam nach vernünftigen Lösungen.

Borstenfischpass

Gemeinsam mit E.ON Wasserkraft rüstete die RMD zudem die Bootsgasse an der Staustufe Regensburg zu einem Borstenfischpass um. Dazu wurde in der vorhandenen Bootsruhr Sohlsubstrat aus Grobschotter eingebracht und darauf Borstenpakete befestigt. Eine kontinuierliche Wassermenge von 300 Litern Donauwasser pro Sekunde ermöglicht es nun



Anne-Marie (l.) und Constanze von Hassel im Interview mit RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich.

Fischen, Wirbellosen und Amphibien, den Höhenunterschied von etwa vier bis fünf Metern an der Staustufe zu überwinden.

Künftig investiert derzeit die RMD-Tochter Donau Wasserkraft AG in den Betrieb der fünf Staustufen zwischen Bertoldsheim und Vohburg an der mittlere-

ren Donau. Für die Sicherung der Dämme bei einem hundertjährigen Hochwasser im Bereich der Staustufe Bertoldsheim beispielsweise; aber auch für die Erneuerung der technischen Anlagen der fünf Staustufen bis 2013. Außerdem werden alle Staustufen für Fische durchlässig. **DK**

Neue Protestkultur und alternative Konzepte an der APB Tutzing:

Energiewende zwischen Akzeptanz und Widerstand

Mit der Energiewende hat sich die Bundesrepublik Deutschland ein epochales Projekt vorgenommen, für das es eine breite Zustimmung in Politik und Bevölkerung gibt. Doch die Zeit drängt. In fünf Jahren müssen die Weichen gestellt sein, damit das Zwei-Grad-Klimaziel der Vereinten Nationen noch gelingen kann. Eine Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung gab einen Überblick über die aktuelle Entwicklung.

Es ist so vielfältig: Geräte sollen Strom sparen, mehr erneuerbare Energie wird benötigt, jeder soll sich beteiligen. Professor Manfred Fischedick (der Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie) beschrieb daher zu Beginn unserer Tagung die verschiedenen Aspekte der Energiewende: Klima- und Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Energieeffizienz, Wettbewerbsfähigkeit, Verbraucherschutz, Sozialverträglichkeit, Infrastruktur. Diese Liste macht deutlich: die Energiewende realisiert sich nicht von alleine. Und sie birgt Konfliktpotenzial. Denn nicht alle Herausforderungen lassen sich auf gleichem Weg lösen, und sie müssen lokal, regional, national, europäisch, international, vielleicht sogar global gedacht werden.

Auf dem Prüfstand

Wenn es dann um die Realisierung geht, regt sich schnell Protest. Windräder und neue Stromtrassen werden abgelehnt, weil sie das Landschaftsbild stören. Felix Butzlaff stellte daher die neue Protestkultur auf den Prüfstand. Er hat für das Göttinger Institut für Demokratieforschung Protestierende befragt und ein diskussionswürdiges Profil der „Mut- und Wutbürger“ vorgetragen. Diese sind: 1. gebildet und haben meist einen hohen Berufsabschluss (was im Zuge des Engagements die Lücke zu den „Abgehängten“ noch weiter vergrößern kann) 2. geprägt durch ein Erlebnis, das ihnen gezeigt hat: Ich kann etwas bewirken 3. dominiert von älteren Männern (vor allem, wenn es gegen Europa geht) 4. wenn es um die Energiewende und Infrastruktur geht meist in technischen Berufen aktiv – weil gerade die in ihrem Leben (sum-feld) nach stringenteren Lösungen für ein Problem suchen? 5. gewillt eine Gegenmacht zu Parteien, Medien und Lobbyisten aufzubauen und die wirklichen Experten zu hören 6. trotz ihrer Nähe zur Direktdemokratie nicht unbedingt tolerant gegenüber Widersprüchen.

Welche Strategien, welche Probleme, welche Aspekte der Energiewende gilt es besonders zu be-

achten? Mehrere Panels der Tagung haben sich mit diesen Fragen beschäftigt. Für die Forschungsgruppe Umweltpsychologie hat Irina Rau viele Projekte erforscht und bestätigt: mit zunehmender Dauer eines Vorhabens nimmt die wahrgenommene Betroffenheit der Bürger zu, die Chancen für Beteiligung aber ab. Zu mehr Akzeptanz führen daher ein gemeinsamer Gestaltungsprozess und mehr informelle Beteiligung. Eine zentrale Rolle spielt ebenso das Gerechtigkeitsempfinden, daher empfiehlt Rau: ehrlich miteinander umgehen, die Vorteile für die betroffene Region ausarbeiten, die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung nach außen sichtbar machen.

All das ist oft nicht mit der Praxis vereinbar. Bürgern, Planern, Berufspolitikern wie den ehrenamtlichen Bürgermeistern kleiner Gemeinden fehlen Zeit, Geld und Wissen. Deshalb gibt es für die Gestaltung von Beteiligungsprozessen mittlerweile eine Vielzahl professioneller Dienstleister. Hannah Büttner zum Beispiel führt für das Institut IFOK den (einem Projekt vorangestellten) Bürgerdialog „Energie-technologie für die Zukunft“ durch – der mehr nachweislich Interesse, Wissen und Engagement am und für das Thema.

Energiesparen, Energieeffizienz, Wertschöpfung

Ein Beispiel dafür, wie man die Energiewende anpacken kann, zeigte Wolfgang Seiler, früherer Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung und heute Vorstandsvorsitzender der Energiewende Oberland. Dass solche Projekte wichtig für die regionale Wirtschaft sind – nicht umsonst gründeten sich in den vergangenen Jahren viele neue Stadtwerke und Genossenschaften – zeigte Katharina Heinbach vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin. So erwirtschafteten die dezentralen erneuerbaren Energien 2011 in Deutschland insgesamt 15,3 Milliarden Euro, gut 10 Milliarden davon auf kommunaler Ebene. Mit zunehmender Betriebsdauer fließt mehr Geld an die Betreiber, somit ein sicheres Ge-

halt an die Angestellten und mehr Steuereinnahmen ins Gemeindefiskus. Der Förderung von Windkraft, Bioenergie oder Photovoltaik kann sich für die Kommunen also lohnen.

Worum es bei der Energiewende aber auch gehen muss: Energiesparen. Martin Peht vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) erinnerte an diesen vernachlässigten Aspekt, der schnell zu einem sozialen Problem werden kann, wenn die Strompreise weiter exorbitant steigen. Aber spricht nicht so viel gegen das Energiesparen? Gebäudesanierung – schadet dem Specht und bringt Schimmel. Energiesparlampen – machen komisches Licht. Sparsame Autos – können nicht gleichzeitig hochtechnisiert sein. Laptop, Smartphone, iPad und mp3-Player abschalten – wie uncool.

Energiewende zentral oder dezentral?

Zum Abschluss der Tagung trafen sich Vertreter zweier Stromanbieter auf dem Podium der Akademie für Politische Bildung Tutzing, die unterschiedlicher kaum sein können: Eva Stegen ist eine der „Schönauer Stromrebellin“, die sich für eine regenerative, dezentrale Versorgung einsetzen; die mit Stromsparwettbewerb, Stromsparbroschüren und Stromsparberatung zum Mitmachen anregen; die Solar-Gemeinschaftsanlagen installieren, Wasserkraftwerke reaktivieren, Bürgerkraftwerke fördern; die mit einem Bürgerentscheid das städtische Stromnetz übernehmen; und die mittlerweile 135.000 Strom- und 10.000 Gas-kunden versorgen.

Ganz anders e.on – möchte man meinen. Doch Projektmanager Politische Strategie Andreas Kießling überraschte mit der Aussage, dass der Stromriese ein Drittel seiner Energie bereits dezentral umsetzt. Zentrale Lösungen bilden jedoch weiter den Kern des Geschäfts. Denn: große Gas- und Dampfkraftwerke produzieren den benötigten Strom auch bei Regen und bei Nacht; um zwei solcher Kraftwerke zu ersetzen benötigt man 25.000 Biogasanlagen; wenn 2030 noch 40 Prozent der Energie konventionell hergestellt werden sollen, sind selbst dafür Großkraftwerke nötig; und wenn plötzlich viele zu Selbstversorgern würden, steigen die Kosten für die Verbleibenden in den großen Stromnetzen. **□**

Kalte Winter gefährden Versorgungssicherheit:

Die Energiewende braucht das Potenzial von Erdgas

Deutschlands führender Fernleitungsnetzbetreiber Open Grid Europe warnt angesichts des bevorstehenden Winters vor möglichen Engpässen bei der Strom- und Gasversorgung. Bei Eintritt vergleichbarer Ereignisse könnte sich die angespannte Versorgungssituation des vergangenen Winters durchaus wiederholen.

„Politik und Regulierung lassen einen ganzheitlichen Ansatz vermissen und agieren gerade auf Seiten der Regulierungsbehörde insgesamt wenig hilfreich bei den für die Energiewende notwendigen Infrastrukturmaßnahmen“, stellte Stephan Kamphues, Geschäftsführer der Open Grid Europe GmbH, in Berlin klar. Gerade das deutsche Ferngasleitungsnetz – bislang eher wenig beachtet – hat die Fähigkeit, Energie sowohl zu transportieren als auch zu speichern. „Es bietet gemeinsam mit der Speicherinfrastruktur das Potenzial, langfristig kritischen Versorgungsphasen vorzubeugen und so die Energiewende zum Erfolg zu führen“, erläuterte Kamphues. Kapazitätsengpässe in Extremsituationen wie lang anhaltenden Kälteperioden haben im Kontext Energiewende noch größere Auswirkungen.

Die Anforderungen an Flexibilität, Kapazitätsmanagement und Wirtschaftlichkeit der bestehenden

Gasinfrastruktur stiegen durch die Energiewende in erheblichem Maße und müssen im Rahmen des Netzentwicklungsplans Gas berücksichtigt werden. Denn der Beitrag von Erdgas zur Stromproduktion sowie zur Stromspeicherung sei für das Gelingen der Energiewende entscheidend. Dieser sei aber nur dann wirtschaftlich und damit mittel- bis langfristig realisierbar, wenn Regulierungsbehörden, Politik und Unternehmen beim Netzausbau gemeinsam vorgehen.

Zwei Leitungsprojekte

Open Grid Europe hat im Jahr 2012 bereits zwei Leitungsprojekte zur Stärkung des Nord-Süd-Transportes von Gas erfolgreich abgeschlossen. Bis 2022 hat sich das Unternehmen laut dem aktuellen Netzentwicklungsplan Gas verpflichtet, weitere 911 Millionen Euro zu investieren und trägt damit den Großteil aller geplanten

Investitionen in das deutsche Gasnetz.

„Wir wollen investieren, und wir werden investieren“, so Kamphues, „aber wir müssen auch un-

ternehmerisch noch Luft zum Atmen haben.“ Neben erheblich wachsenden Ansprüchen an das Fernleitungsnetz überfordert die Regulierung die Unternehmen mit immer stärkeren Einsparvorgaben. „Wir sollen in erheblichem Maße die Netzinfrastruktur ausbauen und im Rahmen der Energiewende immer mehr Aufgaben übernehmen, gleichzeitig aber zu Lasten unserer Kunden und Mitarbeiter immer mehr Effizienzpotenziale heben. Auf Dau-

er kann das so nicht funktionieren“, so Kamphues weiter.

Ordnungsrahmen schaffen

Der Open Grid Europe-Geschäftsführer appelliert in diesem Zusammenhang insbesondere an die Politik, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, der Betrieb und Ausbau des Erdgasnetzes langfristig absichere. „Die Energiewende wird nur dann gelingen können, wenn wir das gesamtwirt-

schaftliche Optimum verfolgen: Jeder investierte Euro muss intelligent eingesetzt werden und ein Maximum an Wirkung entfalten können, für die Verbraucher und Kunden, aber auch für die Unternehmen und deren Mitarbeiter“, so Kamphues. Der Bedarf für die Strom- und Gasversorgung müsse folglich zukünftig übergeordnet und gemeinsam als Energieinfrastruktur gedacht werden.

Laut Kamphues lässt sich ein Gelingen der Energiewende im Wesentlichen auf vier einfache Regeln reduzieren. So sei die Energiewende dann erfolgreich, wenn das gesamtwirtschaftliche Optimum das übergeordnete Ziel ist, das stets verfolgt wird, regionale Besonderheiten beachtet werden, ohne das übergeordnete Ziel zu gefährden, bei großem Investitionsbedarf entsprechend der vorhandenen Mittel eine Priorisierung vorgenommen und intelligent investiert wird sowie alle Hand in Hand arbeiten. Dies bedeute mit Blick auf das Gasnetz, einen verlässlichen Regulierungsrahmen zu schaffen, der über die jetzigen, nur bis Ende 2017 laufenden Vorgaben deutlich hinausgehe und den Unternehmen wieder eine wirtschaftliche Perspektive gebe. □

LEW hilft Energiesparen

Energieberater der Lechwerke führten 2012 über 100 öffentliche Energieberatungen vor Ort durch

Die Lechwerke AG (LEW) bauen ihr Angebot zur Energieberatung weiter aus: So führten die Experten allein in diesem Jahr über 100 öffentliche Energiesparberatungen in der gesamten Region durch. Auch in den zehn Energieläden der Lechwerke-Gruppe sowie auf Messen und Gewerbeschauen erhalten die Verbraucher ausführliche Informationen über den effizienten Umgang mit Energie. Insgesamt können die Energieberater der LEW 2012 auf mehr als 3.500 kostenlose persönliche Beratungsgespräche in der Region Bayerisch-Schwaben zurückblicken.

„Der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien schreitet zügig voran. Dies führt allerdings zu steigenden Kosten. Insbesondere die staatlichen Umlagen und Abgaben treiben die Strompreise nach oben“, sagte LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Damit die Haushalte auch in Zukunft ihre Energiekosten im Griff behalten, unterstützen wir die Verbraucher seit vielen Jahren mit einem breiten Angebot an Energieberatungen. Der sparsame Umgang mit Energie schont die Umwelt und den eigenen Geldbeutel.“

Private Haushalte

Rund 30 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland entfallen auf private Haushalte. Den größten Anteil an den Energiekosten im Haushalt haben die Wärmekosten. Rund 80 Prozent des Energieverbrauchs in den eigenen vier Wänden entfallen auf die Heizung. Zum Vergleich: Waschen, Kochen und Spülen machen lediglich 2,5 Prozent aus.

Wie man auch ohne große Investitionen im Haushalt Energie sparen kann, weiß LEW-Energieberater Rainer Wirkner: „Viele Verbrauchern ist nicht be-

wusst, wo der Hebel beim Energiesparen anzusetzen ist. Dabei kann man bereits mit kleinen Veränderungen im Alltag den Energieverbrauch und damit auch die Kosten senken.“

Energiespartipps

Seine drei wichtigsten Energiespartipps für den täglichen Einsatz:

1. Richtig heizen: Die Heizkosten steigen mit der Raumtemperatur. Pro Grad Celsius mehr steigen die Heizkosten um rund sechs Prozent. Jedes Grad weniger hilft Energie und Kosten sparen.
2. Kurz und gründlich Lüften: Fenster und Türen in der Heizperiode nicht kippen, sondern etwa alle zwei Stunden für fünf Minuten weit öffnen und wieder ganz schließen.
3. Mal abschalten: Elektrogeräte nach dem Gebrauch ausschalten, statt sie in den Stand-by-Modus zu versetzen. Dabei helfen Steckdosenleisten mit Schalter.“

Im Rahmen der LEW-Energieberatung vor Ort informieren die LEW-Experten Haus- und Wohnungsbesitzer, Bauherren und Renovierer sowie alle anderen Interessierten ausführlich über den effizienten Umgang mit

Energie. Die Veranstaltungen finden regelmäßig in öffentlichen Einrichtungen, z.B. Rathäusern und Landratsämtern, in der gesamten Region Bayerisch-Schwaben statt. Die Termine der Beratungen finden die Verbraucher in der Lokalpresse oder im Internet unter lew.de.

Weitere Info zum Thema Energieeffizienz sowie alle Angebote der Lechwerke gibt es im Internet unter: www.lew.de □

Stadtwerke Augsburg:

Zwei neue Windkraftanlagen

Mit zwei neuen Windkraftanlagen leisten die Stadtwerke Augsburg (swa) einen weiteren Beitrag zur Energiewende. Für 9,1 Millionen Euro werden zwei Windräder in Kraasa bei Altenburg südlich von Leipzig in Thüringen entstehen. „Wir rechnen mit der Genehmigung noch in diesem Jahr, so dass die Windanlagen im kommenden Jahr gebaut werden und ans Netz gehen können“, erklärte der Geschäftsführer der Stadtwerke Augsburg, Dr. Claus Gebhardt.

„Neben dem im Bau befindlichen Wasserkraftwerk am Hochablasswehr im Lech in Augsburg ist das das zweite Projekt zur Erzeugung regenerativer Energie, das wir im kommenden Jahr in Betrieb nehmen werden“, so Gebhardt.

Im Zuge der Energiewende haben sich die swa zwei Ziele gesetzt: Bis 2014 sollen alle privaten Haushalte in Augsburg mit in eigenen Anlagen erzeugter regenerativer Energie oder Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung versorgt werden. „Dieses Ziel erreichen wir unter anderem mit dem neuen Wasserkraftwerk am Hochablass“, sagte Gebhardt. „Mit den Windkraftanlagen werden wir unser zweites Ziel bereits zur Hälfte schaffen: Bis 2017

wollen wir den Strom für unsere Straßenbahnen im öffentlichen Nahverkehr in Augsburg regenerativ in eigenen Anlagen erzeugen – rund 20 Millionen kWh pro Jahr.“

Bei den Windrädern handelt es sich um Anlagen vom Typ E82 E2 des größten deutschen Windkraftanlagenherstellers ENERCON. Die Anlagen haben eine Nennleistung von je 2,3 MW, einen Rotordurchmesser von 82 Metern und eine Nabenhöhe von 138 Metern. An dem Standort in Kraasa, in einer Kiesgrube rund einen Kilometer von der nächsten Wohnbebauung entfernt, werden drei Windräder errichtet. In der Nähe befindet sich bereits seit etlichen Jahren ein Windpark mit mehreren Anlagen. □

Nach Münchner Energiegipfel neuer Realismus in der Debatte:

Irsching 5 bleibt am Netz

Wirtschaftsminister Martin Zeil geht von einem Weiterbetrieb von Irsching 5 aus, sieht aber keinen Grund zur Entwarnung für den dringenden Handlungsbedarf auf Bundesebene.

„Irsching 5 wird am Netz bleiben. Es ist gut, dass meine Mahnungen so schnell Erfolg gezeitigt haben. Sowohl Mehrheitseigner E.ON als auch Oberbürgermeister Dr. Maly als Aufsichtsratsvorsitzender der N-ERGIE GmbH haben zugesichert, dass Irsching 5 nicht vor schnell stillgelegt wird. Aber natürlich müssen die Rahmenbedingungen angepasst werden. Es ist doch absurd, dass wir uns gegen weitere Kapazitätsverluste wehren müssen. Stattdessen müssen endlich die richtigen Bedingungen für zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden. Wir brauchen Zukunftsinvestitionen und keine Scheingefechte über bestehende Kraftwerke“, erklärte Zeil.

Die kommunalen Betreiber hatten erwogen, das erst 2010 in Betrieb gegangene Gaskraftwerk aus wirtschaftlichen Gründen stillzulegen. Wirtschaftsminister Zeil hatte sich unverzüglich an alle Beteiligten gewandt und nachdrücklich für einen Weiterbetrieb plädiert.

Hausaufgaben erledigen

Zufrieden zeigte sich Minister Zeil darüber, dass der Energiegipfel in München einen neuen Realismus an den Tag gelegt hat. „Alle Teilnehmer haben betont, wie notwendig es ist, dass der Bund nun schnell seine Hausaufgaben erledigt und die noch fehlenden Bausteine der Energiewende hinzufügt. Dies mahne ich seit langem an. Wir brauchen wirkungsvolle Anreize für Bau und Betrieb von Gaskraftwerken. Die aktuelle Diskussion um Irsching 5 zeigt: die Entscheidung für einen Kapazitätsmechanismus muss so schnell wie möglich fallen, jede Unsicherheit ist schädlich. Auf dem Energiegipfel bestand breiter Konsens darüber, dass wir mehr Markt und weniger Planwirtschaft brauchen“, bekräftigte der Energieminister.

Durch den parteiübergreifend gewollten Ausbau der erneuerbaren Energien wird die Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen zunehmend unrentabel. Solange Sonne und Wind zur Verfügung

stehen, werden die teureren Gaskraftwerke nicht benötigt und stehen still. „Gleichzeitig ist die Leistung flexibler Gaskraftwerke zwingend als Ergänzung erforderlich, da erneuerbare Energien niemals rund um die Uhr genug einspeisen können, um den Bedarf eines Industriestandortes wie Bayern zu decken“, erläuterte Zeil.

Der Freistaat fordert vom Bund ein mehrstufiges Vorgehen, um die Versorgungssicherheit durchgehend zu gewährleisten. „Erster Schritt ist die jetzt beschlossene Netzreserve. Im Frühjahr kommt die Verordnung dazu, dann muss der Bund unverzüglich die Verfahren einleiten, damit wir bis zur Abschaltung von Grafenrheinfeld im Jahr 2015 erste Ersatzkapazitäten erhalten. Zweiter Schritt ist ein umfassender Kapazitätsmechanismus, der parallel als dauerhafte Lösung eingeführt werden muss“, forderte Zeil.

Die Bundesregierung habe zugesagt, bis zum Sommer 2013 eine Grundsatzentscheidung über einen solchen Mechanismus zu fällen. „Ich erwarte jetzt deutliche Signale vom Bund an dem Markt. Wir können nicht sehenden Auges in den Blackout steuern“, warnte Zeil.

Für mutige Reformen

Eckpunkte habe der Freistaat schon lange vorgelegt. Dazu gehören auch ein Mengensteuerungssystem, in dem der Staat den Stromversorgern lediglich einen Anteil an erneuerbaren Energien vorgebe, den die Stromlieferungen an die Verbraucher enthalten müssten. An welchem Ort und mit welcher Technik der „Grünstrom“ erzeugt werde, ergebe sich im Wettbewerb der Anbieter und nicht mehr aus politisch beschlossenen Einspeisevergütungen. „Wir brauchen umfassende und mutige Reformen. ‚Marktwirtschaft statt Planwirtschaft‘ heißt die Devise, mit der die Stromkosten für alle Verbraucher auf einem erträglichen Level bleiben. Als Sofortlösung plädiere ich für eine Absenkung der Stromsteuer“, machte Zeil abschließend deutlich. □



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Verleihung des European Energy Award:

Preisträger aus Bayern

Fünf bayerische Kommunen sind in Kempten für ihre umfassenden Klimaschutzstrategien und -projekte mit dem European Energy Award (eea) ausgezeichnet worden. Erstmals ging die Auszeichnung an die Gemeinde Kammerstein (Landkreis Roth), die Stadt Kempten im Allgäu und den Markt Scheidegg (Landkreis Lindau). Die Gemeinden Haar und Oberhaching (Landkreis München) erhielten die Auszeichnung bereits zum zweiten Mal in Folge für die Fortführung ihrer vorbildlichen Klimaschutzaktivitäten.

Überreicht wurde die Auszeichnung durch Thomas Kreuzer MdL, Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Marcel Huber MdL, Staatsminister für Umwelt und Gesundheit sowie durch Leonard Meyer von der Bundesgeschäftsstelle European Energy Award.

Stärkung des kommunalen Energiemanagements

Wie Huber bei der Verleihung betonte, „stärkt der European Energy Award das kommunale Energiemanagement. Er ist damit ein wichtiger Baustein für erfolgreichen Klimaschutz vor Ort und für die Energieversorgung der Zukunft.“ Auch Staatsminister Kreuzer unterstrich: „Das Gelingen der Energiewende ist eines der wichtigsten Projekte der Bayerischen Staatsregierung und

für uns alle von größter Bedeutung. Und dazu brauchen wir das Engagement der Kommunen und der Menschen vor Ort. Ich freue mich, dass das Allgäu auch hier ganz vorne mit dabei ist und wir heute zwei Kommunen aus dem Allgäu mit dem European Energy Award auszeichnen können.“

Kempten

Beim Preisträger Kempten ist die aktuelle Kampagne „Sanieren mit GRIPS“ besonders hervorzuheben. Hier fördert die Stadt Kempten zusammen mit dem Energie- und Umweltzentrum Allgäu eza energetische Altbau-Modernisierungen. Der Markt Scheidegg wiederum überzeugt mit seinem Einsatz für erneuerbare Energien, vor allem Holz, als nachwachsendem und klimaneutralem Energieträger. Das moder-

ne Holzhackschnitzel-Heizwerk der Bioenergie Allgäu GmbH spart 2.900 Tonnen CO₂ pro Jahr und emittiert zum Vorteil für den heilklimatischen Kurort auch insgesamt weniger Abgase.

Kammerstein

Die Gemeinde Kammerstein hat ihrerseits ein wegweisendes Projekt zur Verbesserung der ÖPNV-Nutzung gestartet. In Kooperation mit dem Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) hat sie tageweise kostenlos Fahrtscheine verliehen. Bürger konnten so das vielfältige ÖPNV-Angebot kostenfrei testen. In der Gemeinde Haar wurde als gelungenes Beispiel für kommunalen Klimaschutz 2010 eine neue Kindertagesstätte eröffnet. Das Gebäude wurde im Passivhausstandard mit Wärmepumpe errichtet mit einer 10 kW-Photovoltaikanlage auf dem Flachdach.

Wesentlichen Anteil am Oberhachinger Erfolg beim European Energy Award haben die Gemeindewerke (GWO) mit ihrer Fernwärmeversorgung, die mitt-

lerweile den überwiegenden Anteil der Erneuerbaren Energien in Oberhaching darstellt. Die beiden Holzhackschnitzel-Heizwerke, die sich unter der Obhut der GWO befinden, markierten den Start der Oberhachinger Energiewende, mit dem Einstieg in die Geothermie und einem bereits 18 Kilometer langen Fernwärmenetz ist die Gemeinde nun auf dem besten Weg, unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden. Der EEA-Bericht über die Gemeinde Oberhaching spricht dementsprechend auch von „frühzeitigen“ und „wegweisenden“ Entscheidungen auf dem Weg zur umwelt- und klimafreundlichen Energieversorgung.

Oberhaching

GWO-Geschäftsführer Thomas Hümmel, der als erster Leiter des EEA-Energieteams das Projekt mit auf den Weg gebracht hat und auch heute noch kräftig unterstützt, über die erneute Auszeichnung: „Die Gemeinde ist in vielerlei Hinsicht vorbildlich in der Energie- und Klimapolitik, das kommt auch im guten Ergebnis bei der erneuten Zertifizierung zum Ausdruck. Dass die GWO dazu einen wesentlichen Beitrag leisten konnten, freut mich für unser gesamtes Team.“ **DK**

Sicher durch den Förderdschungel

Die Bundesregierung hat im Juni 2011 die Energiewende beschlossen. Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen ist ein Teil davon. Neben dem Ausbau der Netzinfrastruktur und den Speichermöglichkeiten von Energie kommt dem Thema Energieeffizienz eine tragende Rolle zu.

Die Stadtwerke Kelheim GmbH & Co KG (SWK) unterstützt die Kunden im Landkreis Kelheim mit einem breiten Dienstleistungsspektrum und zeigt auf, wie sie Energie einsparen, effizienter nutzen und erzeugen können. So kann jeder Verbraucher seinen Teil zur Energiewende leisten.

Auch die Kreissparkasse Kelheim und die Raiffeisenbank Bad Abbach-Saal e. G. haben frühzeitig begonnen, die regionale Energiezukunft mit individuellen Beratungsangeboten und Finanzierungsprodukten zu begleiten. Die vielen Referenzanlagen sind ein Beweis für den Erfolg.

Fördermittel und Förderprogramm

Kunden, die ein neues Niedrigenergiehaus bauen oder die bestehende Immobilie energetisch sanieren wollen, die Investitionen in effizientere Anlagen vorhaben etc. stoßen früher oder später auf die Frage der Fördermittel und welches Förderprogramm gerade in ihrem speziellen Fall am besten ist. Insgesamt gibt es in Deutschland über 6.000 Förderprogramme für energieeffizientes Modernisieren und Bauen. Gelder gibt es von Bund, aber auch von den einzelnen Ländern und Kommunen.

Die Herausforderung im Förderdschungel besteht darin, die bestmögliche Kombination der Förderprogramme herauszufinden

und somit die maximalen Zuwendungen zu erhalten.

Aufbauend auf bereits vorhandenen Angeboten haben sich die Kreissparkasse Kelheim und die SWK überlegt, wie sie ihren Kunden mit gemeinsamem Engagement Mehrwert bieten können. Inhalt der Dienstleistung von der Kreissparkasse Kelheim und der Raiffeisenbank Bad Abbach-Saal e. G. mit der SWK ist die Recherche und Beantragung von Fördermitteln. „Wir wollen mit dieser Kooperation den Bürgerinnen und Bürgern die gezielte Recherche und Beratung anbieten, ob und in welchem Umfang ihre Investition in Energieeffizienz gefördert wird“, betont Dieter Scholz, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Kelheim. „Wir sind uns sicher, dass dies in vielen Fällen die Realisierung von angedachten und geplanten Projekten erleichtern kann“, ist Christian Kutschker, Geschäftsführer der SWK, überzeugt.

Die Stadtwerke Kelheim GmbH & Co KG entwickelt Lösungen, wie Energie ökologisch und ökonomisch noch sinnvoller genutzt werden kann. Das kostet Geld. Die Kreissparkasse Kelheim und die Raiffeisenbank Bad Abbach-Saal e. G. unterstützen die Kunden bei der Auswahl der richtigen Finanzierungsform. Die Partner setzen darauf, die Kunden bei der Umsetzung der regionalen Energiewende bestmöglich zu unterstützen. **□**

E.ON baut Marktposition in der Türkei auf

Strategische Partnerschaft mit der Sabanc-Gruppe vereinbart - Tausch von Anteilen an Wasserkraftwerken im bayerisch-österreichischen Grenzgebiet mit Verbund AG

Die E.ON SE, Düsseldorf, und die österreichische Verbund AG, Wien, haben die abschließenden Verträge über einen weitreichenden Tausch von Beteiligungen unterzeichnet. E.ON übernimmt damit die bisher von Verbund gehaltene Beteiligung an EnerjiSA und damit Stromerzeugungskapazitäten und -projekte sowie Stromverteilung in der Türkei. Im Gegenzug gibt E.ON Anteile an bayerischen Wasserkraftwerken an Verbund ab.

Im Rahmen der Transaktion, die voraussichtlich im ersten Quartal 2013 vollzogen wird, erhält E.ON 50 Prozent an EnerjiSA und verschafft sich damit eine hervorragende Ausgangsposition im türkischen Energiemarkt. Die anderen 50 Prozent werden von der Sabanc Holding, einem der größten türkischen Finanz- und Industrie-Konglomerate, das mehrheitlich im Besitz der gleichnamigen Familie ist, gehalten.

Wachstumsregion

Die Türkei zählt zu den ausgewählten Wachstumsregionen außerhalb der Kernmärkte von E.ON in Europa. Das derzeitige Erzeugungsportfolio von EnerjiSA umfasst rund 1.700 Megawatt an installierter Leistung in Gas-, Wasser- und Windkraftwerken. 2.000 Megawatt Kraftwerkskapazität sind derzeit im Bau, weitere 1.500 Megawatt in der Entwicklungsphase. Darüber hinaus verfügt EnerjiSA über ein Stromverteilungsnetz in der Region Baskent mit rund 3,5 Mio Kunden. Gemeinsam mit Sabanc will E.ON bis 2020 eine Erzeugungskapazität von insgesamt bis zu 8.000 Megawatt und damit einen Anteil von mindestens 10 Prozent am türkischen Erzeugungsmarkt erreichen.

Großer Fortschritt

„Mit dem Eintritt in den türkischen Energiemarkt erzielen wir nach unserem Einstieg in Brasilien zu Beginn des Jahres einen weiteren, großen Fortschritt bei der Umsetzung unserer Konzernstrategie. Die Türkei zählt zu den wachstumsstärksten Ländern der Welt und verzeichnet eine erhebliche und anhaltende Zunahme des Energiebedarfs. Mit der vereinbarten Transaktion verschaffen wir uns eine hervorragende Plattform für wertschaffendes

Wachstum außerhalb unserer bestehenden europäischen Märkte. Mit Sabanc haben wir einen Partner gefunden, der über einzigartige Marktkenntnisse und ebenso ambitionierte Ziele wie wir verfügt“, erklärte dazu Johannes Teyssen, Vorstandsvorsitzender der E.ON SE.

Alleiniger Eigentümer

Im Gegenzug wird Verbund alleiniger Eigentümer von bayerischen Wasserkraftkapazitäten hauptsächlich am Inn, an denen das Unternehmen überwiegend bereits zur Hälfte beteiligt ist. Verbund übernimmt im Wesentlichen die E.ON-Anteile an Österreichisch-Bayerische Wasserkraft AG (ÖBK), Donaukraftwerk Jochnstein AG (DKJ), Grenzkraftwerke GmbH sowie die Laufwasserkraftwerke Nussdorf, Ering-Frauenstein und Eggfling-Obernberg am Inn sowie Bezugsrechte an der Wasserkraftwerksgruppe Zemm-Ziller. Die den jeweiligen Beteiligungen und Kraftwerken zuzurechnende Erzeugungslleistung beträgt 351 Megawatt.

Rund 6.000 Megawatt Wasserkraftkapazität

E.ON bleibt mit einer installierten Erzeugungskapazität von 2.300 Megawatt auch nach der vorgesehenen Abgabe der bisher gemeinsam mit Verbund gehaltenen Beteiligungen ein führender Betreiber von Wasserkraftwerken in Deutschland. Insgesamt wird E.ON nach dem Vollzug des Anteilstauschs über rund 6.000 Megawatt Wasserkraftkapazität verfügen.

Die Transaktion steht insbesondere unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU-Kommission, der deutschen und türkischen Wettbewerbsbehörden sowie der türkischen Regulierungsbehörde EMRA. **□**



Von links: Geschäftsführer der Allgäu GmbH Klaus Fischer, Staatsminister Dr. Marcel Huber, Haars 3. Bürgermeister Hans Stießberger, eza!-Geschäftsführer Martin Sambale, Kammersteins Bürgermeister Walter Schnell, Leonhard Meyer (Bundesgeschäftsstelle European Energy Award), Oberhaching 2. Bürgermeister Johannes Ertl, Scheideggs Bürgermeister Ulrich Pfanner, Kemptens OB Ulrich Netzer und Staatsminister Thomas Kreuzer.

eltec 2013 in Nürnberg:

Tradition trifft Innovation

Zum 30. Mal öffnet die Messe für Elektro- und Energietechnik eltec vom 16. bis 18. Januar 2013 ihre Pforten. Die Jubiläumsausgabe glänzt im Messezentrum Nürnberg mit einem innovativen Angebot für Elektrofachleute aus Handwerk, Industrie und Großhandel. Rund 250 Aussteller zeigen neueste Trends rund um Gebäudesystem-Technik über innovative Lichttechnik bis hin zu Sicherheitssystemen und E-Mobilität.

Neben dem umfassenden Ausstellungsangebot bietet die Messe für Elektro- und Energietechnik seit jeher ein attraktives Rahmenprogramm. Im eltec-FachDialog teilen Branchenexperten an allen drei Messetagen ihr Fachwissen mit den Besuchern. Im Fokus steht hier zum Beispiel die Energieeinsparverordnung 2012. Ausführlich beraten wird darüber hinaus über Themen wie Elektromobilität, kontrollierte Wohnraumlüftung oder normgerechte Installation von Photovoltaikanlagen.

Trends und Know-how

Daneben bietet das Forum Licht + Design Trends und Know-how in Sachen Lichttechnik und insbesondere zur LED- und OLED-Technologie. Fachexperten zeigen in diesem Forum interessante Perspektiven auf und beschreiben, mit welchen Lösungen der Weg in eine energiebewusstere Zukunft geebnet werden kann. Weiterhin werden Innovationen in Design und Benutzerfreundlichkeit in der Gebäudeautomation aufgezeigt – vom innovativen Schalterprogramm über Designbedienpanels bis hin zu Türkommunikationseinrichtungen der neuesten Generation.

Wie intelligentes Wohnen in der

Praxis funktioniert, zeigt der Landesinnungsverband für das Bayerische Elektrohandwerk (LIV) mit dem E-Haus 2013. Im 100 m² großen Modellhaus mit sieben Räumen gibt es viel zu entdecken – von vernetzter Gebäudetechnik über LED-Beleuchtung und Konzepte für technikgestütztes Wohnen im Alter bis zur Nutzung von selbsterzeugtem Strom aus regenerativen Quellen. Besucher haben die Möglichkeit, an Expertentafelungen durch das intelligente Haus teilzunehmen und so die moderne Ausstattung im Detail kennenzulernen.

Wer schon immer einmal ein E-Fahrzeug ausprobieren wollte, sollte sich den E-Mobilitäts-Parcours auf der eltec 2013 nicht entgehen lassen. Auf der Teststrecke stehen E-Scooter und Co. zum Probefahren bereit.

Anlaufstelle für alle Auszubildenden ist das TechnoCamp. Hier stehen dem Nachwuchs die Top-Unternehmen der Elektrobranche Rede und Antwort und veranstalten einen spannenden Wettbewerb. Bei Praxisübungen rund um die Elektroinstallationstechnik können die jungen Elektroprofis Punkte sammeln und tolle Preise gewinnen. Für die erfolgreiche Teilnahme gibt es ein Zertifikat. **DK**

VKU-Stadtwerkekongress in Mannheim:

Chancen der Energiewende kommunizieren

„Stadtwerke - Motor für Wettbewerb und Innovation“ lautete das Motto des VKU-Stadtwerkekongresses 2012 in Mannheim. Nahezu 400 Vorstände und Geschäftsführer von Stadtwerken sowie renommierte Experten aus der Energiewirtschaft diskutierten unter anderem über die Neugestaltung des Energiemarktdesigns, die dezentrale Energieerzeugung oder darüber, wie sich Bürger an der Energiewende beteiligen können – alles Themen, die mit der Energiewende auf die kommunalen Energieversorger zukommen.

Wie der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen Hans-Joachim Reck eingangs erläuterte, „rücken aktuell die Chancen der Energiewende in den Hintergrund“. Kaum ein Tag vergehe, an dem keine negativen Nachrichten zu finden sind. Es kursierten die unterschiedlichsten Prognosen und Visionen zur energiewirtschaftlichen Entwicklung, was dazu beitrage, „die Unsicherheit sowohl in der Bevölkerung aber auch in der Branche noch weiter zu verstärken“. Für Reck steht fest: „Die Energiewende ist ein volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kraftakt, weil die gesicherte und zugleich nachhaltige Energieversorgung unsere Lebens- und Fortschrittsgrundlage ist.“

Wichtige Impulse

Gleichzeitig sei sie aber notwendig im Sinne eines zukunfts-fähigen Deutschlands, fuhr Reck fort: „Sie kann wichtige Impulse geben für die nachhaltige, auch ökonomisch langfristig tragfähige Energieversorgung in Europa und in der Welt.“ Eine solche Herausforderung könne man jedoch nur mit einer konsistenten, langfristig angelegten Energiestrategie für Deutschland stemmen. „Wir brauchen endlich eine Roadmap zur Energiewende – klar definierte Schritte der Umsetzung und eine effiziente Steuerung sowie ein umfassendes

Monitoring des Prozesses. Und wir brauchen einen effizienten und verlässlichen Ordnungsrahmen für die Investoren“, forderte Reck, der sich zudem für eine rasche Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aussprach.

Erneut nahm Bundesumweltminister Peter Altmaier in Mannheim die Energieversorger bei der Strompreisentwicklung in die Pflicht: „Wir brauchen Transparenz auch von Seiten der Energieversorger“, betonte der Minister, der per Video zugeschaltet war. Er habe den Eindruck, dass manche Unternehmen die Preise zuletzt stärker erhöht hätten, als es aufgrund steigender Umlagen und anderer Belastungen eigentlich nötig gewesen wäre. Gesunkene Börsen-Strompreise müssten sich in den Verbraucherpreisen bemerkbar machen.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann warnte seinerseits vor Horrorszenerarien bei der Entwicklung des Strompreises. „Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif, aber wir müssen jetzt nicht befürchten, dass die Strompreise durch die Decke schießen“, erklärte der Grünen-Politiker. Langfristig werde der Strompreis durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sogar sinken. Kretschmann wie Altmaier betonten die Bedeutung der Stadtwerke: Die kommunale Ebene sei der Ort, wo sich 90 Prozent der Energiewende abspielen. **DK**

erdgas schwaben:

Antworten auf die Energiewende

Pressegespräch mit Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer

Bayern hat in punkto Energiezukunft konkrete und ambitionierte Pläne vorgelegt. Bis 2022 sind alle Atomkraftwerke vom Netz. Das Hauptaugenmerk von erdgas schwaben gilt deshalb dem Thema regenerative Stromerzeugung, wie Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer in einem Hintergrundgespräch in Augsburg deutlich machte. Dabei richtete er sein Augenmerk insbesondere auf die Handlungsfelder Einstieg in die Windkraft, Wintervorsorge, EEG und Schwabenkraftwerk.

Wie Dietmayer einleitend darlegte, „ist erdgas schwaben der einzige Energieversorger weit und breit, der Erdgas, Bio-Erdgas, Wärme, Bio-Wärme, Strom, Bio-Strom und Contracting anbietet“. An sechs Standorten sorgen rund 270 Mitarbeiter für eine optimale Energieversorgung. Vor dem Hintergrund, dass „unsere Kunden zunehmend die Breite der Energie nachfragen“, erfordere die Energiewende von erdgas schwaben ein „mehrgleisiges Denken“, wengleich das Unternehmen „natürlich in erster Linie Erdgasversorger ist und bleibt“. Aktuell sind 185 Kommunen an gut 6.000 Kilometer Erdgasleitungen angeschlossen.

Seit mehr als zehn Jahren arbeitet erdgas schwaben für die Energiewende und investiert jährlich 10 Mio. Euro in erneuerbare Energien. Mit heimischer Windenergie hat das Unternehmen 2012 ein neues Geschäftsfeld erschlossen: Fünf Kleinwindräder diverser Hersteller mit einer maximalen Höhe von zehn Metern gingen in den schwäbischen Orten Donauwörth, Lauingen, Langenmosen, Wehringen und Kaufbeuren in den Praxistest.

Ergebnisse dieses Tests erwartet der Geschäftsführer für 2014: „Erst einmal müssen sich die Anlagen im Betrieb nun für gut ein- einhalb Jahre bewähren und die Frage ‚weht der Wind wirklich‘ beantworten.“ Der offizielle Windatlas jedenfalls hat sich nach Dietmayers Ansicht nicht bewährt.

Onshore-Windparks

Darüber hinaus beteiligt sich erdgas schwaben über die THEE (Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG), die von der Thüga zusammen mit 45 Tochterunternehmen gegründet wurde, an bundesweiten Onshore-Windparks. Jeder Standort ist eine eigene GmbH & Co. KG.

Wie Dietmayer erläuterte, „ist es zu kurz gedacht, alle Windräder ins Meer bauen zu wollen“. Der Onshore Windmarkt wächst nach wie vor über viel Potenzial. Diese Technologie werde auch weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Energiewende leisten. Im ersten Halbjahr 2012 wurden in Deutschland laut Deutsche WindGuard über 400 Windenergieanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von rund 1.000 Megawatt errichtet. Davon waren über 90 Prozent Anlagen an Land.

Bei bundesweit insgesamt 22.297 Onshore-Anlagen betrug die installierte Gesamtleistung im Jahr 2011 29.060 MW. Die Stromproduktion durch Windenergieanlagen belief sich auf 48 Mrd. Kilowattstunden, was einem Anteil am Energieverbrauch von 7,8 % entspricht. 36,1 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen wurden dabei vermieden.

Bayernweit belief sich die installierte Gesamtleistung 2011 auf 431 MW. Nach Fachverbandsangaben könnte der Stromertrag aus bayerischer Windenergie schon in den nächsten fünf Jahren von 0,6 Mrd. kWh (2009) auf rund 5 Mrd. kWh und bis 2021 sogar auf über 17 Mrd. kWh im Jahr erhöht werden.

Beim Thema Versorgungssicherheit blickte Dietmayer zunächst auf die Kapazitätsengpässe bei der Erdgasversorgung im Februar 2012 zurück. Aufgrund eines starken Kälteeinbruchs musste

Russland damals seine Gaslieferung (das von der Regulierung befreite Pipeline-Projekt OPAL transportiert das bei Greifswald ankommende russische Erdgas über die neue tschechische Leitung „Gazelle“ zum Grenzübergang Waidhaus) auf 30 % reduzieren. Andernfalls wäre dort das Stromversorgungssystem komplett zusammengebrochen. In der Folge sank in Süddeutschland der Gasdruck. Der Netzbetreiber schwaben netz, eine 100% Tochter von erdgas schwaben, schaltete deshalb nach Rücksprache einige Industriekunden ab, die wiederum auf andere Energieträger umschalten konnten.

Dass sich dieses Szenario im Jahr 2013 nicht wiederholen wird, steht für Dietmayer außer Frage. Zu tun hat dies nicht zuletzt mit dem vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung angenommenen Gesetzentwurf zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften (EnWG). Darin geht es u. a. um neue Regelungen zur Versorgungssicherheit (Winterreserve).

Versorgungsengpass

Mit diesen Maßnahmen werden die Möglichkeiten der Übertragungsnetzbetreiber, auf Erzeugungsanlagen zuzugreifen, erweitert. Unterbrechbare Verträge für Großkunden als Option für Versorgungsengpässe sind somit wieder möglich. Dietmayer: „Ist der Industriekunde bereit, abzuschalten, erhält er einen Nachlass bei den Netznutzungsentgelten. Dieser Nachlass wird dann wieder auf alle umverteilt. Dabei entstehen keine hohen Kosten und alle alten Systeme können wieder genutzt werden.“

Als positiv bewertete Dietmayer zudem den Umstand, dass in der Zwischenzeit auch die Erdgaskompressoren europaweit aufgerüstet wurden und der Informationsfluss bei den Beteiligten der Gaswirtschaft optimiert worden sei. Im Februar 2012 habe tagelang nur Sprachlosigkeit geherrscht, was die Krise nur noch zugespitzt habe. Was nach Auffassung des erdgas schwaben-Geschäftsführers dagegen problematisch bleibt, ist das Thema Reserve: „Der Anreiz fehlt, neue Leitungen oder Gaswerke nur für Reserve und Notfälle zu bauen. Ein Betrieb lohnt sich nicht.“

Mit Blick auf den aktuellen Streitpunkt EEG-Umlage meinte Dietmayer: „Das Mammutwerk EEG muss dringend nachjustiert werden.“ Tatsache ist: Der Staatsanteil an den Stromkosten steigt 2013 auf über 30 Milliarden Euro. Damit machen Steuern, Abgaben und Umlagen rund die Hälfte des Strompreises aus. Grund für den Anstieg sind laut Dietmayer unter anderem die deutliche Erhöhung der EEG-Umlage zur Förderung der Wind- und Sonnenenergie um 47 Prozent, die Verdoppelung der Umlage zur Entlastung stromintensiver Betriebe von den Netzentgelten sowie die Einführung einer neuen Offshore-Haftungsumlage zur Förderung von Windparks auf hoher See.

Das Problem dabei: „Wir fördern an einer Stelle das, was relativ ineffizient ist, zu stark und zu schnell.“ Dies betreffe insbesondere die Solarenergie. Über 400.000 Photovoltaikanlagenbetreiber in Bayern erzielen gute Erlöse mit der Stromspeisung in

das öffentliche Netz. Sie bekommen dafür 20 Jahre lang eine garantierte Vergütung, die deutlich über dem Strompreis am Markt liegt. Der Haken: Die Differenz zahlen alle Stromverbraucher über die EEG-Umlage. Speziell Bayern verzeichnet beim Ausbau von Solarstrom einen enormen Schub, der jedoch den Kollaps der Stromnetze zur Folge haben könnte.

Deutliche Schiefelage

Auch die Tatsache, dass als Folge der Energiewende und hier speziell aufgrund des verstärkten Einsatzes alter Kohlekraftwerke eine Zunahme des CO₂-Ausstoßes von 6 % im Jahr 2012 registriert wurde, belege die energiepolitische Schiefelage. Dietmayer: „Es kann doch nicht richtig sein, dass wir zwar aus der Kernenergie aussteigen, aber das Klimaschutzziel ein Stück weit aus dem Auge verlieren.“ Wenig zielführend sei in diesem Zusammenhang die verstärkte politische Einflussnahme. Der Markt werde zunehmend ausgeschaltet, das Problem aber dadurch nicht gelöst.

Der Geschäftsführer plädierte dafür, die Energiewende europaweit zu forcieren und sich gegenseitig zu helfen. Politik und Marktwirtschaft müssten sich wieder annähern. Im Moment träfen noch zu viele Einzelinteressen aufeinander. Kurskorrekturen und transpa-

rente Kommunikation seien nötig, auch dürfe die soziale Komponente nicht vernachlässigt werden.

In diesem Zusammenhang habe der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) einen „durchaus diskussionswürdigen Vorschlag“ unterbreitet: Wer von der Energiewende finanziell profitiert, sollte laut VBEW auch mithelfen, soziale Härten, verursacht durch hohe Strompreise, abzufedern. Die Photovoltaikanlagenbetreiber könnten freiwillig einen kleinen Teil ihrer Vergütung in einen Sozialfonds einzahlen, um beispielsweise Familien mit geringem Einkommen beim Bezahlen ihrer Stromrechnung zu helfen.

Eine der effizientesten Lösungen im Zuge der Energiewende ist nach den Worten von Klaus-Peter Dietmayer die dezentrale und gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme in nahezu jedem Haus. Eine von erdgas schwaben in Auftrag gegebene Untersuchung stellt fest: Wenn in jedem dritten Haus in Bayern eine solche Kraft-Wärme-Kopplungsanlage installiert wird, könnte eine Stromleistung bereitgestellt werden, die drei Isar-1-Reaktoren entspricht.

erdgas schwaben arbeitet daran, zahlreiche kleine Blockheizkraftwerke in einem computertechnisch gesteuerten „virtuellen Kraftwerk“ miteinander zu vernetzen. Erreicht wird eine hohe Zuverlässigkeit und Regelbarkeit der Versorgung. Gleichzeitig profitiert jeder Betreiber vom Stromverkauf. Das Allgäu ist hier laut Dietmayer Vorzeigeregion. Mit dem Projekt „Schwabenkraftwerk“ hat die Energiezukunft schon begonnen. **DK**

Bürger-Energie ProRegion eG investiert kräftig:

Erste Bürger-Solar-Anlage in Hochfranken

Die im Februar 2012 gegründete Genossenschaft „Bürger-Energie ProRegion eG“ mit derzeit über 210 Mitgliedern aus ganz Nord-Ost-Franken investiert kräftig in erneuerbare Energien. Allein im letzten Monat wurden fast 400.000 Euro an Eigenkapital für zwei Solarkraftwerke investiert. Die Bürger-Energie ProRegion eG hat dadurch ihr Portfolio auf 1,5 MW Leistung ausgebaut.

Es wird weiter kräftig investiert. Zusammen mit der Fa. Münch aus Gössersdorf und Komponenten der Fa. IBC aus Staffelstein entsteht noch in diesem Jahr ein Solarkraftwerk bei Stammbach. Die Bauarbeiten sind bereits fortgeschritten, die Investitionssumme beträgt 2,4 Mio. Euro und wird wieder von Bürgerhand mit einem Eigenkapital in Höhe von 700.000 Euro getragen. Das Portfolio wächst dann wenige Monate nach Gründung der Genossenschaft auf

3,6 MW Leistung an. Die Bürger produzieren somit ca. 3.600.000 kWh Strom, dies deckt den Verbrauch von 800 Haushalten ab und spart jedes Jahr 3.000 Tonnen CO₂-Emission.

Die Bürger aus den Landkreisen Bayreuth, Hof, Kronach, Kulmbach und Wunsiedel können sich mit einer Mindesteinlage von 500 Euro am Projekt beteiligen. Die Ausschüttung ist abhängig vom Ertrag der Anlage und steigt auf bis zu 8 %.



Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer mit Cornelia Benesch, Leiterin Mediale Kommunikation (erdgas schwaben).

Umweltminister Dr. Marcel Huber:

Energie-Atlas Bayern wird noch bürgernäher

Der Energie-Atlas Bayern ist ein zentrales Steuerungselement der Bayerischen Staatsregierung zur Umsetzung der Energiewende. Ab sofort steht die zweite Entwicklungsstufe zur Verfügung.

Umweltminister Dr. Marcel Huber betonte: „Der Energie-Atlas 2.0 ist interaktiver und bietet damit noch einen höheren Nutzen. Gerade in der Solarflächen- und der Abwärmeinformationsbörse steckt ein großes Potential. Hier bringt der Energie-Atlas Angebot und Nachfrage zusammen. So kommen wir in Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort und bei der Steigerung der Energieeffizienz entscheidend voran“. In der neuen Version können Bürger, Unternehmen und Kommunen in einer Solarflächenbörse Dach- und Freiflächen für Photovoltaik anbieten oder suchen. Außerdem gibt es für Unternehmen die Abwärmeinformationsbörse als Marktplatz für überschüssige Abwärme aus industriellen Prozessen. Informationen zu Bürgerenergieanlagen und Energieberatung sind ebenso Bestandteil wie neue Praxisbeispiele und Förderprogramme.

Zusätzliche wichtige Daten

Für einen beschleunigten Ausbau der Windkraft stehen außerdem weitere wichtige Daten zu Erdbebenmessstationen, Witterungsstationen und Hochspannungsnetze im Kartenteil bereit. Der Bestand an 400.000 EEG-Anlagen wurde aktualisiert (Stand Ende 2011), so dass nun etwa 96 Prozent der Energieerzeugungsanlagen in Bayern angezeigt werden. Neue oder noch nicht enthaltene Energieerzeugungsanlagen können nun über eine einfache Eingabemaske in den Energie-Atlas eingestellt oder vorhandene Daten korrigiert werden.

„Der Energie-Atlas 2.0 bietet deutschlandweit den aktuellsten Überblick zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Mit mehr als 1.000 Nutzern pro Tag ist der Energie-Atlas schon jetzt eine Erfolgsgeschichte. Die neuen Erweiterungen machen den Energie-Atlas zukünftig noch attraktiver“, sagte Huber. Die Daten stehen zudem auch zum download bereit. Seit Frühjahr 2011 ist der Energie-Atlas Bayern online. Er stellt Bürgern, Unternehmen und Kommunen kostenlos interaktive Karten und Informationen zum Thema Energie zur Verfügung. Im September 2012 wurde der Energie-Atlas von den Nutzern mit dem Publikumspreis des bundesweiten eGovernment-Wettbewerbs ausgezeichnet.

Mehr Informationen unter www.energieatlas.bayern.de

An die Spitze mit Bio-Erdgas

Bio-Erdgas, CO₂-neutral und aus der Heimat

Klima schonen, Heimat stärken – unser Bio-Erdgas macht's möglich

erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Andreas Eggensberger,
Bio-Hotelier in Hopfen am See



Der Unimog U 400 ist ideal zum Abtransport riesiger Weihnachtsbäume. □

Unimog räumt die Weihnachtsbäume weg

Jedes Jahr nach Weihnachten wartet auf viele Mercedes-Benz Unimog in der ganzen Bundesrepublik eine ganz besondere Aufgabe: Mächtige Tannen und Fichten müssen aus Städten und Gemeinden, von öffentlichen und privaten Plätzen, abtransportiert werden.

Für derartige Arbeiten sind Spezialisten wie beispielsweise Norbert Emig aus Wald-Michelbach im Odenwald gefordert.

Emig hat sich auf die schweren Exemplare unter den Nadelhölzern spezialisiert. Vor Weihnachten fällt er sie, transportiert sie und stellt die Bäume auch auf. Nach den Feiertagen sammelt er sie

wieder ein. Unerlässliches Hilfsmittel ist ihm dabei sein neuer waldgrüner Unimog U 400 mit 11,99 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht und 210 kW (286 PS). Mit Langsamfahreigenschaften von nur 1,5 km/h, einem hochgeländegängigen Fahrwerk und großen, grobstolligen Reifen kommt er dabei in jedem Gelände zurecht.

Die relativ geringe Breite von nur 2,30 Meter in Verbindung mit der ausgeprägten Wendigkeit lässt ihn auch in Innenstädten mit teilweise engen Durchfahrten erfolgreich arbeiten.

3,5 Tonnen pro Baum

Vor Weihnachten 2012 hatte der Landwirt und Agrartechniker Emig mehrere schwere Bäume transportiert. Ein Exemplar mit 3,5 Tonnen und 17 Meter gelangte zum Beispiel als nächtlicher Transport mit Überlänge zu einer bekannten Firma nach Walldorf: Vor dem Haupteingang von SAP durfte die Tanne aus dem Odenwald weihnachtliche Stimmung verbreiten. □

Countdown zur demopark + demogolf 2013 gestartet

„Neues Wegekonzept für optimierten Verkehrsfluss“

Die Vorbereitungen zur nächsten demopark + demogolf laufen bereits auf Hochtouren. Vom 23. bis 25. Juni 2013 warten im thüringischen Eisenach wieder zahlreiche Branchenneuheiten aus dem Garten- und Landschaftsbau, der Kommunaltechnik sowie der Golf- und Sportplatzpflege auf ein interessiertes Fachpublikum.

„Der Countdown zur demopark 2013 ist äußerst dynamisch gestartet. Wir erleben momentan einen regelrechten Ausstelleransturm – mehr als 80 Prozent der Fläche sind schon weg“, sagte VDMA-Geschäftsführer Dr. Bernd Scherer in Frankfurt.

Zahlreiche Anmeldungen von Neuausstellern

Die Attraktivität der Messe wachse kontinuierlich: „Das belegen nicht nur die zahlreichen Anmeldungen von Neuausstellern, auch die stetig steigenden Besucherzahlen sind ein großer Erfolg“, so Scherer. Im Kern treffe man mit dem praxisorien-

tierten Konzept der demopark + demogolf den Puls der europäischen Garten- und Landschaftsbauer. „Technik pur und eine Vielzahl an innovativen Ideen, das macht den Reiz dieser Veranstaltung aus.“

Zwei Autobahnausfahrten werden künftig zum Messegelände auf dem Kindel führen. „Unser neues Wegekonzept mit den Ausfahrten Eisenach-Ost sowie Sättelstadt soll dabei für einen optimierten Verkehrsfluss sorgen“, betonte Scherer. In enger Abstimmung mit den Entscheidungsträgern vor Ort habe der VDMA dafür gesorgt, „ab der Ausfahrt Sättelstadt den Nesselalradweg als direkten Zubringer zu den

durchgehend befestigten Parkflächen nutzen zu können.“ Gerade zu den Stoßzeiten am Morgen und am Abend erwarte man dadurch eine Entzerrung der Verkehrslage.

Auch die neue Beschilderung soll dazu beitragen: „Sichtbarkeit lautet hier das oberste Gebot. So können wir im Bedarfsfall auf moderne Möglichkeiten der situativen Verkehrslenkung zurückgreifen – Schilderwagen mit gut lesbaren LED-Anzeigen werden dafür an den Ausfahrten platziert sein“, erklärte Scherer.

Als größte europäische Freilandausstellung für den professionellen Maschineneinsatz in der Grünflächenpflege, im Garten- und Landschaftsbau sowie bei Kommunen bietet die demopark + demogolf auf mehr als 250.000 Quadratmetern die einzigartige Möglichkeit, Maschinen und Geräte anwendungsnah im Praxiseinsatz zu erleben. Die Messe wird von der Gesellschaft zur Förderung des Maschinenbaus mbH, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft des VDMA, veranstaltet.

Weitere Informationen unter: www.demopark.de. □

Schweizer Kanton Solothurn:

Neue Mercedes-Benz Löschfahrzeuge

Kompakt, Allradantrieb, hohe Nutzlast

Schweiz/Schlieren – In einer großen Beschaffungsaktion erhielten 18 Feuerwehren des Schweizer Kantons Solothurns ein Tanklöschfahrzeug auf der Basis des allradgetriebenen Mercedes-Benz Vario 818 DA 4x4. Durch die gemeinsame Maßnahme, die zusätzlich durch eine Versicherung anlässlich deren 200-jährigen Jubiläums unterstützt wurde, konnten die Feuerwehren ihre veralteten Fahrzeuge durch aktuelle, mit modernstem Material ausgerüstete Mercedes-Benz Vario ersetzen.

Der Vario DA 4x4 erfüllt die Anforderungen der öffentlichen Ausschreibung in idealer Weise. Zum einen bringt er 130 kW (177 PS) und ein Drehmoment von 675 Nm auf alle vier Räder, zum anderen ist er kompakt, wendig und bietet bei 8,2 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht eine optimale Nutzlast.

gem Gesamtgewicht eine optimale Nutzlast.

Normaldruckpumpe

Das von der schweizerischen Feumotech AG aufgebaute Klein-Tanklöschfahrzeug wiegt

5,5 Tonnen und ist in der Lage, sechs Personen, 1000 Liter Wasser, 60 Liter Netzmittel und über eine Tonne Material zu transportieren. Die einstufige Normaldruckpumpe wird vom Nebenantrieb des Vario hydrostatisch angetrieben. Auf beiden Seiten des Fahrzeugs hat es einen Wasserabgang Storz 75 und heckseitig zwei Abgänge mit Kupplung Storz 55 für den Schnellangriff.

Elektronische Steuerung der Löschtechnik

Das Netzmittel wird vollautomatisch beigemischt, die ganze Löschtechnik wird elektronisch mit neuester CAN-Bus-Technologie gesteuert. Ein weiteres Highlight des Klein-Tanklöschfahrzeugs ist der pneumatisch ausfahrbare Lichtmast, welcher über das Notstromaggregat betrieben wird. □



Die 18 neuen Mercedes-Benz Löschfahrzeuge des Kantons Solothurn auf Vario-Basis. □

Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau:

Mit Zuversicht in die Zukunft blicken

Berlin / Bad Honnef. „Die Branche hat allen Grund, mit Zuversicht in die Zukunft zu sehen. Voraussetzung dafür ist, dass wir in den Betrieben unser gesamtes unternehmerisches Potenzial nutzen und die Politik uns dabei unterstützt, die Wirkungen von Grün auf gesundes Klima und das Wohlbefinden der Menschen zu erforschen.“ Dieses Fazit zog August Forster, Präsident des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL), nach einer zweitägigen Strategie-Konferenz in Berlin.

Auch Dr. Robert Kloos, Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, bescheinigte der Branche gute Perspektiven. „Die Menschen erkennen, dass das grüne Umfeld das Wohlbefinden steigert“, sagte Kloos. Es gelte, neue Formen der Begrünung stärker zu nutzen, etwa die Fassaden- und Dachgestaltung zur Verbesserung des Stadtklimas. Dafür sei es erforderlich, zu erforschen, welches die am besten geeigneten Pflanzen und deren Standortansprüche seien. Das Ministerium wolle mit einem weiteren Kongress im Jahr 2014 privaten und öffentlichen Auftraggebern die positiven Wirkungen von Grünflächen auf das Stadtklima und das Wohlbefinden der Menschen näher bringen.

Verantwortungsübernahme

In den Vorträgen zeigten namhafte Experten Herausforderungen und Lösungsansätze für die Betriebe auf. Wichtig sei, den Berufsnachwuchs zu selbstständigen Mitarbeitern auszubilden, die in den Betrieben und auf den Baustellen Verantwortung übernehmen, betonten Referenten und Diskussionsteilnehmer. Weiter wurden moderne betriebswirtschaftliche Methoden, die Bedeutung von Pflanzen bei künftigen Lebensformen, Marktchancen für Leistungen der Garten- und Landschaftsbauer sowie grüne Lösungen für Städte aufgezeigt.

„Wir haben viele hervorragende und anregende Vorträge

Klimawandels besser aufzeigen zu können.

Dokumentation

Die Konferenz „Zukunftsstrategie für den Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau“ ist Teil des Projektes „Zukunftsstrategie Gartenbau“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden zusammen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dokumentiert und veröffentlicht.

Mittelstand

Der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL) ist ein Wirtschafts- und Arbeitgeberverband. Er vertritt die Interessen des deutschen Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues auf Bundesebene und in Europa. In seinen zwölf Landesverbänden sind über 3.350 vorwiegend kleinere und mittelständische Mitgliedsunternehmen organisiert. Als Dienstleister geben sie sich am geschützten Signum mit dem Zusatz „Ihre Experten für Garten & Landschaft“ zu erkennen und bieten maßgeschneiderte, individuelle Lösungen rund ums Bauen mit Grün. Damit erzielen sie zurzeit rund 70 Prozent des gesamten Marktumsatzes in Deutschland.

Der Gesamtumsatz der grünen Branche stieg in 2011 auf über 5,5 Milliarden Euro. Diesen Meilenstein setzten die 16.460 Fachbetriebe mit ihren insgesamt 95.365 Beschäftigten mit vielfältigen Dienstleistungen: Mit hoher Kompetenz planen, bauen, entwickeln und pflegen sie Grün- und Freianlagen aller Art im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich. □

Anmelden & HOLDER „ERFAHREN“



HOLDER AUF WINTER-ROADSHOW. 3 MONATE. 3 LÄNDER. 12 STATIONEN.

Erleben Sie Holder im härtesten Wintereinsatz – inklusive der Weltneuheit Holder X 30! Alle Infos zu den Terminen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter:

www.max-holder.com

HOLDER
KEINE KOMPROMISSE

Gartenschau „Natur in Tirschenreuth 2013“:

Erholung - Inspiration - Abenteuer

Unter dem Motto „Erholung-Inspiration-Abenteuer“ bietet die Gartenschau „Natur in Tirschenreuth 2013“ vom 29. Mai bis 25. August 2013 an 89 Tagen über 500 Veranstaltungen. 2007 erhielt die Stadt Tirschenreuth den Zuschlag zur Ausrichtung einer Gartenschau, 2010 begannen die Arbeiten zur Neugestaltung des Gartenschaulandes rund um den historischen Fischhof. In das 20 Hektar große Areal werden insgesamt 15 Mio. Euro investiert.

Historische Abbildungen zeigen Tirschenreuth als eine Stadt im Wasser. Lediglich die zwei erhöhten Kuppen – die heutige Altstadt und der Ökonomiehof Fischhof – ragten als Inseln aus den riesigen Fischteichen. Die Grundidee des Konzeptes der Gartenschau „Natur in Tirschenreuth 2013“ ist, diese historische Situation im Bereich um die nahezu 300 Jahre alte „Fischhofbrücke“ durch den Neubau des Stadtteiches zu rekonstruieren.

Klare Gliederung

Der Entwurf für den Park basiert auf der Idee dieser einzigartigen, heute jedoch leider „verschütteten“, topographischen und stadträumlichen Grenzen – Altstadt, Talraum und Fischhofinsel – wieder erlebbar zu gestalten. Dies spiegelt sich in einer klaren Gliederung des Parks wider. Unmittelbar an die Stadt schließen die intensiv genutzten

„Stadtgärten“ an. Breite Wegekorridenten verbinden die vorgelagerten Gärten mit der Stadt. Durch einen großen, attraktiven Platz am See wird der neue Park mit dem historischen Stadtgefüge verwoben.

Identität

Neben dieser stadträumlichen Bezugnahme erzählt der Park aber auch Geschichten über die für Tirschenreuth kulturhistorisch bedeutsame Themen wie das Leben im Ökonomiehof, die Fischzucht und das Storchenvorkommen. Diese Themen werden in eine zeitgenössische Bilder- und Formensprache umgesetzt und geben dem Park dadurch eine unverwechselbare Identität.

Tirschenreuth das „Land der 1000 Teiche“ – diese Besonderheit des Landstrichs wird für die Besucher der Gartenschau immer wieder erlebbar werden.

Blumenschauen inspirieren,

versetzen in Erstaunen und sind Anziehungspunkt jeder Gartenschau. Auch die Angebote der Blumenschauen in Tirschenreuth werden ihre Besucher in den Bann ziehen, bieten sie doch von Raritäten bis hin zu kulinarischen Genüssen Anregendes für jeden Sinnesgeschmack. Konzipiert werden die wechselnden Themen vom Münchner Floristen und Gestalter Dieter Scheffler, der unter anderem auch schon die Blumenschauen in Marktredwitz und Bamberg erfolgreich umsetzte. „Traditionell bleibt die Blumenhalle auch während der einzelnen Umbauphasen geöffnet, so dass die Besucher aktiv die Neugestaltung verfolgen können“, betont Scheffler.

Themen der Blumenschau sind

„Blütenzauber des Vorsommers“, „Raritäten aus Floras Reich“, „Rosenschau“, „Floral Design“, „Kulinarische Genüsse aus der Region“, „Nelken, Asparagus & Co“, „Gefäß und Pflanze“ sowie „Köstliche Kostbarkeiten, kostbare Köstlichkeiten“. In der Schlusschau vom 22. bis 25. August werden sich Blumen und Pflanzen in ihrer ganzen Pracht zeigen. Die Natur begeistert gerade in dieser Jahreszeit mit einer überbordenden Vielfalt. Schnittstauden, Einjährige, Kübelpflanzen, Früchte, Beeren, fruchttragende Zweige, Obstgehölze und so manches mehr werden auf vielfältige Weise floristisch präsentiert. Ein spektakulärer und farbenfroher Abschluss der Blumenschau ist somit garantiert. **DK**

Nusser-Gruppe aus Winnenden:

Ideenschmiede vielfach ausgezeichnet

Design steht für Ästhetik, Formvollendung und Funktionalität. Seit 1953 wird herausragend gutes Design durch die „iF design awards“ ausgezeichnet – unabhängig und weltweit anerkannt. Dieses Jahr hat die neue Bankserie BETASIT der NUSSEr STADTMÖBEL GmbH & Co. KG den begehrten Designpreis, den „iF product design award 2013“ erhalten.

Mit der cleveren Bankmodulreihe gelang ein weiterer Beweis für die Innovationsstärke der schwäbischen Ideenschmiede: Bei BETASIT handelt es sich um eine moderne, äußerst flexible, in Stuhlcharakter gehaltene Stahlfußbank mit zertifiziertem FSC-Hartholz, die nicht nur rundweg das NUSSEr Credo erfüllt – nämlich Form und Funktion gekonnt zu vereinen – sondern auch die Fachjury mehr als überzeugte. Denn die außergewöhnliche Formgebung durch den Esslinger Designer Andy Rayer, hat es wahrlich in sich: Das ausgeklügelte Baukastenprinzip ermöglicht ungeahnte Kombinations- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Die Bankserie – ob mit oder

ohne wechselseitig montierbarer Rückenlehne versehen – ist problemlos zur Reihenbank kombinierbar und erweiterbar. Jede erdenkliche und gewünschte Länge lässt sich so spielerisch umsetzen. Selbst Gegenübersitzen ist auf diesem außerordentlich variablen Sitzmöbel möglich. Denn durch die facettenreiche Kombination von Grundelementen und Lehnen können ganz individuelle und äußerst interessante Kommunikationsplätze geschaffen werden. Und auch für kleinere Lösungen bietet die BETASIT-Serie das Passende: Einen flotten Zweisitzer.

Durch das modulare System lassen sich mit BETASIT nahezu alle planerischen Anforderungen und gestalterischen Wünsche



Die neue Bankserie Betasit von Nusser erhielt den Designpreis „iF product design award 2013“.

Elektrisch mobil im Quartier Potsdamer Platz:

Erste E-Carsharing-Straße Europas

BERLIN – car2go und die Potsdamer Platz Management GmbH (PPMG) haben jüngst im Quartier Potsdamer Platz gemeinsam mit weiteren Partnern Europas erste E-Carsharing-Straße eröffnet. Insgesamt acht Ladesäulen stehen in der Rudolf-von-Gneist-Gasse den ersten 16 car2go smart fortwo electric drive zur Verfügung, die von den car2go Kunden genutzt werden können.

Thomas Schmalfuß, Geschäftsführer der PPMG, erklärt: „Mit Europas erster E-Carsharing-Straße möchten wir neue Maßstäbe setzen. Mit der ersten E-Smart-Flotte Berlins ist unser Quartier um ein attraktives Angebot reicher.“

Alltagstauglichkeit

Stefan Müller, Geschäftsführer der car2go Europe GmbH, sagt: „Dies ist eine fantastische Gelegenheit für unsere Kunden, sich von der Alltagstauglichkeit batterieelektrischer Antriebe zu überzeugen.“

Gernot Lobenberg, Leiter der Berliner Agentur für Elektromobi-

lität eMO, sieht mit der Erweiterung der car2go-Flotte um Elektrofahrzeuge nicht nur den Standort Berlin als Hot Spot des Carsharings gestärkt, sondern auch einen weiteren Schritt auf dem Weg Berlin-Brandenburgs zur europäischen Leitmetropole der Elektromobilität. „Das Thema Carsharing spielt in zahlreichen Projekten des Internationalen Schaufensiers Elektromobilität Berlin-Brandenburg eine wichtige Rolle. Gerade aufgrund des Trends „Nutzen statt Besitzen“ und den vergleichsweise kurzen Strecken, die mit Carsharing-Fahrzeugen zurückgelegt werden, ist Berlin ein idealer Markt für E-Carsharing“, so Lobenberg. **□**



Im Winter versinken auch Bahnhöfe oder Trambahngleise im Schnee. Kein Problem für den 2-Wege-Unimog, wird aus ihm doch schnell eine Schnee-Räummaschine mit Schneefräse, Keil-Schneepflug oder zapfwellengetriebener Vorbau-Kehrmaschine. **□**

Pioniere der Elektromobilität vereinbaren Kooperation:

smart produziert scooter mit Vectrix

Stuttgart – smart erweitert sein Portfolio elektrisch angetriebener Fahrzeuge für den Stadtverkehr durch eine Kooperation mit dem Zweiradspezialisten Vectrix.

Das elektrische Portfolio von smart wächst weiter. Neben dem smart electric drive und dem smart ebike wird in 2014 zusätzlich der smart scooter auf den Markt kommen. Mit Einführung des lokal emissionsfreien scooters bietet smart als Anbieter innovativer Mobilitätslösungen für die Stadt ein komplettes Portfolio elektrisch angetriebener Fahrzeuge für kurze, mittlere und lange Distanzen bis zu 140 Kilometern.

smart entwickelt und produziert den elektrischen scooter in enger Zusammenarbeit mit seinem Partner Vectrix, einer innovativen, weltweit führenden Marke in der Elektrozweiradbranche. Das 1996 in Rhode Island, USA, gegründete Unternehmen baut bereits seit Jahren Elektroroller in Serie und

verfügt über große Expertise in diesem Bereich.

Alleinstellungsmerkmale

„smart und Vectrix sind beide Pioniere elektrischer Mobilität für die Stadt“, so smart-Chefin Dr. Annette Winkler. „Der smart scooter wird ein echter smart, den wir zu der gleichen Ikone städtischer Mobilität machen wollen wie den smart fortwo.“

Das Erscheinungsbild der auf dem Pariser Autosalon 2010 vorgestellten smart scooter-Studie wird smart nochmals deutlich weiterentwickeln. Dabei wird der neue elektrische smart scooter Alleinstellungsmerkmale bieten, die erstmals in dieser Fahrzeugkategorie angeboten werden. **□**



Sorgt zuverlässig und schnell für freie und sichere Straßen.

Der Mercedes-Benz Unimog U300/U400/U500.

Wenn's auf Höchstleistung ankommt ist der Unimog Ihr Profi im Winterdienst: permanenter Allradantrieb, ABS für exzellente Spurtreue, kompakte Maße und hohe Wendigkeit. Das beträchtliche Streuvolumen ermöglicht große Räumschleifen. Und sein Freisicht-Fahrerhaus gewährleistet hohen Komfort und sichere Sicht. Informieren Sie sich bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Bayerischer Nahverkehrskongress in München:

Mobilität von morgen

Verkehrsminister Zeil verlieh ÖPNV-Preis 2012

Rund 500 Bahn-Experten aus Politik, Verwaltung, von Infrastrukturbetreibern und Verkehrsunternehmen, von Verbänden und aus der Industrie hatte die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) zum 7. Bayerischen Nahverkehrskongress nach München eingeladen. Unter dem Titel „Mobilität von morgen – viele Wünsche, wenig Geld. Wo geht die Reise hin?“ diskutierten die Teilnehmer über die Finanzierung des Regionalverkehrs. Als Referenten konnte die BEG u. a. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil, Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer und den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube, gewinnen.

Minister Zeil monierte die Diskrepanz zwischen Anspruch und finanzieller Ausstattung des Schienennahverkehrs in Bayern. „Gerade weil Mobilität die Grundlage für wirtschaftliche

Dynamik und damit für Wachstum und Wohlstand ist, will ich die Erfolgsgeschichte des Bahnlandes Bayern fortschreiben“, betonte der Minister. An Bundesverkehrsminister Ramsauer und Bahnchef Grube richtete er die Forderung, für eine dauerhaft solide Finanzierung des Systems Bahn zu sorgen.

„Bayern als Wachstumsmotor in Deutschland braucht den Ausbau der Schieneninfrastruktur“, lautete Zeils Botschaft an seinen Ressortkollegen Ramsauer. „Außerdem müssen die Regionalisierungsmittel nachfragegerecht erhöht werden, mit denen wir den Nahverkehr finanzieren.“

Kaum Spielraum

Die Preispolitik der Deutschen Bahn ist Zeil zufolge mitverantwortlich dafür, dass für die Bestellung zusätzlicher Verkehrsleistungen so gut wie kein finanzieller Spielraum mehr besteht. Denn die Gebühren für die Nutzung der Infrastruktur stiegen seit Jahren überproportional. Mittlerweile fließen 60 Prozent der Bestellerentgelte an DB Netz und DB Station & Service. „Geht diese Entwicklung so weiter, müssen wir in zehn Jahren 80 Prozent als Infrastrukturentgelte aufwenden“, prognostizierte Zeil und unterstrich: „Diese Entwicklung ist absurd und muss geändert werden.“ Der Minister sieht hierin eine direkte Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund. Weil dieser aus dem Konzerngewinn 500 Millionen Euro Dividende abschöpft, bleibt für die Bestellung von Verkehrsleistungen immer weniger Geld übrig.



Geplant, aber vorerst gestoppt: Der Flughafen München soll eine dritte Start- und Landebahn erhalten (im Bild in Orange eingezeichnet), um dem erwarteten Wachstum der Passagierzahlen um rund 20 Millionen bis 2025 gerecht zu werden. Derzeit blockiert ein Bürgerentscheid den wirtschaftlich wichtigen Ausbau. Foto: obx-news/Hennies

Flughafen München:

Ostbayerns Unternehmen drängen auf dritte Startbahn

Regensburg/München (obx) - Seit der Eröffnung des Flughafens Franz Josef Strauß vor 20 Jahren hat sich die Zahl der Passagiere auf Deutschlands zweitgrößtem Flughafen nahezu verdreifacht. Mittlerweile platzt der Airport aus allen Nähten. Weil seit Sommer ein Bürgerentscheid den Bau der dritten Start- und Landebahn blockiert, fürchten Ostbayerns Unternehmen um ihre Zukunftschancen auf den Weltmärkten. „Die Nähe zum Airport war für viele in Niederbayern und der Oberpfalz angesiedelten Unternehmen bisher ein entscheidender Wachstumsmotor, der nicht ins Stottern kommen darf“, heißt es in einer Stellungnahme der IHK Niederbayern in Passau.

Mit rund 38 Millionen Fluggästen im vergangenen Jahr und mehr als 1000 Tonnen Frachtlumschlag am Tag bewegt sich der Flughafen München nach Betreiber-Angaben bereits heute an seiner Belastungsgrenze. Anfragen der Airlines nach Kapazitätserweiterungen müssten abgewiesen werden. Doch ein Ende des Wachstums ist nicht in Sicht: Bis 2025 erwartet der Flughafen München zusätzliche 20 Millionen Fluggäste pro Jahr.

Die geplante vier Kilometer lange dritte Start- und Landebahn würde das Problem lösen: Sie soll künftig 120 statt bisher maximal 90 Flugbewegungen pro Stunde ermöglichen. Doch wie so viele wichtige wirtschaftliche Großprojekte in Deutschland liegt auch der Bau der rund 1,2 Milliarden teuren dritten Startbahn nach dem Nein aus dem Münchner Bürgerentscheid vom Juni erst mal auf Eis. Die Projektgegner befürchten zu hohen Fluglärmen für die Anwohner und übermäßige Umsiedelungen.

Leidtragend ist die Wirtschaft. Besonders Ostbayerns exportorientierte Betriebe würden die zu erwartenden Kapazitätsgrenzen am Münchner Flughafen in Zukunft empfindlich treffen. Viele Unternehmer der Region drängen daher auf einen raschen Bau der dritten Startbahn.

„Unsere Wachstumsmärkte liegen in Asien und Amerika, wo wir bald die Hälfte unseres Umsatzes machen werden. Für Warentransporte und Dienstreisen sind wir auf einen leistungsfähigen Flughafen

München dringend angewiesen“, sagt Helmuth Frisch, Geschäftsführer bei der S+S Separation and Sorting Technology GmbH aus Schönberg im Bayerischen Wald. S+S liefert mit rund 350 Mitarbeitern Sortiersysteme für Industriebetriebe an Kunden in über 60 Ländern rund um den Globus. Die Exportquote liegt bei mehr als 50 Prozent.

Auch die SAR Group mit Sitz in niederbayerischen Dingolfing setzt für ihr weiteres Wachstum auf einen Ausbau des Flughafens München. „Die schnellen Wege zu unseren weltweiten Kunden und Niederlassungen sind für uns und viele andere ostbayerische Unternehmen ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Der muss durch den Flughafen ausgebaut gesichert und verbessert werden“, sagt Konrad Sigl, Geschäftsführer der SAR Group. SAR liefert seit über 25 Jahren mit mehr als 400 Mitarbeitern Automatisierungstechnik für fast alle Branchen rund um den Globus.

„Für unsere weltweiten Kundenkontakte und eine schnelle Ersatzteilversorgung ist der Flughafen München für uns von enormer Bedeutung. Der Ausbau des Flughafens ist ein wichtiger Schritt“, sagt Florian Attenhauser, Sprecher der Sennebogen Maschinenfabrik GmbH aus Straubing. Sennebogen entwickelt und produziert Kräne und hat weltweit mehr als 1000 Mitarbeiter sowie über 120 Vertriebspartner.

Trotz guter Argumente aus der Wirtschaft: Aktuell ist der Flughafen ausbau mit dem gut 54-prozen-

tigen Nein aus dem Münchner Bürgerentscheid vorerst gestoppt. Doch es gibt weiter Hoffnung auf eine Fortführung des Projekts. Erst kürzlich hat die Bayerische Staatsregierung den Bau der dritten

Mit der Vergabe des Bayerischen ÖPNV-Preises 2012 im Rahmen des Nahverkehrskongresses würdigte Zeil die besten Ansätze und Konzepte, die den öffentlichen Nahverkehr noch attraktiver und zukunftsfähiger machen. Die gewürdigten Projekte sind vielseitig und beschränken sich nicht nur auf die reine Verkehrsleistung, sondern reichen bis hin zu Themen wie Service und Sicherheit.

Einen ÖPNV-Preis übergab der Minister an den Vertriebsservice Ostbayern der DB RegioNetz Verkehrs GmbH. Dieser engagierte sich für den Umbau von teilweise tristen und kundenunfreundlichen Wartehallen in einladende Bahnhofscafés. Dadurch steigerte sich die Attraktivität der Haltestellen deutlich.

Die Aktion Münchner Fahrgäste, das Polizeipräsidium München und die Bundespolizeiinspektion München wurden gemeinsam mit einem ÖPNV-Preis bedacht. Ausgezeichnet wurde das seit 2010 stattfindende Zivilcourage-Training „Mit Herz und Verstand handeln. Notfall? Du hilfst – Ich auch!“.

Lokaler Moorbahnhof

Vorbildliches Engagement demonstrierte die Gemeinde Seeg beim Neubau des lokalen Moorbahnhs. Für die kleine Station hat die Gemeinde eine bedarfsgerechte und kostengünstige Lösung bei gleichzeitig hohem gestalterischen Anspruch gefunden.

Für seinen jahrelangen Einsatz für den Erhalt der Bahnlinie Ebersberg-Wasserburg Bahnhof erhielt der Fahrgastverband PRO BAHN Oberbayern einen Sonderpreis. Aktiv wurde der Verband bereits Mitte der 1980er Jahre, als der Freistaat noch nicht die Verantwortung für den Regionalverkehr inne hatte und die Stilllegung der Bahnstrecke unausweichlich schien. DK

bbiv-Präsident Thomas Bauer:

Für Donauausbau nach Variante C 2,80!

„Natürlich nimmt der Donauausbau Einfluss auf die Umwelt. Aber bei beiden Varianten können diese Eingriffe, die hauptsächlich dem Hochwasserschutz dienen, voll kompensiert werden. Die Variante C 2,80 ist jedoch ökonomisch und ökologisch deutlich besser als die Variante A. Daher spreche ich mich eindeutig für C 2,80 aus“, so Prof. Thomas Bauer, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie und des Bayerischen Bauindustrieverbandes.

Es geht darum, die bestehende Situation an der Donau zu verbessern, sowohl den Hochwasserschutz für die Anwohner wie die Wasserstraße für die Schifffahrt. Die Donau, so Bauer, ist im Be-

gangenen und damit schiffahrtstfrei wird.

Bauer: „In der Mühlhamer Schleife schafft C 2,80 ein natives ökologisches Plus: Da fahren dann keine Schiffe mehr, sie kann zu einem wunderschönen Naturreservat renaturiert werden. Die Fließgeschwindigkeit der Donau bleibt hier wie zuvor. Auch für die Fische gibt das so einen besseren Lebensraum. Die bei Niedrig- und Mittelwasser etwas geringere Fließgeschwindigkeit der Donau oberhalb der Stützwelle wirkt sich damit insgesamt auf keinen Fall negativ aus. Noch immer ist im Übrigen die Fließgeschwindigkeit höher als im Naturzustand der Donau vor rund zwei Jahrhunderten. Die ökologische Chance von C 2,80 ist deutlich höher als die von A. Ich kann nicht verstehen, weshalb der BUND Naturschutz diese Variante bekämpft.“



Thomas Bauer.

reich der Mühlhamer Schleife und davor seit vielen Jahrzehnten wegen Hochwasserschutz eingedeicht. „Wer daher in diesem Bereich der Donau von einem Naturzustand spricht, redet an der Realität vorbei. Mit modernen Wasserbaumethoden können wir einen großen zusätzlichen Wert schaffen.“

Der wesentliche Unterschied zwischen der Buhnenvariante A und C 2,80 ist, dass bei C 2,80 eine Stützwelle bei Aicha gebaut wird, damit man bei Mittel- und Niedrigwasser den Wasserpegel der Donau etwas regulieren kann, und die unfallträchtige Mühlhamer Schleife durch einen zwei km langen Stichkanal um-

Appell an faires Verhalten

Bauer appellierte auch an die demokratische Kultur und an ein faires Verhalten des BUND Naturschutz: Er dürfe das den Umweltverbänden in Naturschutzfragen eingeräumte Verbandsklagerecht nicht erpresserisch nutzen: „Wer ein derartiges Klagerecht hat, der hat auch die moralische Verpflichtung die Klage nicht gegen die Bevölkerung einzusetzen, nach dem Motto: Wenn die Politik nicht tut was wir sagen, dann lassen wir eben in der Zeit der Gerichtsprozesse die Bevölkerung ersaufen, da der Hochwasserschutz nicht gemacht werden kann.“

Elektromobilität:

Große Lösung für Modellregionen gesichert

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat jüngst die Nachschubliste für den Haushalt des Wirtschaftsministeriums verabschiedet. Damit stehen für die bayerischen Modellstädte Elektromobilität in Bad Neustadt a.d. Saale und Garmisch-Partenkirchen sowie die Modellregion E-Wald zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7,5 Millionen Euro zur Verfügung. „Ich habe gegenüber den Modellregionen Wort gehalten und mich für zusätzliche Haushaltsmittel eingesetzt“, betont Zeil. „Damit kann die Zielsetzung der Bayerischen Staatsregierung, innovative Anwendungsbeispiele für die Elektromobilität im ländlichen Raum voranzutreiben, verwirklicht werden.“

Die Verantwortlichen der drei bayerischen Modellvorhaben haben im Herbst aktualisierte Gesamtkonzepte mit belastbaren Kostenschätzungen vorgelegt. Nach externer Begutachtung durch den beauftragten Projektträger waren fachlich begründete Anpassungen und Kürzungen notwendig. Trotzdem wurde deutlich, dass die vorhandenen Haushaltsmittel in Höhe von 30 Millionen Euro nicht ausreichen. Das Bayerische Wirtschaftsministerium hat daraufhin zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7,5 Millionen Euro in den Entwurf des Haushaltsplans eingebracht.

Finanzieller Rahmen

Damit sind – einschließlich der Kosten für übergreifende Aktivitäten und externe Begleitung – nach dem aktuellen Stand der Unterlagen für E-Wald rund 19 Millionen Euro, für Garmisch-Partenkirchen rund elf Millionen Euro und für Bad Neustadt a.d. Saale rund sieben Millionen Euro

vorgesehen. „Für die Modellregionen steht nun ein klarer finanzieller Rahmen fest. Damit können die Projektanträge überarbeitet und auf den Weg gebracht werden. Gleichzeitig ist bei E-Wald die Ausweitung auf sechs Landkreise finanziell gewährleistet“, unterstreicht Zeil.

Bürgernahe Erfahrbarkeit

In den bayerischen Modellregionen für Elektromobilität werden innovative Elektromobilitätsprojekte gefördert, um aussagekräftige Erfahrungen für einen Alltagsbetrieb von Elektrofahrzeugen im ländlichen Raum zu erhalten sowie die Elektromobilität örtlich und bürgernah erfahrbar zu machen. Mit den Modellregionen verfolgt die Bayerische Staatsregierung einen über die Fahrzeugtechnik hinausgehenden systemischen Ansatz, der beispielsweise auch die Einbettung in örtliche Mobilitätskonzepte sowie die Nutzung regenerativer Energie vorsieht.

Bilanzpressekonferenz des Abfallwirtschaftsbetriebs München:

Mehr Service bei niedrigeren Gebühren

Einen Überblick über die Themen und Erfolge des Abfallwirtschaftsbetriebes München (AWM) im Jahr 2012 gaben im Rahmen einer Jahresabschlusspressekonferenz in München Axel Markwardt, Kommunalreferent der Landeshauptstadt München und Erster Werkleiter des AWM sowie Zweiter Werkleiter Helmut Schmidt. Die Schwerpunkte lagen dabei auf dem Ausbau der Online Services, dem neuen Erdenwerk und der Senkung der Müllgebühren ab 2013.

„Wir blicken zurück auf ein ereignisreiches Jahr in der Münchner Abfallwirtschaft“, bilanzierte Axel Markwardt. „Durch das Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Juni 2012 stehen wir neuen gesetzlichen Vorgaben gegenüber. Bis 2020 müssen 65 Prozent aller Siedlungsabfälle recycelt werden – ein Ziel, das wir als erste Millionenstadt Deutschlands erreichen wollen. In den vergangenen Jahren hat der AWM als kommunaler Eigenbetrieb eine moderne, nachhaltige Kreislaufwirtschaft aufgebaut. Als Kommunalreferent und Erster Werkleiter des AWM werde ich weiter mit daran arbeiten, dass die Abfallwirtschaft in kommunaler Hand bleibt und wir uns immer weiter hin zu einer ressourcenschonenden Wertstoffwirtschaft entwickeln“, erklärte Markwardt.

Hybrid-LKW

In seiner Rückschau auf 2012 verwies der Kommunalreferent darauf, dass der AWM als erste Dienststelle der Landeshauptstadt München seit dem Sommer einen Hybrid-LKW einsetzt. Dabei handelt es sich um ein Abrollkipper-Fahrzeug des Containerdienstes, das die vollen Container der Wertstoffhöfe zu den Verwertungsbetrieben transportiert. Eingesetzt wird das Fahrzeug für den

Wertstoffhof an der Tübinger Straße in München Sendling.

In den nächsten vier Jahren wird es Markwardt zufolge auf seinen ökologischen Nutzen, seine Wirtschaftlichkeit und seine Praxis-tauglichkeit hin getestet. Der AWM erwartet eine Kraftstoffeinsparung von 15 bis 20 Prozent gegenüber dem herkömmlich betriebenen Vergleichsfahrzeug, entsprechend niedrigere Abgasemissionen sowie aufgrund der geringeren Lärmbelastung einen positiven Effekt für Mitarbeiter, Kunden und Anwohner des Wertstoffhofes.

Regionalerden

Wie der Kommunalreferent weiter berichtete, können seit der Eröffnung des neuen Erdenwerks im Entsorgungspark Freimann (ESP) im September 2012 die sog. Münchner Regionalerden auch als lose Ware erworben werden. Dieses Angebot richtet sich vorwiegend an Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus, da im neuen Erdenwerk auch größere Mengen bezogen werden können. Bereits seit 2008 stellt der AWM aus Münchens Bioabfällen hochwertige Blumenerde her. Eine Hochrechnung der Bioabfallmengen hat ergeben, dass die Bioabfälle im abgelaufenen Jahr um etwa vier Prozent zugenommen haben. „Dies bestätigt die Richtigkeit der Entscheidung, auf

diesem Sektor in die Behandlungstechnologie zu investieren.“

Kreislaufwirtschaftsgesetz, Wertstoffgesetz, Wertstofftonne – die Abfallwirtschaft ist im Umbruch. Um optimal auf die sich ändernde Gesetzeslage vorbereitet zu sein und in München auch künftig eine kundenfreundliche, ökologische und wirtschaftliche Abfallentsorgung vorzuhalten, hat der AWM verschiedene Studien und Untersuchungen durchgeführt, deren Ergebnisse 2012 vorgestellt wurden.

Erweiterte Erfassung

Teil der Untersuchungen war der Test zur erweiterten Wertstoff-erfassung, den der AWM seit 2011 durchführt. In ausgesuchten Münchner Wohnanlagen und mit Wertstoffmobilen wurden Nicht-verpackungs-Kunststoffe, Nicht-verpackungs-Metalle und Elektrokleingeräte gesammelt. Ziel des Tests war es zu ermitteln, ob durch zusätzliche Erfassungssysteme weitere Abfälle abgeschöpft und einem hochwertigen Recycling zugeführt werden können. In der Summe wurden eher geringe Mengen an Wertstoffen, die hochwertig stofflich verwertet werden können, gesammelt. Dabei wurde an den Wertstoffmobilen eine wesentlich höhere Reinheit der einzelnen Stoffgruppen erzielt als in den Wohnanlagen. Insbesondere die Wertstoffmobile waren bei den Münchnern sehr beliebt. Der Test in den Wohnanlagen wurde zum Jahresende eingestellt, die Wertstoffmobile sind weiterhin unterwegs.

Bewährtes System

Zusätzlich wurden an fünf Wertstoffinseln in Moosach Behälter zur Sammlung von haushaltsüblichen Elektrokleingeräten aufgestellt. Fazit der Untersuchungen ist, dass sich das Sammelsystem in München, bestehend aus dem Drei-Tonnen-System am Haus, den zwölf Wertstoffhöfen und den knapp 1000 Depotcontainern, hervorragend bewährt hat und bestehen bleiben wird.

Im November eröffnete der AWM auf dem Gelände der Zentrale seine neue Fuhrparkzentrale. Die neuen Räume schaffen Platz für die vom 2009 in Kraft getretene Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz vorgeschriebenen Kraftfahrerschulungen und sorgen für eine Entzerrung im zentralen Verwaltungsgebäude. Insgesamt profitieren laut Markwardt nicht nur die rund 300 Kraftfahrer und rund 600 Müllwerker des AWM von den verbesserten Schulungsbedingungen in den neuen Räumen, sondern

men werde, trotz Mitglieder- und Aufgabenzuwachs, das Profil des bvse weiter zu schärfen. Rehbock: „Wir sind der Verband, der die mittelständisch strukturierte Sekundärrohstoff-, Recycling- und Entsorgungswirtschaft fachlich, wirtschaftlich und politisch zusammenführt und deren Interessen vertritt. Dies ist umso wichtiger, da wir zunehmend und mit Entsetzen feststellen müssen, dass der Mittelstand immer weniger Unterstützung findet.“

Ein weiterer Baustein der neuen bvse-Strategie ist zudem, die positive Rolle der Unternehmen als Rohstofflieferanten und qualifizierte Umweltdienstleister deutlich zu machen, die regional verwurzelt sind und sich ihrer Verantwortung für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt stellen. Dazu gehört in den Augen von bvse-Präsident Bernhard Reiling, dass „wir

auch die Münchner Bürgerinnen und Bürger: Als anerkannter Aus- und Weiterbildungsbetrieb plant der AWM, ab 2013 Berufskraftfahrerinnen und -kraftfahrer selbst auszubilden.

Bereits im Oktober verabschiedete der Stadtrat die vom AWM vorgeschlagene Müllgebührensenkung für die nächsten drei Jahre, also von 2013 bis 2015. Ab 2013 sinken die Müllgebühren um ca. 17,3 Prozent. Konkret bedeutet dies, dass ab 2013 die 14-tägige Leerung einer 120-Liter Tonne nur noch rund 150 Euro statt derzeit 181 Euro kosten wird. In dieser Gebühr sind wie bisher enthalten die regelmäßige Abfuhr der Restmüll-, Papier- und Biotonne sowie die Benutzung der Wertstoffhöfe und des Giftmobils. Seit 2005 ist das in Folge die fünfte Müllgebührensensenkung bei den Großbehältern und die vierte Müllgebührensensenkung bei den Kleinbehältern. Damit liegen die Münchner Müllgebühren auf dem gleichen Niveau wie 1992.

Die Gründe für die Gebührensensenkung sind nach Darstellung Markwardts vielfältig: Kräftig dazu beigetragen hätten insbesondere die guten Energie- und Verwertungserlöse, die der AWM als kommunaler Betrieb zu 100 Prozent wieder dem Bürger zurückgibt. Damit habe der AWM auch den Beweis erbracht, dass Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze darstellen. Im Großstadtvergleich weist München nicht nur die niedrigsten Restmüllmengen, sondern auch die niedrigsten Abfallgebühren auf.

Großmengen-Wertstoffhöfe

Um es den Münchnern zu ermöglichen, künftig auch größere Mengen an Wertstoffen anzuliefern, plant bzw. baut der AWM derzeit neue Großmengen-Wertstoffhöfe u. a. in München-Freimann und Langwied. Darüber hinaus wird der AWM mittelfristig die Grüngut-Sammlung intensivieren und aufgrund der hohen Sammelmengen weitere Behälter für die Elektrokleingerätesammlung in Moosach aufstellen. „Basierend auf den Ergebnissen unserer Untersuchungen werden wir unser Angebot an Abgabemöglichkeiten für verschiedene Wertstoffe erweitern“, informierte Zweiter Werkleiter Helmut Schmidt.

„Damit erhöhen wir den Service für unsere Kunden und können ganz gezielt noch mehr Wertstoffe einer sinnvollen Verwertung zuführen. Qualität vor Quantität und hohe Ökoeffizienz bleibt dabei unser Grundsatz – die Erfassung von Wertstoffen muss ökologisch sinnvoll, wirtschaftlich und bürgerfreundlich sein. Nur so erreichen wir Nachhaltigkeit in der Abfallwirtschaft und nur so können wir unser Ziel erreichen, als erste Millionenstadt Deutschlands die vom Kreislaufwirtschaftsgesetz vorgegebene Recyclingquote von 60 Prozent zu erreichen“, so Schmidt abschließend. **DK**

unsere unternehmerischen Anstrengungen steigern müssen, um den Bürgerinnen und Bürgern, unseren Kunden und nicht zuletzt auch gegenüber der Politik deutlich zu machen, dass wir für Qualität auf allen Wertschöpfungsstufen stehen.“

Für den bvse ist daher die Weiterentwicklung des Entsorgungsfachbetriebes ein wichtiges Qualitätssicherungsinstrument. „Wir werden weitere sinnvolle stoffstromspezifische Zertifizierungen ergänzend zum Entsorgungsfachbetrieb anbieten, um diesen Qualitätsanspruch nachvollziehbar zu untermauern. Im letzten Jahr haben wir das Qualitätssiegel Textilrecycling ins Leben gerufen, wir arbeiten an einem neuen Siegel für den Bereich der Akten- und Datenträgervernichtung und können uns das auch für weitere Materialströme vorstellen“, sagte Rehbock. **□**

Studie zur kommunalen Nachhaltigkeitssteuerung

Umsetzungsstand bei großen Städten und Landkreisen

Das Institut für den öffentlichen Sektor e.V. hat gemeinsam mit der Stadt Freiburg im Breisgau sowie der Leuphana Universität Lüneburg die deutschlandweit erste Studie zum Thema „Kommunale Nachhaltigkeitssteuerung – Umsetzungsstand bei großen Städten und Landkreisen“ erstellt. Von den 371 (Ober-) Bürgermeistern und Landräten der größten deutschen Kommunen haben knapp ein Drittel (118 Kommunen) teilgenommen.

Wie Sie sicherlich wissen, wurde den Städten beim UN-Jubiläumsgipfel „Rio+20“ als einem von sieben Kernthemen besondere Aufmerksamkeit zuteil. Städte werden trotz ihrer großen Herausforderungen als „Ideenzentren“ angesehen, die Wohlstand und Arbeit sichern sollen, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen in Gefahr zu bringen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, Ökonomie, Ökologie und soziale Ziele auszuwogen und mit langfristiger Perspektive zu verfolgen. Die Studie ging der Frage nach, wie weit deutsche Kommunen dabei sind und welche Methoden die Kommunalverwaltungen anwenden, um Nachhaltigkeit umzusetzen.

Einige Ergebnisse:

1. Nachhaltigkeit ist in der deutschen Kommunalverwaltung angekommen: 85 Prozent der Kommunen geben an, das Thema sei wichtig bzw. sehr wichtig und nachhaltiges Handeln habe in den letzten Jahren in ihren Kommunen an Bedeutung gewonnen. Doch es scheint noch Verbesserungspotenzial zu bestehen, denn in über der Hälfte der Fälle bewerten die Kommunen ihr eigenes Nachhaltigkeitsmanagement verglichen mit anderen nur mit der Note Drei oder schlechter. Und das, obwohl das Thema bei der Hälfte

der Kommunen in der Verantwortung der politischen Führung liegt, zum Teil sogar bei den Verwaltungschefs selbst.

Wenige haben bisher jedoch eine fachbereichsübergreifende Koordinierungsstelle in ihrer Stadt- oder Kreisverwaltung eingerichtet oder veröffentlicht einen Bericht zum Status ihrer Nachhaltigkeitsaktivitäten. 2. Das Thema beschränkt sich nicht mehr nur auf die Umwelterferate: Nachhaltigkeit wird von den meisten Kommunen als Aufgabe mit fachbereichsübergreifenden Zielen angesehen, die auch die wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit und die Sozialpolitik berücksichtigt.

Neben dem Umweltbereich werden vor allem in den Bereichen Stadtplanung/Stadtentwicklung und Verkehr sowie im Querschnittsbereich Beschaffung Nachhaltigkeitsprojekte verwirklicht.

Nach Aussage der Kommunen wird das Thema hauptsächlich von den Verwaltungschefs, den Fach- und Ressortleitern sowie der Zivilgesellschaft vorangetrieben, während die Haushaltslage oftmals als hinderlich eingestuft wird. Kommunale Unternehmen (zu gut 70 Prozent), Hochschulen und Forschungseinrichtungen (zu 50 Prozent) und privatwirtschaftliche Unternehmen (zu 40 Prozent) werden von Kommunen in ihre Nachhaltigkeitsprojekte einbezogen. **□**

bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung:

Keine erfolgreiche Sekundärrohstoffwirtschaft ohne Mittelstand

Zum Jahreswechsel hat der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung Bundesländer und Kommunen aufgefordert, keinen „Feldzug gegen die private Entsorgungswirtschaft“ zu führen. In seinem Neujahrsschreiben macht bvse-Präsident Bernhard Reiling deutlich, dass ohne das Know-how und die Innovationskraft der meist mittelständischen Unternehmen eine erfolgreiche Sekundärrohstoffwirtschaft in Deutschland nicht denkbar sei. Reiling macht im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland klar: „Es ist der Mittelstand, der den Unterschied zu unseren EU-Partnern ausmacht und der wirtschaftliche Erfolg in Deutschland ist vom Mittelstand getragen.“

In dem Schreiben macht der bvse-Präsident weiter deutlich, dass momentan viele Mitgliedsunternehmen mit den Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zu kämpfen hätten. Besondere Sorge bereite dem Vernehmen nach, dass manche Kommunen mit Hilfe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes versuchen, sich neue Einnahmequellen zu verschaffen und dabei auch in Kauf nehmen, die Existenzgrundlage kleiner und mittelständischer Unternehmen zu zerstören. Bernhard Reiling: „Das ist auch deswegen vollkommen verständlich, weil es sich hier um gewerbliche Sammlungen handelt, die unsere Unternehmen seit Jahrzehnten durchführen, für die wir Verwertungsstrukturen aufgebaut und Märkte entwickelt haben.“

Gerade in Zusammenhang mit dem neuen Anzeigeverfahren für gewerbliche und gemeinnützige Sammlungen haben sich die Unternehmen zudem mit einer „überbordenden Bürokratie“ auseinandersetzen. So berichtete Reinhold Schmidt, bvse-Vizepräsident und Vorsitzender des Fachverbandes Papierrecycling davon, dass

auch dort, wo die Sammelaktivitäten nicht verboten werden, die Behörden bei der Anzeige gewerblicher und gemeinnütziger Sammlungen umfangreiche Nachweise darüber verlangen, dass eine ordnungsgemäße Verwertung der gesammelten Materialien sichergestellt ist.

Behördenvollzug

Schmidt bezeichnete den Behördenvollzug als unverhältnismäßig bis schikanös, weil es sich hier um werthaltige und völlig ungefährliche Sekundärrohstoffe wie Altpapier, Alttextilien oder Schrotte handelt. Auf diese Weise wird die Sammlung von Sekundärrohstoffen behindert und Personal in den Verwaltungen mit der Kontrolle ungefährlicher Abfallströme vollkommen sinnlos beschäftigt.

In seiner Klausurtagung vom November letzten Jahres befasste sich das bvse-Präsidium nach den Worten von Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock mit der zukünftigen Aufgabenstellung für den bvse. Man war sich einig, dass es zukünftig verstärkt darauf ankomme

Bayerische Abfall- und Deponietage 2013:

Fachkongress am 20./21. März in Augsburg

Bereits zum 14. Mal in Folge lädt KUMAS – Kompetenzzentrum Umwelt e. V. in enger Zusammenarbeit mit AU Consult GmbH, bifa Umweltinstitut GmbH sowie dem Landesamt für Umwelt zum Treffen nach Augsburg ein. Staatsminister Dr. Marcel Huber wird am 20. März 2013 vor Abfall- und Deponie-Experten aus ganz Deutschland die jährlich stattfindende Fachveranstaltung eröffnen.

Ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind die Verpackungsverordnung und insbesondere das sogenannte „Wertstoffgesetz“ ins Zentrum der abfallwirtschaftlichen Strategiediskussionen gerückt. Wie viel Wertstoff ist tatsächlich (noch) im Abfall enthalten und wer soll den Zugriff darauf bekommen? Oft konzentriert sich die Diskussion nur auf potenzielle Wertstoffe im Abfall aus Haushalten und der Gewerbeabfall bleibt außen vor. Erneut flammt die Diskussion um die thermische gegen die stoffliche Verwertung auf. Der erste Tag der Bayerischen Abfall- und Deponietage 2013 will zur Versachlichung der Debatte beitragen und Ansätze zur zielführenden, strategischen Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft darstellen.

In einem Special am Nachmittag des ersten Tages werfen wir einen Blick auf den Klimaschutz und die Abfallwirtschaft in Thailand. Unter dem Titel „Bangkok towards sustainable Waste Management“ wird uns Ms. Suwanna Junggrungrueng über diesen interessanten Aspekt des thailändischen Umweltmarktes berichten.

Am zweiten Veranstaltungstag werden neben der Darstellung der aktuellen Entwicklungen im Deponierecht und der Deponiesituation in Bayern die Fachthemen „Emissionen aus Deponien“ sowie „Deponiebau, Betrieb und Nachsorge“ behandelt. Unter den aktuellen rechtlichen Vorgaben werden auch die Hinweise zum Vollzug der Deponieverordnung in Bayern vorgestellt. Mit fortschreitendem Nachsorgebetrieb stillgelegter Deponien verändern sich auch die Emissionen. Wie sehen Sickerwasserprognosen aus und welchen Beitrag können Methanoxidationsschichten zur Minderung leisten?

Im Themenkomplex Deponiebau, Betrieb und Nachsorge geht es um den Einsatz von Deponieersatzbaustoffen, Umgang mit künstlichen Mineralfasern und Asbest auf Deponien, Schachtneubau und Leitungssanierung. Der praktische Einsatz von PV-Anlagen auf Deponien rundet das Thema als Beitrag zur Energiewende ab. Begleitet wird der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung, auf der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den Besuchern präsentieren.

Näheres unter: www.abfalltage.de **□**

Energiewende:

Energiemanagerin unterstützt unterfränkische Gemeinden

Würzburg. In sämtlichen Landkreisen Unterfrankens tut sich etwas in Sachen Energiewende. „Wir erleben einen richtigen Aufbruch“, so Horst Büttner, stellvertretender Leiter des für Unterfranken zuständigen Amtes für Ländliche Entwicklung. Immer mehr Gemeinden wollen Energiekonzepte erstellen. Hilfe erhalten sie dabei seit dem 1. Oktober von Energiemanagerin Stefanie Thomuscheit. Die 30-Jährige wurde just eingestellt, um die Energiewende im ländlichen Raum Unterfrankens voranzutreiben.

Schnell stehen Bürger auf der Matte, wenn es darum geht, Protest auszudrücken – gerade auch beim Für und Wider in Energiefragen. Schwieriger ist es, positiv an das Thema heranzugehen und gemeinsam den Einstieg in die dörfliche Energiewende zu planen. „Doch eine sorgfältige Planung ist nötig, damit die Situation am Ende nicht schlechter wird“, so Stefanie Thomuscheit.

Bürgerbeteiligung

Überall in Unterfranken wurden in der Vergangenheit Arbeitskreise ins Leben gerufen, wo Bürgerinnen und Bürger darüber diskutieren, wie ihr Dorf attraktiver werden kann. Für das Amt für Ländliche Entwicklung ist Bürgerbeteiligung sehr wichtig und oft eine Fördervoraussetzung. Über 150 Arbeitskreise gibt es aktuell. Die ersten beginnen nun, auch über Energiekonzepte zu diskutieren.

Leuchtturm-Gemeinde

Was bei dem einen gelungen ist, kann der andere nicht einfach nachtun. Jedes Dorf hat seine ganz eigenen Möglichkeiten, die Energiewende vor Ort zu realisieren. Horst Büttner verweist auf die 1.000-Einwohner-Gemeinde Großbardorf im Kreis Rhön-Grabfeld, die unterfrankenweit als „Leuchtturm“ in Sachen Energiewende im ländlichen Raum gilt. „Hier wollte der Fußballverein die Tribüne überdachen, hatte aber dafür kein Geld“, so der stellvertretende Behördenleiter. Nun gibt es in Rhön-Grabfeld die Genossenschaft Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG, die eine Gemeinschaftsolaranlage betreibt. Die mietete das Dach

Landkreis Freising:

Leitlinien der Landkreisentwicklung

Um sich innerhalb der sich zunehmend dynamisch entwickelnden Metropolregion München mit eigenen Zielvorstellungen zu positionieren und diese an geeigneter Stelle einzubringen, erarbeitet der Landkreis Freising unter fachkundiger Beratung derzeit ein Landkreisentwicklungsprogramm für die nächsten ca. zehn Jahre. Erarbeitet wurde ein Vorschlag für zehn Leitlinien der Landkreisentwicklung, die der Kreistag schließlich Mitte Dezember angenommen hat.

Der Landkreis Freising bekennt sich in seinen Leitlinien zunächst zur Reduktion des zukünftigen Flächenverbrauchs. Der hohen Flächeninanspruchnahme und der Gefahr der Zersiedelung der Landschaft soll deshalb gemeinsam entgegengewirkt werden. Neue Gewerbegebiete und Wohngebiete und Ausgleichsflächen sollen soweit sinnvoll räumlich abgestimmt werden. Hierzu soll auf der Grundlage gemeinsamer Grundsätze für flächensparendes Bauen und Erschließen ein regelmäßiger informeller Informationsaustausch zwischen allen Städten und Gemeinden stattfinden.

Wohnraum

Groß ist die Nachfrage nach Wohnraum. Die Schaffung von neuem Wohnraum muss an die Möglichkeiten und Kapazitäten

und bewirtschaftet darauf seiner Photovoltaikanlage.

Mancherorts wird der Energieumstieg allerdings noch immer als Pflichtübung angesehen. Nicht zuletzt deswegen, weil Gemeinden immer mehr und immer anspruchsvollere Aufgaben bei stagnierendem oder gar sinkendem Personal zu bewältigen haben.

Trotz dieser Situation gibt es ländliche Regionen in Unterfranken, die mit großer Begeisterung an die Energiewende herangehen. Die kommunale Allianz „Spessartkraft“ zum Beispiel. Zu diesem Zusammenschluss gehören die Gemeinden Dammbach, Eschau, Heimbuchenthal, Leidersbach, Mespelbrunn, Mönchberg, Röhlbach, Rothenbuch und Weibersbrunn aus den Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg.

Bronnbacher Erklärung

Gemeinschaftlich will man versuchen, energieautark zu werden. Dieses Ziel ist in der „Bronnbacher Erklärung - Vision Spessart 2020“ vom Oktober dieses Jahres festgehalten. Basierend auf einem gemeinsamen Standort- und Energiekonzept, sollen künftig vielfältige erneuerbare Energien genutzt werden. Geplant ist eine „Energiegenossenschaft Spessartkraft“, bei der die Bürger Anteilseigner werden. Das Holz des Spessarts könnte ebenfalls über genossenschaftliche Initiativen energetisch genutzt werden.

Die Förderung durch die Ländliche Entwicklung macht es relativ günstig, solche Energiekonzepte zu planen. Horst Büttner: „Wir schießen derzeit 75 Prozent der Planungskosten zu.“ Noch wird dies erst von wenigen Gemeinden, Dorfer-

neuerungsprojekten und kommunalen Allianzen genutzt: „Uns liegen derzeit etwa 20 Förderanträge vor.“

Um ein Energie-Konzept machen zu lassen, bedarf es zunächst einer Grundsatzentscheidung im Gemeinderat. Danach ist es möglich, gemeinsam mit den Bürgern in die Planung zu gehen – und das neue Förderinstrument in Anspruch zu nehmen.

Kehrseite der Medaille

Macht nun die Energiewende ein Dorf auch schön, gar noch schöner als bisher? Dass Gemeinden auf dem Land attraktiver werden, darauf zielten die bisherigen Projekte der Ländlichen Entwicklung ab. Im Bezug auf die Energiewende sei diese Frage nicht so einfach zu beantworten, gibt Stefanie Thomuscheit zu. Denn nahezu jede alternative Energieform habe auch ihre Schattenseiten.

So meckern viele Bürger gegen Windkraft vor ihrer Haustüre. Das findet Thomuscheit schade. Sie setzt darauf, dass sich die Menschen mehr und mehr an Techniken zur Erzeugung regenerativer Energie gewöhnen werden: „In 20 Jahren stellt vielleicht wirklich niemand mehr die Sinnhaftigkeit von Windrädern in Frage.“

Pat Christ

Energiekonzepte

Staatsminister Helmut Brunner schaffte einen Anreiz für ländliche Gemeinden, um bei der Energiewende voranzukommen: Die ersten 100 Energiekonzepte sollen zu 75 Prozent gefördert werden. Das Angebot richtet sich vorrangig an Gemeinden, die bereits mit dem Amt für Ländliche Entwicklung zusammenarbeiten und Energieprojekte vorbereiten. Förderanträge unterfränkischer Gemeinden sind zu richten an das Amt für Ländliche Entwicklung, Zeller Straße 40, 97082 Würzburg. pat

öffentlich geförderten Wohnungsbau abgestimmt werden.

Die prägenden hochwertigen Naturräume und Kulturlandschaften stellen einen besonders wertvollen und identitätsstiftenden Reichtum dar. Der Landkreis bekennt sich zum Erhalt dieser wertvollen Naturräume und zur Bewahrung attraktiver Landschaftsbilder. Der Anteil der Schutzgebiete soll gesichert werden. Die regionalen Grünzüge und landschaftlichen Vorbehaltsgebiete werden gemeinschaftlich in ihrer Qualität verbessert.

Wirtschaftsstandort

Der Landkreis Freising gehört zu den stärksten Wirtschaftsregionen in Deutschland. Dieser herausragende Wirtschaftsstandort soll weiterentwickelt werden. Dazu sollen die Kommunikation und Kooperation zwischen den Kommunen verbessert, Unternehmensnetzwerke gefördert, die Zusammenarbeit mit den Hochschulen intensiviert und raum- und standortbezogene Profilbildungen unterstützt werden.



Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Oh Sabrina, mir schwirrt der Kopf. Ich bin meiner Schwiegermutter unter die Finger gekommen und die hat mich ausführlich darüber aufgeklärt, was für ein schreckliches Omen es ist, dass wir heuer ein 13er-Jahr haben. Meine Güte!“ Mein Chef, der Bürgermeister, der mit Aberglauben so viel am Hut hat wie die Kuh mit dem Schafkopfen, war sichtlich erschüttert.



breit machen kann, ganz ähnlich dem Jahr 1913, am Vorabend der großen europäischen Katastrophe.

All die Schwarzseher, Abergläubischen, Pessimisten und Spöckenkiecker, die uns jetzt, nachdem der Maya-Weltuntergang abgeblasen wurde, mit apokalyptischen Visionen zur Zahl 13 unterhalten, haben doch ein Gutes: Sie geben uns mit ihren Warnungen und Vorhersagen einen feinen Grund für eine Bestandsaufnahme, wie wir in dieses Jahr 2013 hineingehen.

Seien wir mal ehrlich: Wo gibt es einen Grund zu Angst und Anspannung? Nach Jahren der Finanzkrise und Sorgen um die Währung sehen wir zu Anfang des Jahres einen robusten Arbeitsmarkt, sich beruhigende Finanzmärkte und sich aufhellende wirtschaftliche Aussichten. Die Steuereinnahmen unseres Städtchens sind solide und Dank der Konsolidierungsanstrengungen in den vergangenen harten Jahren ist unser Haushalt im Lot – so wie in den meisten bayerischen Kommunen.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir in meinem Optimismus zu – tatsächlich hatten wir selten an einem Jahreswechsel so viel Grund, mit Zuversicht auf die kommenden zwölf Monate zu blicken. Und obwohl er natürlich davon überzeugt ist, dass der Mensch nicht allein Herr seines Schicksals sein kann, möchte er sich die Initiative nicht von irgendwelchem Aberglauben aus der Hand nehmen lassen. Wie bisher will er zusammen mit seinen politischen Freunden und der interessierten Bevölkerung tatkräftig die Richtung und das Tempo vorgeben, in der sich die Stadt entwickeln soll, die kommenden Herausforderungen annehmen und für eine gute Zukunft arbeiten – auch wenn der Freitag auf einen 13 fällt! Da schicke ich ihm doch gleich einen passenden Satz des Automobilpioniers Henry Ford aufs Handy: „Es hängt von Dir selbst ab, ob Du das Neue Jahr als Motor oder als Bremse benutzen willst.“

the
Sabrina

Die Zahl 13 - Motor oder Bremse?

„unvollkommen“ Zahl tief verwurzelt. Wir alle kennen die Geschichten von Hotels, die keine 13. Etage haben, Theatern oder Flugzeugen, die keine 13. Sitzreihe aufweisen und von Geschäftsleuten, die an einem 13. keine Verträge abschließen. Zumindest letztere Spezies wird sich heuer schwer tun in der Existenz. Von Künstlern wie Arnold Schönberg wird berichtet, dass sie Zeit Lebens eine manische Furcht vor der 13 verfolgte, ja er soll sogar seine bekannteste Oper von korrekt „Moses und Aaron“ zu – eher frei – „Moses und Aron“ umgetauft haben, damit der Titel zwölf und nicht 13 Buchstaben umfasst (die Ironie dabei: Schönberg wurde an einem 13. geboren – und starb an einem 13.!).

Vielleicht sollte man sich also hüten, allzu dicke Backen als aufgeklärter Mensch gegen den wüsten Fetischglauben zu blasen, wenn auch große und geniale Geister nicht davor verschont sind, den düsteren Ahnungen einer gefährlichen Zahlensymbolik zu erliegen. Vor allem deshalb, weil in einem Jahr wie 2013 sich auch leicht so etwas wie Epochenpessimismus

Die Land- und Forstwirtschaft hat eine hohe und vielfältige Bedeutung. In der Siedlungsentwicklung und bei der Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen wird deshalb besonders auf den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen geachtet. Die Ausweisung von Ausgleichsflächen soll interkommunal abgestimmt werden.

Betreuungsangebot

Ein attraktives Betreuungs- und Schulangebot ist ein wichtiger Standortfaktor des Landkreises. Dazu wird das gemeinsame Betreuungs- und Schulangebot bedarfsgerecht weiterentwickelt, um eine optimale und chancengerechte Schulausbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Die verschiedenen Formen und Träger öffentlicher und privater Betreuungsangebote und schulischer Einrichtungen werden in ein interkommunales Konzept eingebunden.

Hochschulstandort

Der Landkreis Freising ist eine bedeutende Hochschul- und Wissenschaftsregion. Die Zusammenarbeit mit den Unternehmen und Kommunen im Landkreis wird noch stärker ausgebaut. Die Bedeutung als Hochschulstandort wird in der Außenvermarktung stärker betont.

Die Reduktion der Verkehrsbelastung und eine stärkere Verlagerung des Verkehrs auf den Öffentlichen Verkehr werden als wichtige Ziele der zukünftigen Entwicklung angesehen. Die ÖPNV-Angebote müssen bedarfsgerecht ausgebaut und durch alternative Mobilitätsangebote ergänzt sowie die Radwegeinfrastruktur optimiert werden, um landkreisweit eine

gute Erreichbarkeit zu ermöglichen. Die Verkehrsinfrastruktur soll bedarfsgerecht ergänzt und – wo notwendig – um- und ausgebaut werden.

Die zukünftige Energieversorgung soll auf wirtschaftlicher Basis sichergestellt werden. Die durch den Landkreis beschlossene Energiewende wird umgesetzt, insbesondere durch Reduktion des Energieverbrauchs, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau der regionalen Energieerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen. Die zahlreichen Aktivitäten sollen verstärkt, zusammengefasst und übergemeindlich koordiniert werden. Insbesondere das Engagement ehrenamtlicher Initiativen und die Investitionsmöglichkeiten für die Bürgerschaft und die lokale Wirtschaft sollen weiter unterstützt werden.

Finanzen

Sorgsam und nachhaltig geht der Landkreis mit dem ihm zur Verfügung stehenden Finanzmitteln um. Sämtliche Tätigkeiten werden auf ihre Auswirkungen (inklusive Nachfolgelasten) auf die Finanzen des Landkreises, der Städte und der Gemeinden und auf mögliche Einsparpotenziale geprüft. Eine weitere Verminderung soll möglichst vermieden werden.

Bei den vorgelegten Leitlinien handelt es sich aus Sicht des Landrats und der Verwaltung um ein tragfähiges und zukunftsweisendes Konzept für die Entwicklung des Landkreises Freising in den nächsten Jahren. Die Entscheidung über die Durchführung einer nachfolgenden Phase 2 (Maßnahmen- und Projektphase zur konkreten Umsetzung der Leitlinien) soll Anfang 2013 getroffen werden. DK

Bad Windsheim:

Erstes Biogaswärme-Schild für Franken-Therme

Während hierzulande über die Umsetzung der Energiewende heftig debattiert wird, nutzt die Franken-Therme in Bad Windsheim schon seit Jahren erneuerbare Wärmeenergie – made in Bad Windsheim.

Kunde der Stadtwerke

Seit 2007 werden rund 30 Prozent des Wärmeangebotes der Stadtwerke von der Biogasanlage der Bio-Energie Bad Windsheim erzeugt. Als Kunde der Stadtwerke profitiert die Franken-Therme direkt von der umwelt- und klimafreundlichen Wärmeenergie aus Biogas. So werden die Thermal-Badlandschaft, das Dampferlebnisbad und die Sauna zu rund einem Drittel mit Biogaswärme beheizt.

Verringerung des CO₂-Ausstoßes

Damit spart die Therme jährlich rund 300.000 Liter Heizöl ein und verringert den Kohlendioxid-Ausstoß (CO₂) um knapp 800 Tonnen. Auch die Unabhängigkeit von ausländischen Energieimporten und die regionale Wertschöpfung werden durch die Nutzung der Biogaswärme gestärkt.

Die Franken-Therme Bad Windsheim erhielt nun als bundesweit erste Institution das neue Biogaswärme-Schild, das der Fachverband Biogas e.V. zur Auszeichnung von innovativen Wärmekonzepten entwickelt hat. □

Vor 75 Jahren war Baubeginn im Mainkraftwerk Rothenfels

Zum Jubiläumsjahr investiert Rhein-Main-Donau AG in eine vollautomatische Hightech-Rechenreinigungsanlage

Zum 75. Jahrestag des Baubeginns für das Laufwasserkraftwerk Rothenfels am Main investierte der Kraftwerksbesitzer Rhein-Main-Donau AG (RMD) in eine vollautomatische Rechenreinigungsanlage. Ende 2012 erfolgte die endgültige Abnahme des hochmodernen, Prozessor gesteuerten Gerätes, das in den vergangenen zwölf Monaten detailliert von der E.ON Wasserkraft GmbH, die das Kraftwerk für die RMD betreibt, und einer Partnerfirma konzipiert, geplant und bei einer qualifizierten Fachfirma gebaut wurde. Insgesamt gab die Rhein-Main-Donau AG als Eigentümerin des Jubilars über 1,3 Millionen Euro für ökologische Verbesserungsmaßnahmen sowie Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten, wie den Neubau der Rechenreinigungsmaschine und den dafür erforderlichen Umbau des Oberwasserpodiums aus.

Allein die Maßnahmen rund um die Rechenreinigungsmaschine schlugen mit knapp 800.000 Euro zu Buche. Mit der endgültigen Inbetriebnahme der Hightech-Rechenreinigungsanlage ist das Mainkraftwerk Rothenfels wieder optimal fit zur Erzeugung regenerativen Stroms aus der Kraft des Mains.

Stolzer Vorstand

Dazu RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich: „Unsere beiden ältesten Wasserkraftwerke entstanden vor knapp 90 Jahren am Main in Würzburg (Untere Mainmühle, 1922) und an der Donau bei Passau (Kachlet 1922-1927). Seitdem erzeugen sie zuverlässig regenerativen Strom, der unverzichtbar zur Unterstützung der angestrebten Energiewende ist. Unserem Kraftwerk Rothenfels wünschen wir einen mindestens ebenso langen und erfolgreichen Betrieb, der zum einen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem aber auch dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wasserkraftflotte von E.ON zu danken ist, die für die Betriebs-

führung von 45 unserer Kraftwerke – darunter Rothenfels – verantwortlich sind. Darauf können alle mit Recht stolz sein“.

Die alte Rechenreinigungsanlage stammte noch aus dem Jahr 1973. Zur Bedienung war früher unabhängig von der Tageszeit einige Muskelkraft gefragt, je nach Jahreszeit und Wasserführung des Mains. Die höchste Schwemmgutmenge gab es bisher beim Mainhochwasser 2002, als in Rothenfels mit über 1.300 Kubikmeter fast doppelt soviel Material im Rechen hängen blieb als zum Beispiel 2011 mit der bisher niedrigsten Schwemmgutmenge von knapp 750 Kubikmeter. Bis heuer musste das Material von den E.ON-Mitarbeitern aus dem Wasser geholt und manuell per Transportlore zum Rechengutcontainer seitlich am Mainufer geschoben werden.

Automatik-Betrieb

Mit der Umstellung der Rechenreinigungsanlage auf den modernen Automatik-Betrieb ist die Arbeit vor Ort ein ganzes Stück effizienter, sicherer und letztendlich auch komfortabler geworden, denn jetzt erfolgt das

Herausheben und Verbringen des Schwemmgutes prozessor- und sensorgesteuert. Das Material wird von einem zertifizierten Entsorgungsbetrieb je nach Bedarf abtransportiert sowie fachgerecht sortiert und entsorgt.

Die Rothenfeler Rechenreinigungsanlage leistet einen wichtigen Umweltbeitrag zur Reinhaltung des Mains und damit zur Verkehrssicherheit auf der Wasserstraße. Jedes Jahr „filtert“ Rothenfels im Durchschnitt etwas über 1.000 Kubikmeter Schwemmgut, in erster Linie Treibholz, aber auch Wohlstandsmüll und Schrott, aus der fränkischen Lebensader.

Verlegung der Transformatoren

Zudem wurden die Transformatoren, die den Rothenfels erzeugten Wasserkraftstrom auf eine stromnetzgerechte Spannung umformen, auf die Fluss abwärts liegende Kraftwerksseite, dem sogenannten Unterwasser, verlegt, nachdem im Zuge des Neubaus der Rechenreinigungsanlage die bisherigen ehemaligen Trafogebäude sowie mehrere Garagen abgebrochen worden sind. Dort wird derzeit das Rechengut bis zum Abtransport durch einen zertifizierten Entsorgungsbetrieb zwischengelagert. Die eigentliche Rechengut-Grube soll mit dem Bau des neuen Triebwerks zur ergänzenden Stromerzeugung entstehen. Für das zusätzliche Triebwerk und eine dem wissenschaftlichen Stand entsprechende Fischaufstiegsanlage hat die Rhein-Main-Donau AG die Genehmigungsunterlagen eingereicht.

Schließlich erhielt das Kraftwerk Rothenfels neben einer neuartigen Aalabstiegseinrichtung auch noch ein eigenes, festinstalliertes neues Notstromaggregat für die Wehranlage.

Nachdem 1937 Baubeginn war, liefert das Zwei-Turbinen-Kraftwerk Rothenfels im Land-

kreis Main-Spessart, Bezirk Unterfranken, seit 1939 sauberen Wasserkraftstrom. Die jährlich durchschnittlich über 30 Millionen Kilowattstunden reichen aus, fast 8.600 Privathaushalte (3.500 kWh/a mit 2,7 Personen) umwelt- und klimafreundlich mit elektrischer Energie zu versorgen. Die aktuell rund 14.900 Einwohner der Verwaltungsgemeinschaft Markttheidenfeld, zu der die Stadt Rothenfels gehört, könnten mit einer Jahresproduktion aus dem Mainkraftwerk Rothenfels rechnerisch etwas über eineinhalb Jahre ihren Haushaltsstrombedarf decken.

34 Mainkraftwerke

Im Zuge des Ausbaus des Mains zu einer europäischen Großschiffahrtsstraße war die Anlage Rothenfels 1939 mit zwei stehenden Kaplan-turbinen mit Schirmgeneratoren, die eine Nennleistung von zusammen 4,6 Megawatt haben, in Betrieb gegangen und vor 11 Jahren (2001) einer Generalüberholung unterzogen worden. Es gehört zu einer Kette von 34 Mainkraftwerken zwischen der Mainmündung in den Rhein und dem Abzweig des Main-Donau-Kanals bei Bamberg. 29 dieser Laufwasserkraftwerke gehören der Rhein-Main Donau AG und werden von E.ON betrieben. Die Steuerung des Kraftwerks erfolgt vom RMD-Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten im Spessart aus.

Regenerativer Dauerläufer

In den vergangenen 73 Jahren hat der regenerative Dauerläufer Rothenfels annähernd 2,2 Milliarden Kilowattstunden Strom geliefert. Damit hat das Kraftwerk im Vergleich zum deutschen Energiemix das Klima insgesamt um über 1,5 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) oder fast 21.000 Tonnen CO₂ pro Jahr entlastet.

Zur Stromerzeugung können die Turbinen des Kraftwerks mit jeweils 4,7 Meter Durchmesser an der Staustufe mit drei Wehrfeldern eine Fallhöhe von 4,5 Meter nutzen. Dabei fließen bis zu 135 Kubikmeter Wasser pro Sekunde durch das Kraftwerk – das entspricht rund 675 Badewannenfüllungen pro Sekunde. □



Mit der endgültigen Inbetriebnahme der Hightech-Rechenreinigungsanlage ist das Mainkraftwerk Rothenfels wieder optimal fit zur Erzeugung regenerativen Stroms aus der Kraft des Mains. Foto: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

Sonnenstrom von der Deponie

Landkreis Würzburg will mit alternativem Strom Gebühren senken

In seinem Leitbild bekennt sich der Abfallwirtschaftsbetrieb „Team Orange“ des Würzburger Landkreises zum Umweltschutz. Um dieses Bekenntnis mit Leben zu füllen, begann er 2010 als erster Landkreis in Unterfranken, sämtliche Dach- und Freiflächen von Wertstoffhöfen und Deponien daraufhin zu untersuchen, ob sie sich für Photovoltaik eignen. Inzwischen sind fünf Photovoltaikanlagen installiert. An Sonnentagen können damit 10.000 Personen mit sauberem Strom versorgt werden.

Der Einsatz des Abfallwirtschaftsbetriebs für regenerative Energie hat sich inzwischen aber auch finanziell gelohnt, erläuterte Dr. Alexander Schraml, Leiter des Kommunalunternehmens (KU) des Landkreises, in einer ersten Bilanz. Die drei selbst betriebenen Photovoltaikanlagen spülen via Einspeisevergütung pro Jahr über 17.000 Euro in die Kassen des Team Orange. Zwei weitere Anlagen, die verpachtet wurden, tragen mit 10.500 Euro im Jahr zu einer besseren Ertragssituation des Abfallwirtschaftsbetriebs bei. Ziel ist es laut Schraml, mit Hilfe des Sonnenstroms die Bürger von Abfallgebühren zu entlasten.

An bisher zwei Standorten wurde die Solarinitiative als Gemeinschaftsprojekt realisiert. So wird die Freiflächenanlage auf der ehemaligen Hausmüll- und Bauschuttdeponie Uettingen vom Team Orange sowie der Gemeinde verpachtet und von der Firma SunTec Solarpark aus der Würzburger Landkreisgemeinde Wolkshausen betrieben. Eine

weitere Freiflächenanlage auf der ehemaligen Erdaushub- und Bauschuttdeponie Waldbrunn wird ebenfalls vom Team Orange und der Gemeinde verpachtet und von der Main-Spessart-Solar GmbH aus Bessenbach-Keilberg im Kreis Aschaffenburg betrieben. Sie ging vor wenigen Tagen ans Netz.

Das Kommunalunternehmen des Landkreises plant, weitere solare Inseln zu schaffen. „Wir haben 14 Wertstoffhöfe, mehr als viele andere Landkreise in Unterfranken“, so Schraml. Mehrere Höfe seien derzeit noch nicht überdacht. Überdachungen würden jedoch die Qualität erhöhen und könnten sich durch Photovoltaik auch wirtschaftlich rechnen. Allerdings stoßen die Pläne des Abfallwirtschaftsbetriebs nicht überall auf Gegenliebe. In Röttingen zum Beispiel lehnte es der Gemeinderat ab, eine Freiflächenanlage auf der ehemaligen Bauschuttdeponie zu installieren. Dies würde das Landschaftsbild stören, lautete die Argumentation. **Pat Christ**

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 31. Januar 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Baupolitik
- Gestaltung öffentlicher Räume
- Kommunale und private Freizeitanlagen
- Fremdenverkehr in Bayern
- Wasser · Abwasser

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahldrucksachen · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

FLYERPARA.de
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 · www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Bitte vormerken:
13. Juni 2013

**Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum
der Bayerischen Gemeindezeitung**

im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGSREINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

DELW
DACHENREINIGUNG

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de